»Merkel heavy« S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 9 – 3. März 2017

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Hat ihre Pläne offengelegt: Angela Merkel in Stralsund Bild: pa

Merkels Volk

In Stralsund hat die CDU-Chefin die Grundlage unseres Staates umgestülpt

„Alle, die hier leben": Mit ihrem Volksbegriff deckt Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre wahre innere Ausrichtung auf.

Mit ihrer Rede vor den Delegierten der mecklenburg-vorpommerschen CDU hat Parteichefin Merkel Entrüstung im konservativen Flügel der Union ausgelöst. In Stralsund sagte die CDU-Vorsitzende: „Das Volk ist jeder, der in diesem Land lebt."

Für den „Freiheitlich-Konservative Aufbruch der Union", eine bundesweite Initiative von Mitgliedern der CDU, der CSU und der Konrad-Adenauer-Stiftung, stellt sich Merkel damit gegen das Grundgesetz, wo das „Volk" klar umrissen sei als die Gemeinschaft der deutschen Staatsbürger. „Die Aussage von Frau Merkel ist verfassungswidrig und politisch falsch. Sie entwertet die deutsche Staatsbürgerschaft und schadet der Union." Zudem stelle Merkels Volksdefinition einen „Affront gegenüber konservativen Wählerinnen und Wählern und Parteimitgliedern der CDU dar", so der „Aufbruch" in einer Verlautbarung zu Merkels Rede.

Der frühere CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz versuchte, die Äußerung dahingehend zu relativieren, dass sie die CDU-Chefin „nicht im staatsrechtlichen Sinn formuliert" habe. Das mag jedoch kaum verfangen.

Das demokratische Staatswesen leitet sich von einem Volksbegriff her, der ganz eindeutig im Grundgesetz umrissen ist. Diesen stülpt Merkel komplett um, indem sie jeden, der gerade „hier lebt", dazu zählt. Mit ihrer Politik der offenen Grenzen und ihrem Diktum, wir könnten nicht kontrollieren, wer zu uns kommt, hat sie im Zusammenklang mit ihrer jetzigen Auslassung gleichsam die gesamte Menschheit zum potenziellen „Volk" dieses Staates erklärt. Damit ist Deutschland als aus dem deutschen Volk heraus definierter Staat praktisch abgeschafft.

> Die chaotische Zuwanderungspolitik wird erklärbar

Zurück bleibt ein von seiner nationalen Herkunft und Identität entkoppeltes Gebilde, das beherrscht wird von einem zufälligen Konglomerat aus jenen (so Merkel), „die schon länger hier leben" und jenen, „die erst kürzlich zu uns gekommen sind". Schon mit dieser Formulierung hatte sie die Begriffe „Deutscher" und „Ausländer" aus ihrem Wortschatz verbannt. Das dies keine stilistische Nebensächlichkeit war, hat sich nun erwiesen.

Die chaotische, selbstzerstörerische Zuwanderungspolitik der CDU-Chefin wird hieraus erklärbar: Der Vorrang des eigenen Landes und Volkes, wie er für jede gewöhnliche Regierung selbstverständlich ist, existiert für Merkel nicht. Die Bundesrepublik ist für sie lediglich ein Werkzeug, um Menschheitsprobleme zu lösen. Wenn ein Werkzeug bei der Verrichtung seiner Aufgaben verschlissen wird, ist das an sich nicht weiter tragisch. Es müsste nur ein neues gefunden werden.

Sieben Monate vor der Bundestagswahl hat Angela Merkel Klarheit geschaffen über ihre innere Ausrichtung, über die oft gerätselt wurde. Dafür sollten ihr selbst ihre Kritiker dankbar sein. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Kein Mitleid

Medienschaffende, Politiker und sogar die Bundeskanzlerin überschlagen sich in ihrem Engagement für Deniz Yücel, „Welt"-Journalist mit Doppelpass, der in der Türkei wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Datenmissbrauchs und Terrorpropaganda im Gefängnis sitzt. Grundsätzlich kann man die Einschränkungen der Pressefreiheit in der Türkei gar nicht deutlich genug kritisieren. Mit Yücel hat es aber einen getroffen, von dem man mit klammheimlicher Freude sagen darf, dass es ihm recht geschieht.

Warum? Denken wir zurück ans Jahr 2012. Damals hat Yücel, eine Äußerung der ebenfalls türkischstämmigen Schreiberin Mely Kiyak aufgreifend, dem nach einer schweren Krankheit teilweise im Gesicht gelähmten Thilo Sarrazin den Tod gewünscht. In einem Artikel in der linken „taz" schrieb er: „So etwa die oberkruden Ansichten des leider erfolgreichen Buchautors Thilo S., den man, und das nur in Klammern, auch dann eine lispelnde, stotternde, zuckende Menschenkarikatur nennen darf, wenn man weiß, dass dieser infolge eines Schlaganfalls derart verunstaltet wurde und dem man nur wünschen kann, der nächste Schlaganfall möge sein Werk gründlicher verrichten."

Diese widerwärtige Entgleisung wurde lediglich mit einer Missbilligung vom Presserat und einer Entschädigungszahlung sanktioniert. Das war es dann aber auch. Keine strafrechtlichen Konsequenzen, keine allgemeine Empörung, noch nicht einmal berufliche Nachteile für den „Hater". In der Türkei bekommt Yücel das, was er in Deutschland verdient hat. Auch wenn türkische Gefängnisse nicht als Komfortzonen gelten, gibt es keinen Grund, unser Mitleid an einen wie ihn zu verschwenden.

82,8 Millionen Menschen in Deutschland

Zuwanderung treibt Einwohnerzahl in die Höhe – Alterung der Bevölkerung setzt sich dennoch fort

Derzeit leben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes mit 82,8 Millionen Einwohnern so viele Menschen in Deutschland wie noch nie seit 1990. Vor einem Jahr waren es noch 82,2 Millionen. Diese Zahl umfasst allerdings nicht nur Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft, sondern alle Menschen, die hier leben. Der bisherige Höchststand lag 2002 bei gut 82,5 Millionen Menschen.

Grund für die Entwicklung ist, dass mehr Menschen nach Deutschland kamen als abwanderten. Die Statistiker beziffern diesen sogenannten Wanderungssaldo auf mindestens 750 000. Er liegt, bedingt durch die zurückgehende Zahl von Immigranten, unter dem Rekordergebnis aus dem Jahr 2015 von 1,1 Millionen. Seit 2002 war die Bevölkerungszahl in Deutschland stetig zurückgegangen. Dies lag vor allem daran, dass in Deutschland seit 1972 jährlich mehr Menschen sterben als geboren werden. Dieses sogenannte Geburtendefizit geben die Statistiker für 2016 mit etwa 175 000 an.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch die in der vorletzten Woche vorgelegte „Demografiepolitische Bilanz der Bundesregierung zum Ende der 18. Wahlperiode". Danach deutet sich bei der Entwicklung der Geburtenrate eine Veränderung an. Dafür spricht der Anstieg bei der sogenannten endgültigen Kinderzahl von Frauenjahrgängen. Bis zum Geburtsjahrgang 1968 ist der Wert jahrzehntelang kontinuierlich zurückgegangen. Der Geburtsjahrgang 1968 hat mit 1,49 Kindern je Frau die niedrigste Kinderzahl. Dieser Rückgang scheint nun gestoppt zu sein. Vorausberechnungen zeigen laut Bundesregierung, dass Frauen, die in den 1970er Jahren geboren sind, wieder etwas mehr Kinder zur Welt bringen, 1973 Geborene etwa 1,56. Für die nachfolgenden Jahrgänge bis 1980 zeichne sich ein weiterer Anstieg auf knapp 1,6 Kinder ab.

> Erfasst werden alle, die hier leben

Die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland beträgt bei Geburt für Männer 78,2 Jahre und für Frauen 83,1 Jahre. 65-jährige Männer können derzeit im Durchschnitt noch mit weiteren 17,7 Jahren Lebenszeit rechnen, gleichaltrige Frauen mit 20,9 Jahren.

Trotz der hohen Zuwanderung vor allem junger Menschen hat sich die Alterung der Bevölkerung dem Bericht zufolge auch in den vergangenen Jahren fortgesetzt. Entfielen im Jahre 2011 auf 100 Menschen im Alter von 20 bis 64 Jahren rund 34 Personen ab 65 Jahre, lag dieser Wert 2015 bereits bei 35 Personen – Tendenz steigend.

Der Zuwanderungsüberschuss der vergangenen Jahre hat laut Demografiebilanz dafür gesorgt, dass die Bevölkerungszahl gestiegen ist, „obwohl die natürliche Bevölkerungsbilanz negativ war". Da ein Großteil der Zugewanderten vergleichsweise jung sei, sei auch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 64 Jahren seit 2011 um 881 000 gestiegen. Dies habe zum Anstieg der Erwerbstätigkeit beigetragen.

Nach Erkenntnissen des Statistischen Bundesamtes hat die Zuwanderung nicht erst im Zuge der „Flüchtlingswelle" von 2015, sondern bereits seit 2011 zugenommen. Damals ging die 7-jährige Übergangsfrist für die Arbeitnehmerfreizügigkeit nach der Ost-Erweiterung der EU von 2004 zu Ende. Die Folge war, dass vor allem viele Polen nach Deutschland kamen, um sich hier um Arbeit zu bemühen.

Laut Demokrafiebilanz der Bundesregierung hat sich die Bevölkerung Ende 2015 aus 73,5 Millionen Deutschen und 8,7 Millionen Ausländern zusammengesetzt. 17,1 Millionen Menschen verfügten danach über einen Migrationshintergrund. Von den 11,5 Millionen, die nicht nur über einen Migrationshintergrund, sondern auch über eigene Migrationserfahrungen verfügen, stammten 37,6 Prozent aus den EU-Mitgliedstaaten. Weitere 31,2 Prozent stammten aus anderen europäischen Ländern mit der Türkei (11,9 Prozent) und Russland (8,4 Prozent) als den wichtigsten Herkunftsstaaten. *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

Personalstärke beim BAMF offen

Berlin – Die Personalplanung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für das laufende Jahr steht noch immer nicht. Zur Begründung verweist die Bundesregierung auf „weiterhin bestehende Unsicherheiten beim Aufgabenanfall im Asylbereich“. Eine Prognose der Asylantragszahlen liege aktuell nicht vor. Die Soll-Personalplanung sieht derzeit 7400 „Vollzeitäquivalente“ (VZÄ) vor. Davon sind 6233 Dauer- und 1167 „temporäre VZÄ“. Im ersten Halbjahr ist das BAMF zum Rückstandsabbau weiter auf die personelle Unterstützung vor allem durch die Bundesagentur für Arbeit, die Bundeswehr und weitere Behörden angewiesen. *J.H.*

Milliarden für die Seidenstraße

Moskau – Ein deutsches Eisenbahn-Unternehmenskonsortium mit dem Namen „Deutsche Initiative“ will über drei Milliarden Euro in den Bau der neuen Hochgeschwindigkeitsstrecke von Moskau nach Kasan investieren. Die deutschen Unternehmen um Siemens und die Deutsche Bahn wollen sich nicht nur finanziell, sondern auch technologisch in das Projekt einbringen, an dem außerdem die staatliche Russische Eisenbahn, die russische Finanzgruppe Sinara und chinesische Partner beteiligt sind. Siemens möchte unter anderem eine neue Generation des Hochgeschwindigkeitszuges Sapsan konstruieren, der bisher zwischen Moskau und St. Petersburg verkehrt. Mit dem bis zu 400 Kilometer pro Stunde schnellen Zug würde sich die Reisezeit zwischen der russischen und der tatarischen Hauptstadt Kasan von 14 auf dreieinhalb Stunden verkürzen. Die Strecke ist Teil eines geplanten Hochgeschwindigkeitsnetzes zwischen China und Deutschland, das einen schienengebundenen Güter- und Personentransport zwischen den beiden Endpunkten der „Neuen Seidenstraße“ in etwa 30 Stunden erlauben würde. *T.W.W.*

Kim entlässt Spionagechef

Pjöngjang – Wie aus gut informierten Kreisen in Südkorea verlautet, wurde bereits vor Wochen der nordkoreanische Minister für Staatssicherheit, der Vier-Sterne-General Kim Won-hong, zum jüngsten Opfer der vielen „Säuberungen“. Die Hintergründe seiner Entlassung und sein weiteres Schicksal sind unbekannt. Beobachter glauben an einen Machtkampf zwischen der Partei und der einflussreich gewordenen Staatssicherheit. In Südkorea registrierte man seit dem Machtantritt von Kim Jong-un Ende 2011 rund 340 Exekutionen, darunter die von 140 höheren Parteifunktionären. Die wahre Zahl dürfte allerdings wesentlich höher liegen. Dass die Verhaftungswellen auch den Staatssicherheitsminister treffen könnten, war bisher kaum vorstellbar, hatte er doch sein gesamtes Leben an der Seite der regierenden Kim-Dynastie stets linientreu verbracht. 2010 wurde er von dessen Vater zur besonderen Verwendung zu Kim Jong-un abgestellt, um diesen auf die Machtübernahme vorzubereiten. Im April 2012 wurde er Mitglied des Politbüros und Minister für Staatssicherheit. Er verstärkte seinen Apparat von 100 000 auf rund 150 000 Mitarbeiter und baute insbesondere die nordkoreanische Spionage aus. *F.W.S.*

»Angela Merkel heavy«

Was zu erwarten wäre, wenn Martin Schulz Bundeskanzler würde

Dass noch nicht bekannt sei, welche Politik Martin Schulz eigentlich vertrete, stimmt nicht. Bei den großen Problemen Deutschlands, der Euro- und EU- sowie der Asylkrise hat er sich stets klar positioniert.

Martin Schulz hat sich für Eurobonds und damit für die Vergemeinschaftung von Schulden ausgesprochen. Und er will mehr Kompetenzen für Brüssel und damit eine Hinwendung zum EU-Zentralstaat. Auf diesem Politikfeld würde Schulz als Kanzler Angela Merkels Politik zum Schaden Deutschlands fortführen.

Im Juni 2016 äußerte sich Schulz in einer Rede an der Heidelberger Hochschule für jüdische Studien zur Asylpolitik: Asylsucher seien wertvoller als Gold und Heimat sei heutzutage nicht mehr ortsgebunden, ließ er wissen. Die Rede gipfelte in dem Satz „Multikulturalität gibt es in Europa seit Jahrhunderten, es ist ein Kontinent der Vermischung.“ Er bediente damit die biologistisch gefärbte Ausdrucksweise, welche die linke Hintermannschaft seiner Partei pflegt. Die rechten Alternativen verteufelte er: Er erlebe jeden Tag, wie manche die Grenzen immer weiter nach rechts zu verschieben suchten. „Die Dämonen, die diesen Kontinent in den Abgrund gezogen haben, sind lebendiger denn je“, ergänzte er.

Im Oktober 2016 stellte sich Schulz auf einem Kongress der SPD-Linken in der evangelischen Schule in Berlin-Mitte vor. Die Presse wertete damals seine dortige Rede als unausgesprochene Bewerbungsrede für die Kanzlerkandidatur. Schulz, der dem rechten Lager der SPD zugeordnet wurde, wollte bei den Linken punkten. Mit seinen Lobgesängen auf die beim linken Flügel beliebten Minister Manuela Schwesig, Andrea Nahles und Heiko Maas sowie der bemühten Vermeidung des Namens seines bei den Linken unbeliebten Freundes Sigmar Gabriel war Schulz der Erfolg bei diesem Publikum garantiert. Er erhielt langanhaltenden, gar begeisterten Applaus. Ganz offensichtlich würde er ebenso auf die linke Hintermannschaft der Partei bauen können wie sie auf ihn als Vertreter ihres politischen Kurses.

Äußerungen von seiner Hintermannschaft und ihm selber lassen die Politik einer von ihm geführten Regierung erahnen



Wie Merkel mit den Selfies versucht auch Schulz bei den Asylsuchern zu punkten: Der Sozialdemokrat gibt sich multikulti bei einem Besuch in einem Asylsucherzentrum *Bild: action press*

Ein Blick auf Äußerungen dieser Hintermannschaft verrät viel über deren Ideologie: Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Aydan Özoguz fordert neuerdings das Wahlrecht für Immigranten ohne deutschen Pass, was der Beseitigung des Wesensmerkmals der Demokratie, der Selbstbestimmung des Volkes, gleichkommt. Eine unter ihrer Führung und unter dem Dach der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammengekommene Kommission will das „Grundgesetz weiterentwickeln und interpretieren“ sowie ein „positives Leitbild für das Einwanderungsland Deutschland“ schaffen. Dieses Leitbild zielt unverkennbar auf ein Deutschland ab, in dem nicht mehr das deutsche Volk über seine Geschicke selbst bestimmt. Es soll von Einwohnern beliebiger Herkunft besiedelt werden und ohne eine Verbindung zur deutschen Geschichte und Kultur auskommen. Dass in dem „Leitbild“ die Verantwortung der Einwanderer ausgeklammert wird, mag auf die Besetzung der Kommission mit Lobbyisten der Multikulti-Szene wie dem Generalsekretär der geheimdienstlich tätigen DITIB, Bekir Alboga, zurückgehen.

Die Juso-Chefin Johanna Uekermann fordert unterdessen, alle „Geflüchteten“ sollten im Lande bleiben dürfen. „Mir wäre es lieber, wenn alle bleiben könnten. Die Jusos sind für ein globales Recht auf Migration.“ Das ist ein massiver Angriff auf nationales und internationales Recht.

Der SPD-Linksaußen Ralf Stegner stellt sich gegen schnelle Abschiebungen von Straftätern. Während der Bundesinnenminister Abschiebungen von straffälligen Asylbewerbern erleichtern will, hält dies der Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein für unnötig und wirft Thomas de Maizière vor, „Stimmungen“ nachzulaufen. Täterschutz geht Stegner offensichtlich vor Opferschutz.

Dies alles sind schwere Geschütze gegen die Verfasstheit Deutschlands. Schulz schweigt dazu. Aber indem er schweigt, redet er.

Eifrig gibt er den leutseligen Kumpel, während er sich seiner extremen Hintermannschaft anbiedert. Mit ihr will er vorsorglich die Brücke zur „Linken“ schlagen. Denn rechnerisch hat er nur mit ihr eine reelle Chance, Kanzler zu werden. Dabei nimmt er in Kauf, was Rot-Rot-Grün in Berlin schon einmal vorführt: eine Politik, die Deutschland schadet.

Schulz ist die Personifizierung eines Partei-Apparatschiks und Alt-Internationalen, der für eine verkrustete, gestrige Politik steht. Wohin die Reise mit ihm geht: Weit weg vom Ideal Friedrich Eberts: „Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in alle Zukunft sich selbst.“

Hermann Paul Winter

Muslimbrüder in Sachsen auf dem Vormarsch

Die Zahl der Muslime steigt – Andere islamische Organisationen können kaum Fuß fassen

Als im Oktober 2014 die ersten Pegida-Demonstranten auf die Straße gingen, um vor der drohenden Islamisierung ihrer Heimat zu warnen, gab es in Sachsen noch so gut wie keine Muslime. Ihr Anteil an der Bevölkerung lag bei unter einem Prozent, worauf die Medien seinerzeit auch immer wieder hinwiesen, wenn es darum ging, das islamkritische Bündnis zu diskreditieren. Das hat sich dann aber durch den nachfolgenden Massenzustrom von Asylbewerbern deutlich geändert, wobei niemand genau zu sagen vermag, wie hoch die Zahl der muslimischen Gläubigen im Freistaat inzwischen bereits ist – dem langandauernden behördlichen Versagen bei der Registrierung der „Schutzsuchenden“ sei „Dank“. Auf jeden Fall zeigen Moslems jetzt aber sowohl in den drei sächsischen Großstädten Dresden, Leipzig und Chemnitz als auch in kleineren Gemeinden und auf dem Lande in wachsendem Maße Präsenz. Die treibende Kraft dahinter ist ganz offensichtlich die Muslimbruderschaft, denn im Gegensatz zu den alten Bundesländern haben andere Islam-Verbände wie die von Ankara aus gesteuerte Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) keine organisatorische Basis in Sachsen. Damit können die Muslimbrüder praktisch in ein Vakuum vorstoßen. Und das birgt erhebliche Gefahren, handelt es sich bei der Bruderschaft doch um eine radikal-islamische Vereinigung, die bereits seit 1928 das erklärte Ziel verfolgt, in möglichst vielen Staaten der Welt diktatorische Regimes zur Durchsetzung der Scharia zu etablieren. Dabei schreckt die Gemeinschaft auch vor Gewalt nicht zurück, weshalb sie in Ägypten mittlerweile offiziell als Terrororganisation gilt.

Im Osten der Bundesrepublik spielt die türkische DITIB kaum eine Rolle

Die Aktivitäten der Muslimbruderschaft in Sachsen enthüllte kein Geringerer als der Präsident des dortigen Landesamtes für Verfassungsschutz, Gordian Meyer-Plath. Dieser sagte Anfang Februar vor Pressevertretern, Angehörige der Muslimbruderschaft würden momentan verstärkt Grundbesitz erwerben, um auf diesem dann später Moscheen und Gemeindezentren zu errichten. Dabei fehlt es laut Meyer-Plath nicht an den erforderlichen finanziellen Mitteln: „Die gehen mit einem Haufen Geld durch die Lande und kaufen Liegenschaften“ – so zum Beispiel in Dresden und Leipzig, aber auch in Riesa, Meißen, Pirna, Bautzen und Görlitz.

Um kein Aufsehen zu erregen, schiebt die Bruderschaft nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes bei ihren Transaktionen gerne die als gemeinnützig anerkannte Sächsische Begegnungsstätte (SBS) vor, die erklärtermaßen für „alle Menschen, unabhängig ihrer Ethnie, Nationalität, Religion und Sprache“, offen sein möchte und darauf verweist, dass sie einen „unpolitischen Islam“ vertrete. Saad Elgazar, der aus Ägypten stammende Geschäftsführer der SBS, hat den Aussagen des obersten sächsischen Verfassungsschützers widersprochen. Zwar habe man tatsächlich ein sehr günstig angebotenes Gebäude in Pirna gekauft, aber an den übrigen neun Standorten in Sachsen nur lange leer stehende Ladenlokale oder ganz bescheidene Räumlichkeiten in Hinterhöfen angemietet, die von ihrer Größe und Beschaffenheit der Zahl der Muslime, die dort leben, „angemessen“ seien. Und Verbindungen zu den Muslimbrüdern dementierte der Physiker und frühere Vorsitzende des Islamischen Zentrums in Dresden, der momentan auch noch das Marwa Elsherbiny Kultur- und Bildungszentrum samt angeschlossener Moschee leitet, sogar gänzlich: Die SBS respektiere das freiheitlich-demokratische System der Bundesrepublik und habe keine Kontakte zu Islamisten. Doch das entspricht definitiv nicht der Wahrheit. Dies zeigt die Kooperation mit der „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD), die im November 2016 durch ein Flugblatt ans Licht kam. Die IGD ist nach Einschätzung gleich mehrerer Landesverfassungsschutzämter im Westen und Süden der Bundesrepublik die „deutsche Zentrale ... der Muslimbruderschaft“ und steht daher unter entsprechender Beobachtung. Außerdem setzte das Kabinett der Vereinigten Arabischen Emirate die IGD Ende 2014 auf eine Liste der weltweit gefährlichsten radikal-islamischen Organisationen überhaupt.

Sachsens Landesamt für Verfassungsschutz sieht keinen Handlungsbedarf

In Sachsen haben die Hüter des Grundgesetzes dahingegen noch kein derartiges Problembewusstsein entwickelt. Weder finden sich die Muslimbruderschaft oder die IGD im aktuellen Lagebericht des Verfassungsschutzamtes des Freistaates noch sieht dessen Präsident eine besondere Gefahr durch die von ihm beschriebenen Aktivitäten der Bruderschaft. Es handele sich ja hier um keine Terroristen oder Salafisten. Angesichts dieser Sachlage äußerte die rechtspolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Dresdner Landtag, Kirsten Muster: „Mir fehlen selten die Worte, aber hier bin ich wirklich sprachlos. Eine sich offen zur Scharia bekennende, über die ‚Hamas‘ den islamistischen Terror unterstützende Organisation, bemüht sich um politischen Einfluss in Sachsen, aber ... Meyer-Plath wiegelt ab und meint, die Muslimbrüder seien doch irgendwie gar nicht so schlimm. Fast könnte man meinen, er sei erleichtert, dass es den Muslimbrüdern ‚nur‘ um die Einführung der Scharia in Deutschland gehe. Wer die Scharia in unserem Land durchsetzen will, stellt sich offen gegen den demokratischen Rechtsstaat. Die AfD fordert ein umgehendes Verbot der Organisation, damit nicht weitere Liegenschaften durch muslimische Terrorhelfer erworben werden können.“ Passiert ist daraufhin freilich wie immer nichts.

Wolfgang Kaufmann

Bärendienste

Um die Erderwärmung zu beweisen, haben Wissenschaftler Tausende von Daten gefälscht

Bleibt die Klimakatastrophe aus? Ein Wissenschaftsskandal, den ein US-amerikanischer Forscher ausplauderte, belegt, dass die These von der Erderwärmung längst nicht so gewiss ist, wie sie vor allem von den meisten deutschen Medien dargestellt wird.

Am Ende seines Arbeitslebens hatte Dr. John Bates genug von der Heuchelei. Kurz bevor er nach 40-jähriger Karriere in der Meteorologie und Klimaforschung bei der US-amerikanischen Nationalen Ozean- und Klimabehörde (NOAA) ausschied, wandte sich der Datenarchivar an die Öffentlichkeit. Der Sonntagsausgabe des englischen Boulevardblattes „Daily Mail" teilte er einen ungeheuren Betrug mit. Später äußerte er sich auch persönlich dazu in einem Bericht im Internet (www.judithcurry.com). Sein Geständnis: Eine der wichtigsten Studien zur Klimaerwärmung basiert auf manipulierten Zahlen. Die Rede ist von einer Veröffentlichung der NOAA im Juni 2015 im Wissenschaftsmagazin „Science". Die Macher um den Klimaforscher Thomas Karl, einem NOAA-Direktor, stellten darin vermeintlich klar, dass die Erderwärmung niemals eine Pause eingelegt habe.

Der Hintergrund: Die sogenannte „Klimapause" ist für die Anhänger der Erderwärmung ein Riesenproblem. Seit 1998 bleibt die Durchschnittstemperatur auf dem Planeten allen Vorhersagen zum trotz praktisch unverändert. Karl und sein Team behaupteten nun, anhand von Messungen der Meerestemperatur beweisen zu können, dass sich die Erde doch erwärmt hätte, und zwar viel schneller als gedacht. Die Studie erschien rechtzeitig zur Klimakonferenz in Paris und bot scheinbar handfeste Argumentationshilfen für weitreichende Entscheidungen. Dutzende Politiker ließen sich damit von der dramatischen Lage überzeugen.

Sie waren alle belogen worden. Klimaarchivar Bates legte dar, dass Ex-Arbeitskollege Karl unter Verletzung aller wissenschaftlichen Regeln vorgegangen sei. Er habe Datensätze und Berechnungsmethoden stets so ausgewählt, dass die höchsten Temperaturwerte zum Tragen kamen. Damit dürfte er den Anhängern der Theorie einer menschengemachten Erderwärmung einen Bärendienst erwiesen haben. Zumal das Vertrauen ohnehin schon erschüttert ist: Bei der „Klimagate-Affäre" 2009 als tausende E-Mails von Wissenschaftlern an die Öffentlichkeit gelangten, zeigte sich, dass schon damals Zahlen manipuliert wurden.

Kritische Wissenschaftler vermuten jetzt generell, dass die drei Hauptbetreiber von Temperatur-Datensätzen – die NOAA, die NASA und HadCRUT – ihre Zahlen so frisieren, dass sie zu den Klimawandelmodellen passen. Der Blogger Kenneth Richards auf der deutschen „klimakritischen" Internetseite „Notrickzone": „Sie haben die Vergangenheit kälter gemacht und sie haben die Temperaturwerte aus jüngeren Jahrzehnten angehoben."

Frank Horns



Lieblingsmotiv der Fotografen, um den Klimawandel zu dokumentieren: Der Eisbär, dem die Arktis wegschmilzt. Akut vom Aussterben berdoht sei er, heißt es. Tatsächlich zeigen Studien, dass die Population wächst. Bis zu 32 000 Tiere sollen es sein. In den 60er Jahren waren es 10 000 Bild: Mauritius

Hannibals Alpen waren gletscherfrei

Diese fünf Fakten sprechen gegen eine vom Menschen gemachte Klimaerwärmung

Nicht nur US-Präsident Donald J. Trump bezweifelt, dass die Menschheit gerade dabei ist die Erde in eine Art Heizofen zu verwandeln. Ebenso tun dies beispielsweise 31 000 US-Wissenschaftler, darunter viele Nobelpreisträger. Sie wandten sich schon 2008 in einer Petition an den damaligen Präsidenten Barack Obama. Dort heißt es unter anderem: „Es gibt keinen überzeugenden wissenschaftlichen Nachweis, dass menschengemachtes CO2, Methan oder andere Treibhausgase heute oder in absehbarer Zukunft eine katastrophale Erwärmung der Erd-atmosphäre und eine Umwälzung des Erdklimas bewirken."

Tatsächlich gibt es gute Gründe, die gegen einen menschengemachte Klimawandel sprechen. Hier die sechs wichtigsten:

1) Während der letzten 10 000 Jahre lagen die Temperaturen die meiste Zeit höher als heute. Die Alpengletscher waren mehrmals fast verschwunden, etwa, als Hannibal mit seinen Elefanten die Alpen überquerte. In den heißen Sommern der mittelalterlichen Warmzeit führten europäische Flüsse kaum noch Wasser. So konnten die Fundamente der berühmten Regensburger Steinbrücke in der trockenen Donau gebaut werden und die Kölner den Rhein trockenen Fußes überqueren.

2) 1935 wurde in Warschau willkürlich die Zeit von 1901 bis 1930 zur „Klimanormalperiode" bestimmt. Das Wetter wurde damit seiner Geschichte beraubt. Von den vielen Wetterelementen hat man zudem nur die Temperatur herausgegriffen, so dass sich ein unvollständiges Bild ergibt.

3) Für die Südhalbkugel der Erde wurde bis heute kein signifikanter oder gar einheitlicher Erwärmungstrend gefunden. Die Antarktis kühlt sich weiter ab. Weltweit finden Wetterdienste zudem auch keine Trends zu häufigeren Extremwetterlagen.

4) Die Erde ist kein Gewächshaus, kein „Treibhaus". Ihr fehlt sozusagen die Glashülle. Doch selbst wenn die Erde in eine Glaskugel eingeschlossen wäre, könnte sie sich nicht von selbst aus eigener Kraft erwärmen. Sie muss von außen erwärmt und auf erträglichen Temperaturen gehalten werden.

5) Das Klima war niemals konstant. Änderungen sind die Regel. Es gab schnelle und langsame Änderungen, wobei die Trends in verschiedenen Regionen oft sogar gegenläufig waren und es auch heute sind. Manche Ursachen sind bekannt, die meisten nicht. Der Begriff „aktueller Klimawandel" ist irreführend, weil Wetter und Klima sich stets, ununterbrochen und unabdingbar ändern. „Klimaschutz" ist ein politischer und ideologischer Begriff.

MELDUNGEN

Für ein Mahnmal für SED-Opfer

Berlin – Der Kulturausschuss des Bundestages hat sich erneut für ein Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft ausgesprochen. Dieses solle der Trauer der Opfer über das erlittene Unrecht Ausdruck verleihen und der Gesellschaft zugleich Mahnung vor einem erneuten Abgleiten in ein totalitäres System sein, erläuterte Stephan Hilsberg, Gründungsmitglied der DDR-SPD. Er plädierte dafür, das Mahnmal in Berlins Mitte, dem damaligen „Machtzentrum der kommunistischen Diktatur", zu errichten. Dem schlossen sich neben den Abgeordneten auch die Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Anna Kaminsky, und der Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Uwe Neumärker, an, die als Sachverständige gehört wurden. *J.H.*

Richtigstellung zu PAZ-Bericht über die AfD Saar

In dem Beitrag „Streit, Spaltung, Rauswurf?" in der Folge 8 ist zu lesen, gegen den Spitzenkandidaten der AfD für die kommende Landtagswahl im Saarland, Rolf Müller, laufe ein Parteiausschlussverfahren. Richtig ist, dass es ein solches nicht gibt. Anders als in dem Beitrag geschrieben, hat Müller seine Teilnahme an der sogenannten Elefantenrunde des SR am 16. März nach eigenen Angaben nicht abgesagt. Das Wahlkampfbudget der AfD Saar beträgt nach Angaben des stellvertretenden Landesvorsitzenden Lutz Hecker nicht 150 000 Euro, wie in dem Artikel genannt. Der Antrag „auf Unterstützung durch den Konvent, dem sowohl die Vertreter des BuVo als auch die Länder zugestimmt haben", habe sich auf 100 000 Euro belaufen. *PAZ*

Immer mehr Kirchenasyl

Die AfD will das Thema im Wahlkampf behandeln

Die Fälle von Kirchenasyl nehmen zu. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte bereits vor gut zwei Jahren die bestehende Praxis kritisiert. „Als Verfassungsminister lehne ich das Kirchenasyl prinzipiell und fundamental ab", sagte er damals. Zwar habe er als Christ Verständnis dafür, dass die Kirchen „in Einzelfällen" unter dem Gesichtspunkt des Erbarmens Asylsucher aufnehmen würden. Dennoch gehe es nicht, dass sie sich eigenmächtig über bestehende Gesetze hinwegsetzten. Danach entstand eine kurzlebige Debatte, die zu einem Kompromiss führte: Die Bischöfe erklärten öffentlich, dass das Kirchenasyl nur in Einzelfällen und zeitlich begrenzt eine „Ultima Ratio" sein könne. Die Kirchengemeinden informieren die Behörden über Menschen im Kirchenasyl und erstellen eine Akte, die dann vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) noch einmal geprüft wird. Nach BAMF-Angaben wurden dem Amt vom 24. Februar 2015 bis Ende Januar des laufenden Jahres 791 Dossiers zu Kirchenasyl-Fällen vorgelegt.

„Das Kirchenasyl steht in einer jahrhundertealten Schutztradition, aus der heraus es sich in den letzten drei Jahrzehnten zu einer Art Institution entwickelt hat, die dann eingreift, wenn Abschiebung in Gefahrensituationen droht", rechtfertigt die Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche" ihr Wirken.

Christian Müller, Leiter des Fachbereichs Politik, Zeitgeschichte und Internationale Zusammenarbeit der Katholischen Akademie in Münster, plädiert dafür, das Kirchenasyl nicht an die große Glocke zu hängen. Wer Menschen, denen die Abschiebung drohe, in kirchlichen Räumen Schutz gewähre, solle damit nicht in der Öffentlichkeit hausieren gehen, denn dann „bekommt die Aktion schnell den Anschein, dass man die Asylpraxis in Deutschland generell in Frage stellt". Ein Kirchenasyl dürfe nicht dazu dienen, das Thema zu politisieren: Es dürfe allein um konkrete Hilfe für einen Asylsucher gehen, wenn nach der Abschiebung eine lebensbedrohlich Situation für ihn zu befürchten sei.

> Landesbischof Ulrich redet die Zahlen mit Vergleich klein

Die christlichen Kirchen in Deutschland sprechen nicht gerne darüber. Sie verweisen auf den Individualfall und dass es keinesfalls darum gehe, die bestehende Asylpraxis anzuzweifeln. „Das Kirchenasyl eröffnet einen Zeitraum, in dem es möglich ist, dem nachzugehen, die Argumente zu prüfen und dem Menschen, um den es geht, gerecht zu werden. Das entspricht genau dem, was unser Rechtssystem will", so der Landesbischof der Nordkirche, Gerhard Ulrich, gegenüber der Tageszeitung „Die Welt".

Die meisten der betroffenen Personen haben das sogenannte Dublin-2-Verfahren durchlaufen. Das heißt, sie sind durch ein sicheres Drittland nach Deutschland eingereist und müssten eigentlich dort das Asylverfahren durchlaufen. Die Kirchen legen Wert auf die Feststellung, dass sie jeden Einzelfall prüften. Dass die Zahlen durch die Asylsucherströme des Jahres 2015 und 2016 ansteigen würden, sei absehbar gewesen.

Die Alternative für Deutschland hat angekündigt, die Problematik im Wahlkampf zu thematisieren. Auch die Kirchen müssten sich an Recht und Gesetz halten, so ihre Position. Ulrich argumentiert mit der Quantité négligeable, der vernachlässigbaren Größe, wenn er sagt: „Verglichen mit der großen Zahl der Eingereisten sind die Kirchenasylfälle realistisch betrachtet doch sehr gering." *Peter Entinger*

Mehr Geld für Abgeordnete

Neuregelung der Parlamentarier-Altersversorgung im Musterländle

Die Fraktionschefs von Grünen, CDU, SPD und FDP im baden-württembergischen Landtag haben mit der Neuregelung der finanziellen Ausstattung der Abgeordneten scharfe Kritik ausgelöst. Zwar soll die Höhe der Diäten mit 7616 Euro im Monat gleich bleiben, ab dem 1. Mai sollen aber die steuerfreie Kostenpauschale für die Abgeordneten und die Budgets für Mitarbeiter deutlich steigen. Bislang haben die Parlamentarier im Landtag für sonstige Bürokosten 1548 Euro erhalten, dieser Betrag soll auf 2160 Euro steigen. Das Budget für Mitarbeiter wird sich von monatlich 5409 Euro auf 10 438 Euro nahezu verdoppeln.

Die beteiligten Fraktionschefs begründen die Neuregelung mit extrem gestiegenen Anforderungen seit der 2011 erfolgten Umstellung von einem Teilzeit- zu einem Vollzeitparlament. Der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim schätzt dies gegenüber dem Südwestrundfunk (SWR) ganz anders ein: „Bei einer Teilzeittätigkeit wäre die Angewiesenheit des Abgeordneten auf Mitarbeiter eigentlich viel größer, sodass es umgekehrt ist. In Nordrhein-Westfalen etwa bekommen die Abgeordneten nur etwa 5000 Euro für Mitarbeiter. In Schleswig-Holstein bekommen die Abgeordneten nur etwa 1000 Euro monatlich für Mitarbeiter."

Besonders scharfe Reaktionen hat die Neuregelung der Altersvorsorge ausgelöst. Unter Ablehnung der FDP- und der AfD-Fraktion sowie bei Enthaltungen einiger SPD- und Grünen-Abgeordnete haben sich Grüne, CDU und SPD darauf geeinigt, dass die Abgeordneten wieder zwischen einer privaten und einer staatlichen Altersversorgung wählen dürfen. Die Landtagsabgeordneten mussten sich seit der Umstellung auf ein Vollzeitparlament selbst um ihre Altersvorsorge kümmern. Derzeit erhalten die Abgeordneten zusätzlich zu ihrer Diät von 7616 Euro monatlich 1679 Euro für ihre Altersvorsorge.

> Wahlfreiheit zwischen staatlicher und privater Versorgung

Rückendeckung für die Option, wieder eine staatliche Rente zu erhalten, kommt vom Landesrechnungshof. Die damaligen Annahmen für die Veränderung der Altersversorgung haben sich aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung nicht erfüllt", so Rechnungshof-Präsident Max Munding gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten". Auch dies sieht der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim kritisch: „Es ist einfach schlechthin nicht nachvollziehbar, dass man mit einer Diät von 9300 Euro im Monat nicht in der Lage sein soll, sich eine eigene Altersvorsorge zu besorgen."

Inzwischen liegt die Neuregelung zur Altersvorsorge erst einmal auf Eis. Eine Sachverständigenkommission soll sich nochmals mit dem Thema befassen. Eine Entscheidung soll im Jahr 2018 fallen.

In Brandenburg ist die Zahlung von Elterngeld an eine Landtagsabgeordnete der Grünen im vergangenen Jahr auf Kritik gestoßen. Einem Pressebericht zufolge hat die Parlamentarierin die Abgeordnetendiät in voller Höhe von fast 8000 Euro ausgezahlt bekommen. Arbeitnehmer erhalten im Gegensatz dazu lediglich 67 Prozent ihres letzten Nettogehalts, obendrein ist das Elterngeld auf maximal 1800 Euro monatlich gedeckelt. Laut einem Bericht der „Potsdamer Neuesten Nachrichten" hat ein Sprecher der Grünen-Fraktion es als misslich eingeschätzt, dass zu einem Teilverzicht beim Elterngeld klare gesetzliche Regelungen fehlen. *Norman Hanert*

Zeitzeugen



Alexander Dobrindt – Der Bundesverkehrsminister setzt mit der „Strategie Schiene Digital“ auf die Digitalisierung des Verkehrsträgers Eisenbahn. Die Investitionen sollen bis 2020 auf fünf Milliarden Euro jährlich steigen. Wichtig sind elektronische Stellwerke und neue, europäische Leit- und Sicherheitstechnik. Allein für die Entwicklung digitaler Lösungen, welche die Kapazität des Bahnnetzes steigern sollen, sind 75 Millionen Euro vorgesehen.

Joachim Winter – Der Wissenschaftler arbeitet am DLR-Institut für Fahrzeugkonzepte in Stuttgart und leitet dort seit 2008 das Projekt „Next Generation Train“. In der Vergangenheit war er in leitenden Positionen bei Unternehmen in der Luftfahrttechnik und der Fahrzeugforschung tätig. Zusammen mit dem Designer Andreas Vogler entstand der „Aeroliner3000“, ein Hochgeschwindigkeitszug für die britische Bahn.



Markus Hecht – Eines der Anliegen des Leiters des Fachgebiets Schienenfahrzeuge am Institut für Land- und Seeverkehr ist es, den Güterverkehr leiser zu machen, da die Bahn der lauteste Verkehrsträger ist. Er hat ein Konzept vorgelegt, mit dem die Leistung des Güterverkehrs verdoppelt und gleichzeitig 9,1 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr eingespart werden können. Damit stiegen auch die Umsätze der beteiligten Unternehmen.

Peter Westerberger – Der Geschäftsführen des Netzwerks Europäischer Eisenbahnen kritisierte 2016 auf einem von den Grünen veranstalteten Fachgespräch die aktuelle Verkehrspolitik. Zwar steige die auf der Schiene beförderte Gütermenge weiterhin, aber für die nötigen Investitionen sei nicht genug Geld eingeplant. Er tritt für das Schweizer Modell ein, in dem 60 Prozent der Investitionen für die Schiene aufgewendet werden.



Matthias Gastel – Der grüne Bundestagsabgeordnete ist Sprecher seiner Fraktion für Bahnpolitik. Seine Partei schlägt einen Bundesmobilitätsplan vor. „Dazu gehört, die Rolle der klimafreundlichen Schiene auszubauen mithilfe eines politischen Bekenntnisses zum … zügigen Ausbau des Schienennetzes, damit lange Güterzüge aus den Nachbarländern endlich auch in Deutschland fahren können“, so Gastel.

Die Politik hinkt hinterher

Die Wissenschaft arbeitet bereits an Lösungen für ein zukünftiges Bahnwesen

Forscher und Entwickler suchen nach Wegen, das System Eisenbahn sicherer, leiser und effizienter zu machen. Im Rahmen von Forschungsprogrammen wie „Shift2Rail“ und dem bereits seit 2007 laufenden „Next Generation Train“ entstehen Lösungen für ein zukünftiges Bahnwesen.

„Shift2Rail“ ist ein seit mehreren Jahren laufendes EU-Programm, an dem sich auch deutsche Forschungsinstitute beteiligen. So ist die Technische Universität Berlin mit drei Vorhaben vertreten. „Dynafreight“ und „Innowag“ beschäftigen sich mit dem Güterverkehr. „Dynafreight“ sucht nach Lösungen, Güterzüge mit Überlänge sicher zu betreiben. „Züge von etwa 1,5 Kilometer Länge sind kostengünstiger als kurze Züge, aber sie haben mit dem Problem der Längsschwingungen bei einem Bremsvorgang zu kämpfen“, sagt Markus Hecht. Der Professor leitet das Fachgebiet Schienenfahrzeuge am Institut für Land- und Seeverkehr der TU Berlin. Diese langen Züge sind bereits in vielen Nachbarländern unterwegs, in Deutschland bisher jedoch nicht. Mithilfe eines eigenen Simulationsprogramms wollen Hecht und sein Team diese Schwingungen nun untersuchen und daraus Lösungen ableiten.

„Innowag“ soll die Stillstandszeiten verkürzen. Die entstehen durch die notwendigen, aber langwierigen Überprüfungen der Waggons, die bis zu vier Stunden dauern. Im Rahmen von „Innowag“ sollen Sensoren entwickelt werden, welche die nötigen Daten auch während der Fahrt liefern. So ließen sich die Kontrollen auf etwa 20 Minuten verkürzen.

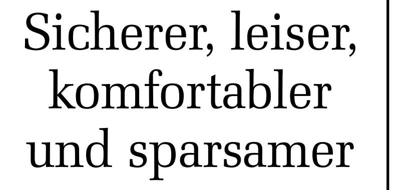
> Eigentlich müsste die Zukunft der Bahn gut aussehen

„Destinate“ schließlich dient dem Lärmschutz. „Lärm“, so Hecht, „ist das Umweltproblem Nummer 1 des Schienenverkehrs.“ Also werden in diesem internationalen Vorhaben Luft- und Körperschall von Bahnwaggons untersucht. Körperschall bezeichnet die Schwingungen von einzelnen Komponenten. Messobjekt sind Straßenbahnen im spanischen Valencia. Aus den Messungen erarbeiten die Forscher dann dreidimensionale Lärmkarten, nach denen leisere Waggons konstruiert werden können.

Beim „Next Generation Train“ (NGT) des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt geht es in erster Linie um schnelle Fern- und Zubringerzüge, aber ebenfalls um Güterverkehr auf Hochgeschwindigkeitsstrecken. Teil der Forschungen ist ein neues Crashkonzept, das die Folgen eines Aufpralls mindern soll. „Unsere grundlegende Idee war es, eine sehr effiziente Crashstruktur zu entwickeln, die gleichzeitig integraler Bestand des Zugwagens ist – also eben nicht ein zusätzliches Teil, das konstruktiv und gewichtstechnisch dazu kommt wie bei Konzepten, die aktuell im Einsatz sind“, erklärt Michael Zimmermann. Er hat das Crashkonzept entwickelt. Dabei sind mehrere Knautschzonen im Zug verteilt, und zwar jeweils in den Türbereichen an Anfang und Ende der Wagen. Sie bestehen aus einem Metallrahmen und ineinander geschobenen Metallrohren, die den Stoß auffangen sollen. Versuche mit Testwaggons beim TÜV Süd in Görlitz haben gezeigt, dass das Konzept funktioniert.

Die deutsche Politik ist jedoch nicht so innovativ wie die Forschung. Das Eisenbahnnetz genießt weiterhin nicht die gebotene Priorität. So legen die am 2. Dezember 2016 beschlossenen Verkehrswegebau-Gesetze weiterhin das Schwergewicht auf den Straßenbau. Das ist umso erstaunlicher, als es eigentlich für die Zukunft der Eisenbahn gut aussehen sollte. So will die Europäische Union laut ihrem Weißbuch von 2011 bis 2030 ein Drittel des Straßen- und Flugverkehrs auf die Schiene verlagern, bis 2050 sogar die Hälfte. Die EU strebt nämlich die Senkung des Kohlendioxidausstoßes in Europa um rund 60 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 an, die Eisenbahn hat eine günstige Umweltbilanz, der Kontinent soll unabhängiger von Ölimporten werden, und auf europäischer Ebene sind sich die Verantwortlichen der Vorteile der Eisenbahn durchaus bewusst.

Friedrich List



Sicherer, leiser, komfortabler und sparsamer

Die technische Entwicklung bleibt nicht bei der neuesten ICE-Generation auf deutschen Schienen stehen. Die nächste Generation von Hochgeschwindigkeitszügen soll nach Möglichkeit sicherer, leiser, komfortabler und auch umweltverträglicher werden. Deswegen forschen im Rahmen des Projekts „Next Generation Train“ (NGT) Wissenschaftler an mehreren Instituten des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) an Lösungen für den Schnellzug der nächsten Generation.

In den vergangenen zehn Jahren sind die Anforderungen an die Sicherheit, aber auch der Kostendruck auf den Verkehrsträger Bahn gestiegen. Die DLR-Wissenschaftler konzentrieren sich dabei auf den Zug selbst. So sollen die zugelassene Höchstgeschwindigkeit um ein Viertel erhöht werden und der Energieverbrauch um die Hälfte sinken. Ebenso sollen die Hochgeschwindigkeitszüge der kommenden Generation deutlich leiser unterwegs sein.

Projekt »Next Generation Train«

Dem NGT liegt ein Betriebskonzept zugrunde, das aus zwei Komponenten besteht. Auf den Hauptstrecken ist ein bis zu 400 Kilometer in der Stunde schneller Triebwagenzug unterwegs. Hinzu kommt ein rund 230 Kilometer pro Stunde schneller Zug, der Passagiere aus dem Umland zu den Bahnhöfen bringt, an denen der Hochgeschwindigkeitszug hält.

Dieser besteht aus acht Mittel- und zwei Endwagen und bietet auf 200 Metern Länge Platz für bis zu 790 Reisende. Im Gegensatz zum aktuellen ICE haben die Wagen zwei Stockwerke. Etwa die Hälfte der Antriebsleistung liefern die Triebköpfe an beiden Zugenden, den Rest zwei angetriebene Radpaare pro Waggon. Über eine neue optische Kupplung können die Züge miteinander verbunden werden. Das ermöglicht nicht nur, mehrere Triebzüge zusammenzukoppeln, wie es jetzt schon möglich ist, sondern auch, sie während der Fahrt zu entkoppeln und, falls erforderlich, mit einem anderen Zug zu verbinden. *F.L.*



Noch ist es nur eine Fotomontage: Der Next Generation Train Bild: DLR

Das Auf und Ab der Bahn

Seit Erfindung des Autos verliert der Schienenverkehr

Ohne die Eisenbahnen wäre die erste Stufe der Industriellen Revolution im frühen 19. Jahrhundert nur schwer möglich gewesen. Tatsächlich mussten vielerorts erst Eisenbahnstrecken gebaut werden, bevor neben Passagieren auch gerade sperrige Güter einigermaßen schnell und pünktlich über Land transportiert werden konnten. Bei Beginn des 20. Jahrhunderts war die Eisenbahn der dominierende Verkehrsträger. Das änderte sich erst mit dem starken Wachstum des Straßenverkehrs.

Mit der Liberalisierung des Bahnverkehrs in den 1990er Jahren verschob sich das Gewicht noch stärker in Richtung Straße als in den Jahren davor. Die Politik trug damit den hohen Verlusten Rechnung, die sowohl die damals noch bestehende Deutsche Bundesbahn (DB) wie auch die Deutsche Reichsbahn (DR) Anfang der 90er Jahre einfuhren. Zum 1. Januar 1994 fusionierten beide Staatsbetriebe zur Deutsche Bahn AG, die künftig als privatwirtschaftliches Unternehmen arbeiten

> Das Flugzeug ist ein weiterer wichtiger Konkurrent

sollte. Das hat sich bis heute nur zum Teil realisieren lassen, da die Politik weiterhin an vielen Stellen mitbestimmt. So herrscht Uneinigkeit darüber, wie hoch nun die Nutzungsgebühren sein sollen, welche die Eisenbahnunternehmen an die DB Netz oder an andere Infrastrukturunternehmen zahlen müssen.

Anfang der 90er Jahre setzte die Bahn die ersten Hochgeschwindigkeitszüge ein, um den anderen Verkehrsträgern Straße und Luftverkehr wieder Marktanteile abzunehmen. Allerdings hat sicher der Trend nicht umkehren lassen; die Schiene hat weiterhin insbesondere gegenüber der Straße nachgegeben. Trotzdem bleibt Deutschland der wichtigste Bahnmarkt Europas. 2015 erwirtschafteten die Schienenverkehrsdienste laut einer Studie der SCI Verkehr GmbH rund 21 Milliarden Euro Umsatz; der Anteil der Eisenbahnen an allen Verkehrsleistungen lag 2013 bei 7,8 Prozent. Seit Jahren werden etwa 70 Prozent der Leistung im Güterverkehr auf der Straße erbracht.

F.L.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Die Kamera, die alles sieht

Ermittlungen noch während der Tat? Bahn und Polizei erproben neues Überwachungssystem



Bald könnte die Videoüberwachung revolutioniert werden: Überwachungskamera am Alexanderplatz

Bild: pa

Die Deutsche Bahn und die Bundespolizei starten am Berliner Bahnhof Südkreuz ein Pilotprojekt zur automatischen Videoüberwachung. Die Technik ist inzwischen derart ausgereift, dass sich im Kampf gegen die Kriminalität völlig neue Möglichkeiten abzeichnen.

Bereits 2006 hatte das Bundeskriminalamt (BKA) im Mainzer Hauptbahnhof einen Feldversuch zu einer „Foto-Fahndung" gestartet, der seinerzeit für einiges Aufsehen sorgte. Herausfinden wollte das BKA in einem viermonatigen Test, ob die Verfahren zur biometrischen Gesichtserkennung bereits unter realen Bedingungen einsatzfähig sind.

Sieben Kameras, die auf eine bestimmte Rolltreppe ausgerichtet waren, sollten bei dem Versuch 200 Freiwillige identifizieren, die fast täglich die Rolltreppe passierten. Gehofft hatten die BKA-Experten auf eine Treffergenauigkeit von 80 Prozent – erreicht wurden bei dem Mainzer Versuch allerdings nur rund 40 Prozent, bei schlechten Lichtverhältnissen sank die Quote sogar unter 20 Prozent.

Doch das neue Pilotprojekt am Berliner Bahnhof Südkreuz zeigt, welche Fortschritte auf dem Gebiet der computergestützten Videoauswertung inzwischen erzielt wurden: Das Testsystem soll im drittgrößten Bahnhof Berlins ganz automatisch Gefahrensituationen oder verdächtige Bewegungsmuster erkennen. Als Anwendungsbeispiele nennen die Verantwortlichen das Identifizieren von Koffern oder Paketen, die in dem Bahnhof abgestellt und längere Zeit nicht bewegt werden. Auch Personen, die im Bahnhof sehr oft dieselbe Treppe hinauf- und hinuntergehen, soll das Videosystem herausfiltern, da dieses Bewegungsmuster oft bei Taschendieben beobachtet wird.

Vor allem die Erprobung einer automatischen Gesichtserkennung im Zuge des Pilotprojekts dürfte aber noch für erhebliche Diskussionen sorgen. Berlins oberste Datenschutzbeauftragte, Maja Smoltczyk, kritisiert bereits generell den Einsatz von Videokameras mit Gesichtserkennung. Ohne Nennung des Vorhabens am Südkreuz schrieb Smoltczyk in einer Stellungnahme, dies könne die Freiheit, sich in der Öffentlichkeit anonym zu bewegen, gänzlich zerstören.

Revolutionäre Technik: Alles kann in Echtzeit ausgewertet werden

Der Datenschutzbeauftragte von Baden-Württemberg, Stefan Brink, sieht angesichts der weiterentwickelten Technik allerdings auch einen positiven Aspekt. Gegenüber dem „Mannheimer Morgen" sagte Brink, dass 95 bis 99 Prozent der Aufnahmen gleich wieder gelöscht würden, wenn es keinen Alarm gegeben habe.

Tatsächlich sind die Fortschritte auf dem Gebiet der automatischen Videoauswertung frappierend: Der Mainzer Feldversuch des BKA endete vor zehn Jahren noch als Flopp. Bereits in wenigen Jahren wird die computergestützte Auswertung von Gesichtsaufnahmen allerdings eine zuverlässige Identifizierung von Menschen erlauben wie ein Blick in den Personalausweis. Internetkonzerne forschen seit Jahren sehr intensiv auf diesem Gebiet: So bietet Facebook in den USA das mobile Zusatzprogramm „Moments" an, das Menschen anhand eines geeigneten Bildes ihrem Facebook-Profil zuordnen kann.

Laut einem Bericht des Wissenschaftsjournals „Science" greift Facebook dabei nur auf einen Bruchteil seiner Forschungsergebnisse zurück. Ein neu entwickelter Algorithmus soll die Identifizierung von Personen mittlerweile auch ohne Gesichtsaufnahmen ermöglichen. Demzufolge lässt sich schon aus Eigenschaften wie Figur, Kleidung, Körperhaltung und Gang einer Person mittlerweile ein sogenannter Hashwert errechnen, der eine Identifizierung mit einer Trefferquote von 83 Prozent ermöglicht.

Israelische Wissenschaftler sollen die Genauigkeit mittlerweile bis in den Bereich von über 90 Prozent gesteigert haben. Ziel der Forschung ist es, aus Aufnahmen von Personen einen mathematischen „Fingerabdruck" zu errechnen, der für jeden Menschen nahezu einzigartig ist und eine fehlerfreie Identifizierung erlaubt.

Für die Gesellschaft wird das faktische Ende von Anonymität weitreichende Folgen haben. Völlig neue Möglichkeiten sind etwa im Bereich der Strafverfolgung denkbar: Videosysteme, die mit entsprechenden Datenbanken verknüpft sind, lassen beispielsweise die Ermittlung eines Tatverdächtigen möglich erscheinen, noch während die Tat aufgezeichnet wird.

Zumindest bei den Geheimdiensten ist der Aufbau entsprechender Datenbanken längst im Gange. Die „New York Times" enthüllte bereits im Jahr 2014, dass die National Security Agency (NSA) täglich zehntausende Gesichtsportraits aus dem Internet abspeichert und sie mit einer eigenen Datenbank von Zielpersonen abgleicht. Auch die kommerziellen Möglichkeiten, allerdings auch die Missbrauchsmöglichkeiten, sind bislang kaum zu überblicken: Im Mai vergangenen Jahres wurde etwa ein Programm russischer Softwareentwickler namens „FindFace" bekannt. Mit dem Programm können Videoaufnahmen von Personen, die sich in einem Geschäft für ein bestimmtes Produkt interessieren, den sozialen Netzwerken des Aufgenommenen im Internet zugeordnet werden, um dann zielgenaue Werbung zusenden zu können.

Norman Hanert

Rettung in den Keller

Von Theo Maass

Zwei traditionsreiche Theater am Ku'damm konnten offenbar doch noch vor dem Untergang bewahrt werden. Das sogenannte „Ku'damm Karree", in dem die Bühnen beheimatet sind, wird durch den Investor Cells Bauwelt GmbH saniert, modernisiert und umgebaut. Das Weiterbestehen der beiden Boulevard-Theater „Komödie am Kurfürstendamm" und „Theater am Kurfürstendamm" war gefährdet.

Der Investor trachtete danach, lukrativere Mieteinnahmen zu erzielen als mit der Vermietung an Theater. Im Gegensatz zu Dieter Hallervordens „Schlossparktheater" – das ohne Subventionen auskommt – erhalten die beiden Ku'damm-Bühnen staatliche Zuschüsse von jährlich 230000 Euro. Intendant und Theaterbetreiber Martin Woelffer wollte die Bühnen erhalten, der Investor nicht. Cells Bauwelt versuchte, beide Theater räumen zu lassen, scheiterte damit aber vor Gericht. Seit 2002 dauert das Hickhack schon.

Damals erwarb eine Fondsgesellschaft der Deutschen Bank das Karree. Mehrfach wechselten seither die Eigentümer, und alle wollten die Theater rauswerfen, um die Gewinne zu erhöhen. Doch Zeit kostet auch Geld, und so bot Cells Bauwelt, um langwierigen Streitereien aus dem Weg zu gehen, an, künftig ein Theater – aber im Keller des Karrees – dauerhaft zu dulden. Das wollte Woelffer nicht. Erstaunlicherweise stehen die ab 1920 vom Architekten Oskar Kaufmann für den legendären jüdischen Regisseur Max Reinhardt errichteten Säle nicht unter Denkmalschutz. 1963 wurde dort Hochhuths „Stellvertreter" uraufgeführt.

Nun gibt es einen Kompromiss, für dessen Vermittlung der neue Kultursenator Klaus Lederer (Linkspartei) von den meisten Hauptstadtblättern gelobt wird. Aus zwei Bühnen wird eine und die zieht in den Keller. Vom Ku'damm aus kann man das Theater nicht einmal betreten, es ist erst durch einen Innenhof erreichbar. Immerhin aber ist das Foyer oberirdisch.

Statt mit 230000 Euro wird das Theater künftig mit 800000 Euro jährlich staatlich alimentiert. Der Zuwachs resultiert aus der künftigen Mietforderung von Cells Bauwelt. Im Mai 2018 fällt dann erst einmal der Vorhang. Für wie lange? Der Investor rechnet mit einer reinen Bauzeit von zwei bis drei Jahren. Wer die Berliner Baubürokratie kennt, ahnt, dass daraus auch vier oder mehr werden können. Als Übergangsheimat für die Bühnen ist das Schiller-Theater anvisiert. Doch das ist noch nicht sicher. Die Vorsitzende der Initiative „Rettet die Ku'damm-Bühnen", die frühere Grünen-Bundestagsabgeordnete Franziska Eichstädt-Bohlig, gibt sich trotz des Erhalts der Häuser enttäuscht: "Wieder einmal siegt der Kommerz über Kultur- und Stadtgeschichte."

Beamte jagen Viehdiebe

Professionelle Banden stehlen ganze Herden im Grenzgebiet

Die Polizei Brandenburgs will ihre Ermittlungen gegen professionell organisierten Viehdiebstahl beim Landeskriminalamt bündeln. Laut Polizeipräsident Hans-Jürgen Mörke soll sich die LKA-Abteilung für Organisierte Kriminalität und schwere grenzüberschreitende Eigentumskriminalität nun zentral um alle Fälle von professionellem Rinderklau kümmern.

Vor allem im Osten und im Süden Brandenburgs hat sich Viehdiebstahl zu einem Problem für Landwirte entwickelt. 2016 gingen 24 Anzeigen ein wegen mehr als 250 verschwundener Tiere. Allein in den ersten anderthalb Monaten dieses Jahres wurden sieben Fällen bekannt, bei denen rund 100 Tiere abhanden kamen.

Die Täter kommen meist nachts und suchen sich entweder abgelegene Weiden oder landwirtschaftliche Betriebe in direkter Autobahnnähe aus. Die Ermittler vermuten nach derzeitigem Erkenntnistand hinter dem Viehdiebstahl professionelle Banden, die sich ganz gezielt Kälber, Muttertiere und Zuchtbullen aussuchen: „Wir gehen momentan davon aus, dass die Tiere nach Osteuropa gehen, wo nicht so stark kontrolliert wird, wo gegebenenfalls neue Herden aufgebaut werden", schätzt ein Polizeisprecher.

Erfolgsbilanz der Polizei bleibt bislang dürftig

Die Erfolgsbilanz im Kampf gegen die Viehdiebe ist bislang dürftig: Die brandenburgische Polizei konnte lediglich im Mai vergangenen Jahres nach einer Verfolgungsjagd einen Laster mit polnischem Kennzeichen auf der Autobahn stoppen. Den Tätern gelang zwar die Flucht, die Beamten konnten aber 40 Jungrinder retten.

Wesentlich besser sieht es inzwischen beim Kampf gegen Banden aus, die sich auf den Diebstahl von Solarmodulen spezialisiert haben. Das LKA gründete bereits im Jahr 2015 eine Sonderkommission namens „Helios" gegen die „Solar-Banden". Laut RBB hat die Bildung gemeinsamer Ermittlungsgruppen die Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden deutlich verbessert. Wie der Sender meldet, sind in Zusammenarbeit mit polnischen Ermittlern in Lublin vier Polen festgenommen worden, die in großem Stil in Brandenburg und anderen Bundesländern Solarmodule und Wechselrichter gestohlen haben sollen. Schon im vergangenen November konnte eine polnische Bande dingfest gemacht werden, die im Verdacht steht, in mindestens 15 Fällen Diebstahl in deutschen Solaranlagen verübt zu haben.

N.H.

Streit um Abschiebungen

Brandenburg: Innenminister Schröter (SPD) gegen Grüne

Vergangenes Jahr wurden ganze 14 Afghanen, deren Asylverfahren abschlägig beschieden wurden, aus Brandenburg abgeschoben. Geht es nach den Grünen, soll damit künftig Schluss sein. Deren Fraktionssprecherin Ursula Nonnemacher will im Land einen Abschiebestopp durchsetzen: „Wir halten Abschiebungen nach Afghanistan in der derzeitigen Situation für unverantwortlich."

Der Sprecher des Innenministeriums, Ingo Decker, hält dem entgegen, dass die meisten der Abgeschobenen nicht in ihre Heimat, sondern in jene europäischen Länder gebracht worden seien, aus denen sie nach Deutschland weitergereist waren. Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) lehnt den Grünen-Vorstoß scharf ab Es sei falsch, „wenn Länder jetzt versuchen, eine eigene Asyl-Politik zu machen".

Seit der Jahreswende versucht die Bundesregierung mit mäßigem Erfolg, sogenannte Sammelabschiebungen nach Afghanistan durchzuführen. Das im vergangenen Herbst mit dem Land abgeschlossene Rückführungsabkommen macht dies möglich. Jedoch nur zwei Flüge wurden seitdem durchgeführt. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) wird bei seinem Bemühen von den Bundesländern Schleswig-Holstein, Bremen, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen behindert, die „Abschiebestopps" nach Afghanistan verfügt haben.

De Maizière: Auch in Afghanistan gibt es sichere Gebiete

Markus Beeko, Chef von Amnesty International Deutschland, unterstützt die Grünen, Abschiebungen nach Afghanistan seien „menschenrechtlich nicht vertretbar". De Maizière erklärte hingegen: „Die Sicherheitslage ist kompliziert, aber es gibt sichere Orte ... Sichere Gebiete gibt es im Norden (Afghanistans), auch in Teilen Kabuls." Die Taliban-Kämpfer verübten vor allem Anschläge gegen Repräsentanten des Systems – „Polizisten, Botschaften, westliche Hotels". Die normale Bevölkerung sei nicht das Ziel der Taliban.

Unterstützung erhielten die märkischen Grünen von ihren Berliner Parteifreunden: Canan Bayram, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses: „Man kann Menschen nicht nach Afghanistan abschieben. Die Menschen sind dort an Leib und Leben gefährdet." Abschiebungen aus Brandenburg sind seit einigen Monaten ohnehin erschwert worden. Nach einem Erlass der Landesregierung genießen „Opfer rechter Gewalt" nunmehr generellen Abschiebeschutz.

Hans Lody

MELDUNGEN

Janukowitsch äußert sich

Rostow am Don – Erstmals seit seiner Flucht nach Russland hat sich der gestürzte ukrainische Ex-Präsident Viktor Janukowitsch anlässlich des dritten Jahrestags des Majdan zu Wort gemeldet. In einem Brief an die Staatsführer der USA, Russlands, Deutschlands, Frankreichs und Polens fordert er diese auf, die blutigen Ereignisse von 2014 aufzuklären, und insbesondere an Donald Trump gerichtet, dieser möge die Beteiligung der USA am Umsturz zugeben. *MRK*

China investiert im Ausland

Peking – Im Jahre 2016 erreichten die chinesischen Direktinvestitionen im Ausland einen Rekordwert: Mit annähernd 200 Milliarden US-Dollar lagen sie um 40 Prozent höher als im Vorjahr. Auf die Europäische Union entfielen davon lediglich 35 Milliarden Euro, was aber immerhin 77 Prozent mehr waren als 2015 – hier lockten strategische Einkäufe bei schwächelnden Unternehmen. Deutschland blieb mit 11 Milliarden Euro oder rund einem Drittel der Investitionen in der EU weltweiter Schwerpunkt der chinesischen Technologieeinkäufe. Die Führung in Peking ist offenkundig bestrebt, ihre Devisenvorräte sinnvoll anzulegen, solange sie noch einen hinreichenden Wert besitzen, drosselt aber bereits die Kaufwut ihrer Unternehmen, die den Markt zu überreizen droht. Seit über einem halben Jahr gehen dabei die staatlichen Devisenvorräte kontinuierlich zurück und haben im Januar erstmals seit sechs Jahren die Zahl von drei Billionen US-Dollar unterschritten. *T.W.W.*

Einwanderer-Unruhen in Schweden

Wie Trumps Mahnung vom vorletzten Sonnabend von der Wirklichkeit eingeholt wurde

Niemand wird behaupten wollen, Donald Trump habe das Zweite Gesicht, vor allem nicht nach seinem rätselhaften Hinweis auf Ereignisse in Schweden, von denen niemand etwas wissen wollte. Doch gerade diese Episode nahm einen völlig unvorhersehbaren Verlauf.

Es dauerte nur Stunden, bis tatsächlich Nachrichten über Schweden die Runde machten, bei denen von Unruhen, gewalttätigen Immigranten und hilfloser Polizei die Rede war. Das heißt – diese Nachrichten schafften es nicht einmal in die Schlagzeilen, die Runde machten sie weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Denn Schwedens Rolle als Musterbeispiel multikultureller Harmonie darf nicht angekratzt werden.

Dabei verhalten sich die Dinge völlig anders, als es im Allgemeinen dargestellt wird. So liegt im Norden der Hauptstadt Stockholm ein Stadtteil namens Rinkeby, ein typisches Problemviertel mit annähernd 90 Prozent Immigranten der ersten oder zweiten Generation. Dort wollte kurz nach Trumps ominösen Worten die Polizei eine Festnahme durchführen. Daraufhin erfolgten Ausschreitungen von Jugendlichen, die in bürgerkriegsähnliche Zustände ausarteten. Autos brannten, Geschäfte wurden demoliert und geplündert, und eine Welle der Gewalt traf auf die Polizei.

Ein Beispiel für viele, wobei Stockholm nicht allein dasteht. Malmö wird das „Chicago Schwedens“ genannt, dort herrschen amerikanische Zustände. Die Journalistin Olga Banach schildert ihre Eindrücke: „Durch die Brücke zu Dänemark ist die Stadt eine Hauptroute für den Schmuggel von Drogen und Waffen sowie für den Menschenhandel. Im Jahr 2014 gab es 24 Explosionen in der Stadt und 68 Schießereien. Die schwedischen Medien schweigen.“ Malmös schlimmstes Viertel ist Rosengard: 90 Prozent Immigranten, vor allem aus Syrien, dem Irak und dem Balkan. Die meisten Menschen sind unter 35 Jahre alt, wegen ethnischer Konflikte musste bereits eine Schule geschlossen werden. 20 Prozent der schwedischen Jugendlichen, nicht nur der Zuwanderer, sondern aller Jugendlichen in Schweden, sind arbeitslos, das heißt, der Anteil ist bei den ausländischen Jugendlichen signifikant höher.

In dieser von schwerer Kriminalität geprägten Umgebung braucht die Polizei Geleitschutz, nachdem es zu Attentaten mit Granaten gekommen ist. In Göteborg gibt es ein großes Nordstan-Einkaufszentrum, ein Sammelplatz für kriminelle Jugend-Gangs. Schwedische Mädchen müssen diesen Platz meiden. Für Stockholm wurde eine Karte veröffentlicht, auf der alle Morde und Mordversuche des vergangenen Jahres verzeichnet sind, 41 beziehungsweise 62 Fälle. Die Entwicklung geht zu immer jüngeren Opfern und einer immer schlechteren Aufklärungsquote.

Ein Polizist aus Malmö namens Peter Springare hat Schlagzeilen dadurch gemacht, dass er auf Facebook seinen Alltag beschrieb: „Bitte sehr. Dies ist es, worum ich mich von Montag bis Freitag kümmere: Vergewaltigung, Vergewaltigung, Raub, schwere Körperverletzung, versuchte Vergewaltigung und Vergewaltigung ... Die Tatverdächtigen: Ali Mohammed, Mahmod, Mohammed, Mohammed Ali, wieder, wieder und wieder ... Die Herkunftsländer: Irak, Irak, Türkei, Syrien, Afghanistan, Somalia, Somalia, Syrien, wieder Somalia, unbekannt, Schweden. Bei der Hälfte der Verdächtigen können wir uns nicht sicher sein, da sie keine gültigen Papiere besitzen.“ Polizist Springare brachte den Mut zu dieser Enthüllung auf, weil er kurz vor seiner Pensionierung steht. Die Polizei in Malmö hat keinen Platz mehr, um die konfiszierten Waffen unterzubringen. Polizeichef Mats Karlsson sagt: „Die Probleme, die zu Eskalationen führen, mögen uns banal erscheinen: ein Konflikt wegen einer Ex-Freundin oder ein jüngerer Bruder, der einen älteren übertreffen will.“ Ein Gang-Mitglied sieht dies alles von der praktischen Seite: „In Malmö sind es nicht Äpfel, die auf den Bäumen wachsen, sondern Granaten.“

> »Schweden, wer hätte das gedacht? Schweden. Sie haben viele aufgenommen. Sie haben Probleme, wie sie es nie für möglich hielten«



Neben der Polizei musste auch die Feuerwehr ausrücken: Schwedische Einsatzkräfte in der Nacht vom 20. zum 21. Februar in Stockholms von Immigranten geprägtem Stadtteil Rinkeby Bild: pa

Angesichts solcher Zustände empfinden viele Schweden, dass ihre legendäre Toleranz ein wenig überstrapaziert werde, und sie setzen sich zur Wehr. Eine rechtsextreme „Bürgerwehr“ kontrolliert mit Schiffen den Öresund, den Belt zwischen Schweden und Dänemark. Die Polizei versage bei dieser Aufgabe, so die Begründung. Überhaupt gewinnen rechtsradikale Organisationen wie die Nordic Front verstärkt Zulauf und werden ihrerseits immer gewalttätiger. In Göteborg wurden vor einigen Tagen drei Verdächtige verhaftet, die Anschläge verübt haben sollen, einen auf ein Café der linken Szene, einen versuchten Anschlag auf ein Asylsucher-Camp und vor Kurzem eine Explosion vor einem Asylsucherheim, bei der es einen Schwerverletzten gab. Die drei Männer sollen der Nordic Resistance angehören.

Diese vereint die nationalistischen Bewegungen der skandinavischen Länder Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland. Sie fordern ein Ende der Einwanderung und die Ausweisung aller, die keine Skandinavier sind. Diese Bewegung bringt es mit sich, dass auch die Regierungskoalition aus Sozialdemokraten und Grünen eingesehen hat, dass mit der bisherigen Einwanderungspolitik nichts mehr zu gewinnen ist. Deshalb zeigen sich diese beiden, die eine Minderheitsregierung bilden, neuerdings offen für eine Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten. Diese galten bislang als „rechtspolulistisch“ und daher verpönt, scheinen aber jetzt gut genug, den Karren aus dem Dreck ziehen zu helfen.

Wenn also Donald Trump beim nächsten Mal auf untragbare Zustände in Schweden hinweist, die durch die Zuwanderung verursacht sind, kann er diesmal sicher sein, dass er von einem geeigneten Beispiel spricht.

Florian Stumfall

»Beträchtliche Fortschritte«

Nordkorea auf dem Weg zur nuklaren Interkontinentalrakete

In Fernost erwartet man jederzeit einen Test einer nordkoreanischen Interkontinentalrakete. In seiner Neujahrsansprache hatte Diktator Kim Jong-un von der „Endphase“ der Vorbereitungen geredet. Von US-Satelliten sind zwei verbesserte Version der bisherige Interkontinentalraketen-Prototypen auf mobilen Startrampen gesichtet worden. Südkoreanische Experten glauben, der Teststart solle eine „strategische Botschaft“ an den neuen Präsidenten der USA darstellen. Dieser hatte in den ersten Januartagen versprochen, Nordkorea werde keine Nuklearrakete entwickeln, die US-Territorium erreichen kann. Die bisherigen Versprechungen Washingtons, man werde die Demokratische Volksrepublik Korea (DRV) niemals als eine Atommacht anerkennen, wiederholte er indes nicht. Aus höchsten US-Militärkreisen verlautete, die Vereinigten Staaten seien zum Abschuss einer solchen Rakete bereit, „wenn sie sich unserem Territorium oder dem unser Verbündeten und Freunde nähere“.

Nach dem vor einigen Tagen in Seoul veröffentlichten „Weißbuch 2016“ des südkoreanischen Verteidigungsministeriums ist Pjöngjang inzwischen im Besitz von 50 Kilogramm Plutonium, mit deren Hilfe rund zehn Nuklearwaffen hergestellt werden könnten. Die DRV habe „beträchtliche Fortschritte“ in der Produktion von Uranium erzielt. Die nordkoreanischen „Strategischen Raketen-Streitkräfte“ seien auf rund 10 000 Soldaten verstärkt worden.

Als weitere Schwerpunktsetzung wird die Erhöhung der Cyberware-Truppen von bisher 6000 auf nunmehr 6800 Mann gewertet. Im Dezember seien erstmals erfolgreiche Hackerangriffe auf das Verteidigungsministerium in Seoul erfolgt, wobei militärische Geheimnisse ausspioniert worden seien.

> Donald Trump verspricht, die USA seien sicher

Zugleich sprechen höchste südkoreanische Militärkreise von einer weiterhin existierenden zahlenmäßigen Überlegenheit der Nordkoreaner an Waffen. Danach zählt die Armee im Nordteil der Halbinsel 1,1 Millionen Soldaten, die im Süden hingegen nur 490 000. Pjöngjang verfügt über 4300 Panzer, Seoul lediglich über 2400. Nördlich des 38. Breitengrades zählt die Luftwaffe 100 000 Angehörige mit 810 Kampfflugzeugen, im Süden hingegen nur 65 000 Mann mit 410 Maschinen. Die Kriegsmarine Nordkoreas besitzt 430 Kampfschiffe und 70 Unterseeboote, während Südkorea lediglich 110 Schiffe und zehn U-Boote vorweisen kann.

Nach südkoreanischen Erkenntnissen haben sich mit Ausnahme der Eliteeinheiten Disziplin und Moral in den Streitkräften der Demokratischen Volksrepublik verschlechtert. Kürzlich sind dort zum ersten Mal im II. Armeekorps illegale Flugblätter aufgetaucht. Sie attackierten Kims Abkehr von der seit den Tagen Kim Il-sungs geltenden Leitlinie „Militär ist das Wichtigste“ und deren Ersetzung durch die jetzige Parole „Die Partei ist das Wichtigste“. Weiterhin warfen sie dem jetzigen Machthaber die Ermordung der beliebten Armeeführer Ri Young-ho und Hyon Young-chul vor.

Mehrfach wurde während der ersten Januarhälfte in südkoreanischen Zeitungen vom bevorstehenden Aufbau einer Spezialtruppe von bis zu 2000 Soldaten der USA und Südkoreas berichtet. Sie soll unter dem Oberbefehl Seouls im Kriegsfall Kim Jong-un mit seinem Stab sowie die Militär-Führung „eliminieren“. Die notwendigen Vorkenntnisse über die örtlichen Gegebenheiten Pjöngjangs sind offenbar in der südkoreanischen Hauptstadt vorhanden.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Libanon im Spagat

Der Zedernstaat sucht ein Auskommen mit Schiiten wie Sunniten

Der seit dem 31. Oktober amtierende christliche Präsident des letzten arabisch-laizistischen Staates im Nahen Osten legitimiert einerseits die führende Rolle der schiitischen Hisbollah im Zedernstaat und bemüht sich anderseits um gute Beziehungen zu den sunnitisch regierten Golfstaaten, die er unlängst zu diesem Zwecke auch besuchte. So ist sich Präsident Michel Aoun mit dem Generalsekretär der libanesischen Hisbollah, Hassan Nasrallah, einig, dass die Hisbollah solange ihre Waffen behalten müsse, wie Teile des libanesischen Territoriums immer noch von Israel besetzt gehalten seien. Dabei handelt es sich um zwei Farmen mit einigen Quadratkilometern Fläche, deren territoriale Zugehörigkeit schon einst zwischen den französischen und britischen Mandatsmächten umstritten war. Mit diesen beiden Farmen begründet die Hisbollah ihre nicht von der libanesischen Verfassung legitimierte Bewaffnung einer Privatarmee von mehreren Zehntausend Kämpfern, die mehr als die Hälfte des Libanon besetzt haben. Dass der Islamische Staat (IS) seit mehr als zwei Jahren im Norden des Libanons an der Grenze zu Syrien eine Region besetzt hat, die weitaus größere als die israelisch besetzte ist, und von dort mehrere Dutzend libanesische Soldaten entführt hat, sagte Nasrallah nicht, obwohl seine Armee in Syrien auch gegen den IS kämpft.

„Die Worte des Generalsekretärs der Hisbollah bestätigen, dass er sich so verhält, als ob er der oberste geistige Führer des Staates wäre, der Entscheidungsträger über Krieg und Frieden ist und über die Außenpolitik und das Schicksal des Libanon bestimmt“, sagte der ehemalige sunnitische Justizminister und Geheimdienstchef Achraf Rifi der Zeitung „L'Orient Le Jour“. Rifi meinte, dass die Hisbollah „eine vom Iran abhängige Partei ist, die jetzt die Politik des Libanon bestimmt“. Er fragte weiter: „Wer hat Nasrallah angewiesen, die Rolle des obersten Führers in Libanon zu spielen?“ Im Libanon gibt es dieses Amt eines geistigen Führers, anders als im Iran, noch nicht. Rifi richtete an Aoun, zu dessen Aufgaben als Präsident der Republik es auch gehört, die Verfassung zu hüten, die Frage, ob es möglich ist, den Libanon wiederherzustellen, solange ein transnationaler, schwerbewaffneter Kleinstaat auf seinem Territorium besteht. Außerdem fragte er den christlichen Staatschef, ob er mit der Beteiligung der Hisbollah an den Bürgerkriegen in Syrien, dem Irak, dem Jemen und Bahrain einverstanden sei, und ob all diese Interventionen im Ausland, die mit einer Bedrohung des Libanon begründet werden, irgendetwas mit der Sicherheit des Libanon zu tun haben.

> Präsident Aoun laviert zwischen den Lagern

Der christliche Präsident hat gerade Saudi-Arabien und die anderen Golfstaaten besucht und versucht, die seit Jahrzehnten brachliegenden Beziehungen zu diesen Staaten mit Garantien wiederherzustellen, etwas, was durch die Hisbollah sehr schnell an der Basis sabotiert werden kann. Das Geld und der Tourismus aus den arabischen Ölstaaten hatten einst den Wohlstand des Libanon ausgemacht. Während der libanesische Präsident in Saudi-Arabien versuchte, die belasteten Beziehungen wiederherzustellen, erklärte Nasrallah, der seine Direktiven direkt aus Teheran erhält, dass die arabischen Golfstaaten gerade dabei wären, offizielle oder offiziöse Beziehungen zu Israel herzustellen, was das Tevraren untergrabe.

Bodo Bost

Stich ins Wespennetz

Martin Schulz' Abrücken von der Agenda 2010 lässt fast keinen kalt

Vor Beginn der heißen Wahlkampfphase streichelt der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz die geschundene sozialdemokratische Seele. Doch es wachsen Zweifel, dass seine Politik umsetzbar sein wird.

Schulz hatte in der vergangenen Woche angekündigt, die vom letzten SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder eingeleiteten Arbeitsmarktreformen auf den Prüfstand stellen zu wollen. Die Einführung der Hartz-IV-Gesetzgebung gilt als Ursprung des Machtverlusts der SPD und des Aufkommens der Linkspartei im Westen. Der SPD-Spitzenkandidat will bei Schröders Agenda 2010 nachbessern und vor allem den Bezug des Arbeitslosengelds I verlängern. Der „Neuen Westfälischen" sagte Schulz: „Die Agenda war in vielen Punkten ein Erfolg, in manchen nicht. Wir müssen Lösungen mit heutigen Antworten finden und nicht mit einer rückwärtsgewandten Debatte."



Der eine Sozialdemokrat setzte die Agenda 2010 einst durch, und der andere stellt sie nun zur Disposition: Gerhard Schröder und Martin Schulz (von links) Bild: action press

In den Meinungsumfragen hatte die SPD nach Bekanntwerden von Schulz' Kandidatur deutlich zugelegt. Ob die Äußerungen zu den Arbeitsmarktreformen der SPD weiteren Zulauf bescheren, ist derweil noch ungewiss. Zumal führende Wirtschaftsvertreter unmittelbar auf Distanz gingen. Viele seiner Vorschläge seien „ohne präzise Kenntnis der Zahlen oder der Rechtslage in Deutschland formuliert", heißt es in einer Mitteilung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). BDA-Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter sagte der „Passauer Neuen Presse": „Die Agenda 2010 hat Beschäftigung gefördert und Arbeitslosigkeit abgebaut. Wer die Reformen zurückdrehen möchte, gefährdet diese Erfolge."

Nun ist es kein großes Geheimnis, dass die Arbeitgeberverbände traditionell eher der CDU nahestehen. So war Kampeter bis zu seiner Ernennung zum BDA-Geschäftsführer im Herbst 2015 Staatsekretär im Bundesministerium für Finanzen. Allerdings steht der BDA mit seiner Kritik nicht alleine da. So erklärte der Präsident des Ifo-Instituts, Clemens Fuest, dass „bei einer undifferenzierten Rückabwicklung der Agenda Gefahren für den Arbeitsmarkt und für das Wirtschaftswachstum in Deutschland drohen." Und Christoph Schmidt, der Chef der fünf Wirtschaftsweisen, die regelmäßig die Lage der deutschen Wirtschaft einschätzen und ein Gutachten vorlegen, sagte der „Rheinischen Post": „Ein wesentlicher Bestandteil waren die Reformen der Agenda 2010, die den beeindruckenden Abbau der Arbeitslosigkeit und gleichzeitigen Aufbau der Beschäftigung seit 2005 mitgetragen haben".

Mit Peter Bofinger begrüßte hingegen ein anderer Wirtschaftsweise die Vorschläge Schulz' ausdrücklich. „Er hat in einem Punkt Recht: Die Globalisierung darf

> Wer sich zu dem Thema alles zu Worte meldet

nicht dazu führen, dass Sicherheit auf der Strecke bleibt. Das Risiko, über Hartz IV ins Bodenlose zu stürzen, empfinden viele Menschen als große Belastung", sagte er der „Nordwest-Zeitung".

Das rege Echo spricht dafür, dass das Thema Soziale Gerechtigkeit im Wahlkampf zünden könnte. Selbst FDP-Chef Christian Linder räumte ein, dass es ein „Problem der Ungleichheit" im Lande gebe. Er halte es für gut, dass Schulz daher die Vermögensverteilung in Deutschland ändern wolle. Aber Schulz verspreche den Menschen „ein Leben mit Stützrädern". Er bringe Deutschland um Zukunftschancen, wenn er die Agenda 2010 „abwickeln" wolle, sagte Lindner der „Neuen Osnabrücker Zeitung".

Während Lindner offenkundig darum bemüht war, den SPD-Kandidaten nicht allzu sehr anzugreifen, legte BDA-Geschäftsführer Kampeter nach. Die von Schulz beklagte große Gerechtigkeitslücke in Deutschland könne er nicht erkennen, sagte Kampeter gegenüber „Spiegel Online": „Dieses Märchen wurde auch schon im Wahlkampf 2013 erzählt." In Wahrheit seien die Renten zuletzt so stark gestiegen, „wie seit mehr als 20 Jahren nicht und die Realeinkommen sind ebenso stark gestiegen. Es haben so viele Menschen Arbeit in Deutschland wie noch nie zuvor, viele davon in unbefristeten Vollzeit-Beschäftigungen."

Keinen positiven Eindruck hinterließ, dass Schulz bei seinen Forderungen offenbar mit einigen falschen Zahlen jonglierte. In einem Gespräch mit der „Bild"-Zeitung hatte er erklärt, in der Altersgruppe zwischen 25 und 35 Jahren hätten knapp 40 Prozent befristete Verträge. Tatsächlich waren es 2015 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 17,9 Prozent. Die Arbeitgeber sprachen von gut zwölf Prozent und verwiesen darauf, dass der Anteil in Deutschland generell unter dem EU-Schnitt liege.

Obwohl Schulz' Kampagne nicht ganz frei von Schnitzern ist, wird die politische Konkurrenz nervös. „Es gibt im aktuellen Bundestag eine Mehrheit von SPD, Linken und Grünen", sagte Linken-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht der „Rhein-Neckar-Zeitung", skeptisch mache aber, dass die SPD soziale Forderungen regelmäßig in Wahlkämpfen entdecke.

Bert Rürup, einer der bekanntesten Wirtschaftsexperten, sieht in der Debatte einen falschen Ansatz. Natürlich müsse die Politik jederzeit in der Lage sein nachzubessern und zu korrigieren: „Unser derzeitiges Arbeitsmarktproblem besteht nicht darin, dass viele Menschen entlassen werden, sondern in der immer noch hohen verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit. Und um die zu verringern, bringt eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds für Ältere nichts." Schulz' Vorschläge würden nichts verändern, aber „unglaublich viel Geld kosten".

Peter Entinger

MELDUNGEN

Rosneft in Libyen aktiv

Moskau/Tripolis – Laut AFP-Meldung haben der staatliche libysche Öl-Konzern National Oil Production (NOC) und der russische Energieriese Rosneft eine Absichtserklärung für ein Abkommen unterzeichnet, demzufolge die Russen in Libyen Öl fordern sollen. Ziel sei es, mehr ausländische Investitionen anzuziehen, so NOC-Chef Mustafa Sanalla. Damit soll die Wirtschaft des in weiten Teilen von bewaffneten Milizen kontrollierten Krisenlandes stabilisiert werden. Neben russischen konkurrieren auch europäische und US-Ölkonzerne um Förderrechte und Pipelines in Libyen. *MRK*

Chinas Banken führen

Peking – Laut einer Studie, welche die 500 wichtigsten Geschäftsbanken der Welt untersucht, haben die chinesischen Banken mit einem Gesamtmarkenwert von 258 Milliarden US-Dollar oder 24 Prozent aller einbezogenen Banken erstmals ihre Konkurrenz aus den USA überflügelt, die auf 23 Prozent kamen. Als „wertvollste Bank der Welt" wurde die Industrial and Commercial Bank of China mit einem Markenwert von knapp 48 Milliarden US-Dollar und einem Jahreswachstum von 32 Prozent eingestuft. *T.W.W.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.032.301.908.015 €
Vorwoche: 2.032.261.531.006 €

Verschuldung pro Kopf:
24.731 €
Vorwoche: 24.731 €

(Dienstag, 28. Februar 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Vertragstreue unwichtig

Bausparkassen dürfen nach BGH-Urteil Verträge einseitig kündigen

Solange die Sonne scheint, halten sie den geöffneten Schirm über dich, wenn es regnet, machen sie ihn schnell zu." Der auf Banken gemünzte Spruch gilt spätestens seit dem Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) in Karlsruhe zu Bausparverträgen auch für Bausparkassen.

Der BGH kam zu der Entscheidung, dass Bausparverträge, die seit mehr als zehn Jahren zuteilungsreif sind, einseitig von den Bausparkassen gekündigt werden dürfen. Geklagt hatten zwei Kunden, denen die Wüstenrot Bausparkasse ihre alten Verträge gekündigt hatte. Vor dem Oberlandesgericht in Stuttgart hatten die Kläger Recht bekommen, wogegen die Wüstenrot Revision einlegte.

Der eigentliche Sinn eines Bausparvertrags liegt darin, in einer Ansparphase, meistens sieben Jahre, 40 bis 50 Prozent der vereinbarten Bausparsumme einzuzahlen. Dafür erhält der Kunde Zinsen. Ist der Vertrag zuteilungsreif, tauschen die Vertragspartner die Rollen: Hatte sich die Bausparkasse bislang Geld beim Kunden geliehen, erhält der Kunde nun einen vorher vereinbarten zinsgünstigen Kredit von der Bausparkasse. Mit dem Geld finanziert er dann in der Regel eine Immobilie. Bis vor einigen Jahren waren die festgeschriebenen Zinssätze für Bausparverträge mit 2,5 bis drei Prozent Zinsen niedriger als bei anderen Sparformen. Dafür galt Bausparen als sichere Anlageform, die einem darüber hinaus einen günstigen Bauzins sicherte.

Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank hat das Bausparmodell unter Druck gesetzt, denn inzwischen können Verbraucher sich überall viel billiger Geld leihen. Daran wird sich in den kommenden Jahren wohl nichts

> Vertrauen der Kunden ist schwer beschädigt

ändern, denn Banken vergeben Vorausdarlehen mit niedrigen Zinsen für bis zu 15 Jahre. Dafür gibt es für Verbraucher kaum noch ertragreiche Sparmöglichkeiten. Viele Bausparkunden verzichteten deshalb darauf, nach dem Erreichen der Mindestsparsumme ein Baudarlehen aufzunehmen, und besparten ihre Verträge einfach weiter. Für die Bausparkassen wurden die alten Verträge wiederum zum Verlustgeschäft, da sie die Renditen, die sie ihren Kunden zugesichert hatten, an den Finanzmärkten nicht mehr erwirtschaften konnten. So kam es zu Massenkündigungen. Seit 2015 sollen die Bausparkassen bereits 260 000 Verträge gekündigt haben.

Der BGH gab der Argumentation der Bausparkassen recht, dass der Zweck eines Bausparvertrags mit der Erlangung der Zuteilungsreife erreicht sei. Den Kunden nützte es nichts, sich auf die Vertragstreue zu berufen. Dabei hatten Bausparinstitute noch bis in die 2000er Jahre gerade damit geworben, Bausparen als Kapitalanlage zu nutzen. Sie boten Vertragsmodelle mit unterschiedlichen Konditionen an. Je nachdem, ob jemand den Bausparvertrag tatsächlich zum Bauen oder zum Sparen verwenden wollte, wurden verschiedene Tarife angeboten: Ein niedriger Sparzins sicherte einen niedrigen Darlehenszins nach der Ansparphase. Mit höherem Sparzins ließen sich beispielsweise Wünsche erfüllen, für die man sonst ein Verbraucherdarlehen hätte aufnehmen müssen.

Nach dem BGH-Urteil dürfte dieses Sparmodell Makulatur sein. Die Bausparkassen müssen sich gute Argumente einfallen lassen, mit denen sie das verlorene Vertrauen ihrer Kunden zurückgewinnen wollen. Ihr erlittener Imageschaden dürfte nur schwer zu reparieren sein. *M. Rosenthal-Kappi*

Problemfall

Von Ludger Konopka

Der Höhenflug der AfD scheint gestoppt zu sein. Die internen Kämpfe halten an, die Umfragewerte sinken. Angesichts dessen haben nun alle 16 Landeschefs der Parteibasis versprochen, die Reihen zu schließen. Doch das wird nicht reichen, solange der Stein des jüngsten Anstoßes nicht aus dem Weg geräumt ist. Björn Höcke ist ein Problemfall der Alternative für Deutschland. Vermutlich so lange, bis diese Partei eben keine Alternative mehr für den Souverän dieses Landes ist. Wenn „Sprachkünstler“ Höcke nicht zur Besinnung kommt, oder zur Besinnung gebracht wird, ist die Bundestagswahl im September für die AfD schon lange vorher entschieden. Potenzielle Wähler wenden sich ab. Höcke, der Wahl-Thüringer aus Hessen, sollte als Oberstudienrat ein gebildeter Mensch sein. Weit gefehlt. Seine Fehltritte können schon lange nicht mehr als kleine Fettnäpfchen bezeichnet werden. Vielmehr drängt sich inzwischen die Frage auf, ob Höcke ein V-Mann des Verfassungsschutzes ist und gezielt in die AfD eingeschleust wurde, um der Partei mit seinem NPD-ähnlichen Gehabe zu schaden. Das hat er bestens geschafft.

Abschiebungsfarce

Von Bodo Bost

Von den 50 Afghanen, die Ende Februar aus Deutschland abgeschoben werden sollten, haben sich 32 dem aus den verschiedensten Gründen entzogen. Der Flug wurde schließlich mit 18 abgelehnten Asylbewerbern und 71 Personen Begleitpersonal, davon allein 68 Bundespolizisten an Bord, und einem Kostenaufwand von insgesamt 100 000 Euro durchgeführt.

Afghanistan ist von Gutachtern der Internationalen Organisation für Arbeit und auch des Auswärtigen Amtes zumindest in gewissen Gebieten für sicher befunden worden. Die Entscheidung, erstmals Abschiebungen nach Afghanistan durchzuführen, ist auch Teil der Verhärtung der „Flüchtlings“-Politik von Angela Merkel nach der Ankunft von hunderttausenden von Asylsuchern in den Jahren 2015 und 2016. Drei Flüge wurden seit Dezember organisiert. Im ersten wurden 34 Afghanen abgeschoben, im zweiten im Januar noch 25 und jetzt im dritten noch 18.

Deutschland hat im Jahr 2015 mit den 900 000 unkontrolliert ins Land geströmten Asylsuchern 150 000 Afghanen aufgenommen. Derzeit sind die Anträge von 12 000 Afghanen letztinstanzlich abgelehnt, die Betroffenen sind also ausreispflichtig. Die Durchsetzung der Ausreispflicht nach Afghanistan ist ein Projekt der Großen Koalition, aber immer mehr SPD-geführte Bundesländer weigern sich jetzt, mitzuziehen. Das Bundesland Bremen weigert sich sogar grundsätzlich, Abschiebungen durchzuführen.

Unter diesen Umständen ist die Abschiebungsoffensive der Bundesregierung nichts als eine Abschiebungsfarce.

Eine entleerte Partei

Von Hans Heckel

Wo der politische Standpunkt der Angela Merkel wirklich zu finden ist, war Gegenstand jahrelangen Rätselratens. In ihrer faden Sprache ließ sie kaum je etwas durchblicken, doch „versucht sie es dann doch einmal, weiß man nicht: Spricht hier eine Grüne, Linke oder tatsächlich die CDU-Vorsitzende?“, kommentierte die „FAZ“ in Anspielung auf Merkels Stralsunder Definition des Begriffs „Volk“ (siehe S. 1).

Die Rede auf dem Nominierungsparteitag der CDU Mecklenburg-Vorpommern fügt sich wie ein Schlussstein in die bisherigen Hinweise, welche die CDU-Chefin auf ihre Weltanschauung gegeben hat. Vom rabiaten Atomausstieg über die Aussetzung der Wehrpflicht bis zur Öffnung der Grenzen: Es sind durchweg grüne Traumziele, welche die Kanzlerin verwirklicht. Nicht zu vergessen: Bereits als Bundesumweltumweltministerin unter Kohl focht Merkel als Pionierin für die sogenannte „Klimapolitik“. Schon damals in den 90ern also ritt sie der grünlinken Bewegung voran.

> Merkel zeigt ihr grünlinkes Gesicht, und die CDU folgt

Wie der in der DDR aufgewachsene Autor Michael Klonovsky unlängst schrieb, hatte Merkels persönliches Umfeld zu DDR-Zeiten die junge Physikerin fest im grünen Lager verortet. Die Überraschung sei groß gewesen darüber, dass sie schließlich bei der CDU gelandet sei. Wer indes die kurze, aufgewühlte Geschichte des „Demokratischen Aufbruchs“ (DA) Revue passieren lässt, kann Merkels Landung bei der Union auch als Zufall ansehen. Der DA, wo Merkel Wochen nach dem Mauerfall ihre politische Heimat fand und vom Parteichef Wolfgang Schnur gezielt gefördert wurde, war eine der vielen Neugründungen der Umbruchszeit. Als die Aufdeckung von Schnurs Stasi-Vergangenheit den DA in den Abgrund riss, rettete sich Merkel zur CDU.

Als „Kohls Mädchen“ sträflich unterschätzt, wühlte sie sich hier von Position zu Position, um schließlich Generalsekretärin zu werden. In der Kohl-Spendenaffäre nutzte sie ihre Chance, schob den Vorsitzenden Schäuble beherzt beiseite und setzte sich an die Spitze der seinerzeit schwer verunsicherten Partei.

Bei alldem blieb sie ihrer grünen Welt offenkundig unbeirrt treu. Was frappiert, ist, dass ihr die eigentlich bürgerlich-konservative CDU-Basis dennoch treu folgt. Selbst nach ihrer entlarvenden „Volks“-Rede wählten sie 95 Prozent der Delegierten erneut zur Spitzenkandidatin.

Sind die 440 000 Christdemokraten ebenfalls nach Grünlinks gewandert? Kaum. Eher vermitteln sie den Eindruck einer Partei, in der alles möglich ist, weil über nichts mehr nachgedacht wird als über Wahlerfolge. „Merkel macht das schon gut“, lautet die Losung der weltanschaulich entleerten Partei. „Was“ sie macht, ist zweitrangig, Hauptsache, es bringt Stimmen. Trostlos.



Bei einer Wahlkampfveranstaltung mit ihrem Idol: Begeisterte „Angie-Fans“ in der Hamburger Fischauktionshalle

Bild: ddp images

Frei gedacht



Hat Deutschland wieder nichts dazugelernt?

Von Eva Herman

Deutschland befindet sich im Wahlkampf. Angela Merkel will noch einmal als CDU-Kanzlerkandidatin antreten, nun ist auch der Ex-Bürgermeister Würselens, Martin Schulz, für die SPD im deutschen Rennen. Jeder hat so sein Programm, mit dem die Wähler wirksam eingefangen werden sollen. Schulz will die Agenda 2010 öffentlichkeitswirksam zerschmettern, das muss man nicht kommentieren. Merkel, die sich viele Feinde mit ihrer bedingungslosen Einwanderungspolitik gemacht hat, rudert in Sachen Asylpolitik offiziell zurück: So fürchte Deutschland „eine neue Flüchtlings- und Migrationsbewegung und sieht die EU nicht ausreichend gewappnet“, heißt es in einem Papier, das unter Federführung des Bundesinnenministeriums erstellt worden sein soll. Doch Angela Merkels wahre Pläne, die derzeit nicht wahlwirksam verkauft werden können, bleiben unterdessen fast unentdeckt in der Schublade: Mindestens zwölf Millionen weitere Immigranten will Merkel in den nächsten Jahren ins Land holen. Dieses Vorhaben geriet kürzlich in überschaubare Teile der Öffentlichkeit. Doch der Reihe nach.

Die EU-Länder sind sich jetzt darin einig, dass es nicht, wie bisher, weitergehen kann in Sachen „Flüchtlingskrise“: Das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem (Common European Asylum System CEAS), das derzeit im EU-Rat verhandelt wird, „muss krisenfest sein“, heißt es hier. „Im künftigen Fall eines potenziellen Massenzustroms von Migranten und Asylbewerbern braucht Europa ausreichende Mittel, um reagieren zu können. Unsere Bürger erwarten von uns, dass wir aus der Krise 2015/2016 gelernt haben.“ Die wichtigste Lektion der Krise sei, dass ein Massenzustrom nur in enger Kooperation mit den Nachbarländern der EU eingedämmt oder verhindert werden könne. Natürlich verschafft man sich hiermit neue Lücken, um im Ernstfall das entscheiden zu können, was das global-elitäre Management fordert. Offiziell spricht man von Eindämmung, ein willkommenes Wahlkampf-Geschenk für Angela Merkel, die hier freudig mitschwimmt. Die EU sei nicht in der Lage, ihre Grenzen selbst zu schützen, daher müsse es nun Deals mit anderen Ländern nach dem Vorbild des Türkei-Deals geben, geht es weiter. Man spricht von der Furcht neuer Asylsicherbewegungen, die aufgrund der aktuellen US-Planungen zur Aufteilung Syriens nach ethnischen Kriterien gehe. So heißt es, die RAND Corporation, eine führende US-Denkfabrik, die dem Pentagon nahe steht, „will Syrien nach dem Vorbild Bosniens aufteilen. Die Folge wären ethnische Säuberungen und neue, massive Fluchtbewegungen“. Genau, Syrien wird aufgeteilt wie einst Jugoslawien, die NATO-Staaten profitieren wieder, das Global-Management erst recht: Das, was man braucht, reißt man sich unter den Nagel, unter dem Mäntelchen des Friedensbringers. Nur Syrien und die Menschen dort profitieren nicht, ihr Land wird billigend zerschlagen, Wirtschaft und Gesellschaft, Kultur und Tradition ebenso.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Doch nicht nur aus Syrien werden riesige Immigrantenströme erwartet, sondern auch – wegen der anhaltenden Dürre – unter anderem aus Kenia und Somalia. Hier sei der Klimawandel schuld, so die medial derzeit verbreitete Argumentation. Man spricht ausdrücklich von einem neuerlichen „Massenzustrom“, den die EU unter allen Umständen unterbinden müsse – um den Wählern zu zeigen, dass man aus der Asylkrise 2015 etwas gelernt habe. Und die deutsche Bundeskanzlerin verkündet diese Programme im Wahlkampf 2017 höchstpersönlich, so, als hätte es die Wir-schaffen-das-Ära nie gegeben. Merkel hat echte Probleme mit den traditionellen CDU-Wählern, mit der CSU noch mehr. Sie hat viel vermasselt an christlichen Werten und Traditionen, und sie muss sich anstrengen. Man fragt sich zwar, warum sie sich diesen Stress noch einmal antun muss, aber wer kennt von uns schon all die verzwickten Hintergründe über die wahren Entscheidungsträger.

Und während die deutsche Bundeskanzlerin mit treuherzigem Augenaufschlag „Fehler“ einräumt, die sie zu diesem Thema in der Vergangenheit gemacht habe, während sie zehntausende eingefrorene Wählerherzen durch die neuen Versprechungen aufzutauen versucht, macht sie in Wahrheit doch weiter wie bisher: Sie zieht ihr Programm der bedingungslosen und, wie es jetzt genannt wird, „dauerhaften Einwanderung“ weiter durch: So will Merkel bis 2050 mindestens zwölf Millionen weitere „Flüchtlinge“ ins Land lassen. Warum? Weil es angeblich eh so kommt, und weil es notwendig sei, um die 80 Millionen Einwohner Deutschlands zu halten. Und außerdem bekämen die Frauen jetzt wieder mehr Kinder, und alles werde wieder gut in Deutschland. Im Rahmen einer neuen Demografie-Bilanz, welche die Bundesregierung Anfang Februar 2017 beschlossen hatte, kam das alles raus. Deutschland schrumpfe nicht mehr, überaltere nicht mehr, Deutschland verändere sich halt jetzt durch „dauerhafte Zuwanderung“.

Der britische „Express“, dem die noch nicht veröffentlichten Pläne vorlagen, titelte dazu: „Haben sie nichts dazu gelernt?“ Dann heißt es weiter, dass die deutsche Kanzlerin sich schnellstens um schnellere Abschiebung sowie Einreiseverbote für „Flüchtlinge“ kümmern müsse, und dass sie dieses in letzter Zeit auch vollmundig ankündige. Doch in Wirklichkeit plane Merkel keinesfalls, die Türen für Immigranten für immer zu schließen. „Jetzt, nur wenige Tage, nachdem der Bundestag beschlossen hat, die Abschiebung und den obligatorischen Fingerabdruck zu beschleunigen, hat sich herausgestellt, dass man in Deutschland für die nächsten 40 Jahre jedes Jahr etwa 300 000 Zuwanderer einplant, um den Bevölkerungsrückgang zu stoppen“, heißt es in dem Blatt. Und so wolle und müsse Deutschland in den nächsten vier Jahrzehnten zwölf Millionen Immigranten aufnehmen, um die Bevölkerungsgröße stabil zu halten. Merkel wird beim „Express“ weiter zitiert, sie beabsichtige, ihren Weg trotz der Tatsache fortzusetzen, dass Deutschland seit 2015 schwer durch Terror geplagt sei.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Wie gesund Merkels Zuwanderungspläne für Deutschland werden, liegt auf der Hand: Die geplante Veränderung wird sich schon schnell spürbar für alle machen. So sprach Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles schon im Herbst 2015 deutlich aus, was hier blüht: Rasche Integration? Fehlanzeige. Die meisten Asylsucher seien nicht qualifiziert, um direkt in eine Arbeit oder Ausbildung vermittelt zu werden, so Nahles. Nur jeder Zehnte hätte eine Chance. Dies werde sich auch in der Arbeitslosenstatistik niederschlagen. Die „FAZ“ titelte 2015 das, was man heute wohl nicht mehr tun würde: Vielen Flüchtlingen droht die Arbeitslosigkeit. Die österreichische Grünen-Politikerin Katharina Wiesflecker gab zu bedenken, dass es sehr viele junge Einwanderer gebe, „die Analphabeten sind“. Es sei eine Illusion zu glauben, dass man diese Menschen innerhalb von zwei Jahren in den Arbeitsmarkt integrieren kann. Mein Fazit: Warum müssen Menschen anderer Kulturkreise entwurzelt und auf Asylsucherrouten geschickt werden, warum sollen diese Deutschland „auffüllen“, während man immer noch keine nachhaltige, eigene, deutsche Familienpolitik fördert? Man weiß doch inzwischen längst: Der politisch angeordnete Feminismus frisst unsere Kinder.

Von allen anderen Problemen haben wir jetzt übrigens noch nicht gesprochen.

Wie der Walzerkönig den ersten »Schlager« schuf

Vor 150 Jahren hatte Johann Strauss' »An der schönen blauen Donau« Premiere

Einst galt er als verrucht, heute ist er der Inbegriff des Wienerischen und Fixpunkt eines jeden Balles: der Wiener Walzer. Besonders der „Donauwalzer" von Johann Strauss (Sohn) wurde zu Österreichs inoffizieller Hymne und zu einem der weltweit meistgespielten Musikwerke.

Johann Baptist Strauss (Sohn) (1825–1899) war der erfolgreichste Spross der österreichischen Walzerdynastie und im modernen Sinne des Wortes ein internationaler Star. Seine Tourneen führten ihn quer durch Europa, darunter nach Russland, und sogar nach Amerika. Das Publikum liebte ihn und nahm mit größtem Interesse an seinem Privatleben teil: drei kinderlose Ehen mit sehr unterschiedlichen Frauen, dazu der Wechsel der Staatsbürgerschaft.

Nach dem Tod seiner ersten Ehefrau 1878, der Sängerin Jetty Treffz, heiratete Strauss schon wenige Wochen später die Schauspielerin Angelika Dittrich. Der Bund sollte nicht lange halten. Angelika verliebte sich in den Direktor des Theaters an der Wien und verließ ihren Gatten bereits vier Jahre später. Die Eheleute wurden von Tisch und Bett geschieden. Mehr ging im damaligen Österreich nicht. Das katholische Eherecht war auch Zivilrecht. Johann Strauss hatte sich inzwischen der verwitweten Adele Deutsch zugewandt. Doch eine Heirat war nur im Ausland möglich. Als Staatsbürger des Herzogtums Sachsen-Coburg und Gotha wurde das Paar reichsdeutsch und trat zum evangelisch-lutherischen Glauben über. Nach erfolgreicher Scheidung durch Herzog Ernst II. heiratete der fast 62-jährige Musiker die 31-jährige Adele am 15. August 1887 in der Coburger Hofkapelle von Schloss Ehrenburg.

Als Johann Strauss das Opus 314, den Walzer „An der schönen blauen Donau", schuf, lebte er noch mit Ehefrau Nummer eins in der mondän-eleganten Wiener Praterstraße Nr. 54. Die dort entstandene Komposition war ein Auftrag des Wiener Männergesang-Vereins für seine Sommerliedertafel im Juli 1865. Doch Strauss ließ sich bitten. Erst im Winter 1866/67 fand er die nötige Zeit und Muße, die eingegangene Verpflichtung zu erfüllen.


Neujahrskonzert 2017: Gustavo Dudamel dirigiert die Wiener Philharmoniker im Wiener Musikverein Bild: pa

Der Zeitpunkt für die Uraufführung war inzwischen jedoch äußerst ungünstig. Nach der bitteren militärischen Niederlage Österreichs gegen Preußen bei Königgrätz am 3. Juli 1866 herrschte Krisenstimmung in der Monarchie. Zudem grassierte eine Choleraepidemie in Wien. An ausgelassenes Faschingstreiben war da nicht zu denken. Daher beschränkte sich der Männergesang-Verein am 15. Februar 1867 auf eine Liedertafel, bei der nicht getanzt wurde.

Die Premiere des Walzers wurde trotzdem ein durchschlagender Erfolg. Das Publikum jubelte! Geboten wurde die Chorfassung, zu der Josef Weyl, der Hausdichter des Wiener Männer-Gesangvereins, situationsbezogen einen selbstironischen Text lieferte: „Wiener, seid froh / Oho, wieso? / No-so blickt nur um / I bitt, warum? / Ein Schimmer des Lichts / Wir seh'n noch nichts! / Ei, Fasching ist da! / Ach so, na ja! / Drum trotzet der Zeit / O Gott, die Zeit / Der Trübseligkeit / Ah! Das wär' g'scheit! / Was nutzt das Bedauern, / das Trauern, / Drum froh und lustig seid!" Die Presse überschlug sich in der Wortwahl. „Die Eröffnungsnummer der zweiten Abteilung war ein entschiedener Schlager", war zu lesen, wodurch mit dem Donauwalzer auch der Begriff „Schlager" in der Musikwelt auftauchte.

Die Originalpartitur befindet sich bis heute im Besitz des traditionsreichen Männergesang-Vereins. Zahlreiche Konzertreisen führten den Chor seitdem durch Europa und die weite Welt. In Australien gastierte er im berühmten Opernhaus von Sydney und in der Konzerthalle von Melbourne. In China nahm er in Nanning erfolgreich an einem Gesangsfestival vor 57000 Besuchern teil und sang erstmals auf Chinesisch.

Der Donauwalzer gehört bis heute zu seinem Repertoir genauso wie zu dem anderer namhafter Chöre: von den Wiener Domspatzen bis zum Boys Choir of Harlem.

Die Youtube-Videos der Chorauftritte im Internet verzeichnen mehrere Hunderttausend Aufrufe. Allerdings hat sich der Text längst geändert. Seit der Sommerliedtafel von 1890 folgt nicht nur der Wiener Männergesang-Verein den Zeilen aus der Feder von Franz von Gernerth: „Donau so blau, / so schön und blau / durch Tal und Au / wogst ruhig du hin, / dich grüßt unser Wien, / dein silbernes Band / knüpft Land an Land, / und fröhliche Herzen schlagen / an deinem schönen Strand."

Johann Strauss hatte, geschäftstüchtig genug, von Anfang an die Mehrfachverwertung im Blick. Bereits am Tag der Uraufführung erschien, damals eher unüblich, die Erstausgabe für Klavier – und war sofort vergriffen. Die Premiere der Orchesterfassung, der Höhepunkt beim traditionsreichen Neujahrskonzert, das aus dem Goldenen Saal des Musikvereins in Wien in die ganze Welt übertragen wird, ließ dann auch nicht lange auf sich warten. Sie fand keinen Monat später, am 10. März 1867, im kaiserlich-königlichen Volksgarten statt.

Noch im selben Jahr wurde der Walzer bei der Pariser Weltausstellung sowie im Londoner Covent Garden aufgeführt, fünf Jahre später bereits in Amerika, bei einem Konzert in Boston. Heute gehen die Aufrufe seiner Youtube-Videos in die Millionen: mehr als 700000 allein für den Donauwalzer von André Rieu, kaum weniger für die Fassungen der verschiedenen Neujahrskonzerte.

Diesem Welterfolg ist in Wien gleich an mehreren Orten nachzuspüren. Das Museum der Johann-Strauss-Dynastie, Müllnergasse 3, würdigt das Schaffen der gesamten Familie. Eine Sonderausstellung widmet sich bis zum 31. Dezember besonders dem Donauwalzer (www.strauss-museum.at). Die Schau „Donau, so blau" in der Wienbibliothek im Rathaus, Eingang Felderstraße, Stiege 6, 1. Stock, beschäftigt sich bis zum 12. Mai ebenfalls mit der einzigartigen Komposition (www.wienbibliothek.at).

Im Haus der Musik, Seilerstätte 30, können Besucher das Werk sogar als „Virtuelle Dirigenten" selbst leiten. Ein eigener Ausstellungsraum würdigt den Komponisten (www.hdm.at). Auch der Geburtsort des Donauwalzers, die Strauss-Wohnung in der Praterstraße 54, kann heute als Teil des Wien Museums besichtigt werden (www.wienmuseum.at).

Helga Schnehagen

Ist er's, oder ist er's nicht?

Halle: Sonderschau zu Luther zeigt eine rätselhafte Wachsmaske

Die Erinnerung an Martin Luther wirkt nirgendwo so verblüffend lebendig wie in der Marktkirche zu Halle an der Saale. Dafür sorgt eine jahrhundertealte Wachsmaske, die der Überlieferung nach die authentischen Gesichtszüge des Reformators bewahrt.

Die Ausstellung „Wissensspeicher der Reformation" erzählt die Geschichte der Maske. Überdies präsentiert sie wertvolle Schriften aus der Reformationszeit. Sie gehören zur Anfang des 18. Jahrhunderts eröffneten Historischen Bibliothek der Franckeschen Stiftungen und der 1552 gegründeten Marienbibliothek, der ältesten und größten ununterbrochen öffentlich zugänglichen evangelischen Büchersammlung Deutschlands.

Eine Attraktion der Schau im Historischen Waisenhaus der Franckeschen Stiftungen sind Schriften mit eigenhändigen Eintragungen Luthers oder seiner Mitstreiter. In die Bände, die einst Felicitas von Selmenitz besaß, haben Reformatoren ihre Widmung für die Besitzerin eingetragen. Herzstück ihrer Sammlung war die 1534 erschienene erste Gesamtausgabe der Luther-Bibel. Er schrieb ihr aufs Titelblatt: „Der Ehrbarn tugendsamen frawen felicitas von Selmenitz meiner Lieben gevatterin. Martinus Luther."

Neben frommen Schriften sind Kuriositäten ausgestellt. Das um 1891 produzierte Sortiment von Gipsmasken mit den Gesichtszügen Luthers ist ein Restposten. In der Marienbibliothek bot die Kirchengemeinde die Masken den Besuchern zum Kauf an, nachdem sie den dort als lebensgroße Figur sitzenden Reformator bestaunt hatten. Diese Lutherpuppe wies aus Wachs geformte Gesichtszüge und Hände auf. Neben ihr stand die Bibel mit Luthers Widmung


Luther-Maske Bild: Thiede

für Selmenitz. Dargestellt ist diese Inszenierung auf Johann Anton Rüdigers Kupferstich von 1736.

Über die 1663 erstmals schriftlich erwähnte Sitzfigur war man sich bis ins 20. Jahrhundert einig, dass es sich um eine Abformung von der originalen Totenmaske Luthers handele. Die der Wachsmaske eingesetzten Glasaugen sorgen für den Eindruck, sie spiegele den lebenden Luther wider. Heutige Wissenschaftler sind sich nicht mehr so sicher, dass sie Luthers wahre Züge zeigt. Wurde ihm überhaupt eine Totenmaske abgenommen? In den Berichten der Augenzeugen am Totenbett steht davon nichts. Und auf den Stationen der Überführung von Eisleben nach Wittenberg bestand keine Möglichkeit, eine Totenmaske anzufertigen, weil der Leichnam in einem verlöteten Sarg lag.

Die Lutherfigur siedelte 1924 von der Marienbibliothek in die Marktkirche um. Dort wurde sie spätestens 1943 abgebaut. Im Original erhalten sind Maske und Hände. Sie kann man im Nordwestturm der Kirche betrachten.

Veit-Mario Thiede

Wissensspeicher der Reformation, bis 26. März im Historischen Waisenhaus, Franckeplatz 1, Haus 1, Halle an der Saale, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr, Telefon (0345) 2127450, Internet: www.francke-halle.de. Eintritt: 6 Euro, Katalog: 28 Euro. Marienbibliothek, An der Marktkirche 1, Führungen Donnerstag 16 Uhr und nach Vereinbarung, Telefon (0345) 5170893, Internet: www.marienbibliothek-halle.de, Marktkirche Unser Lieben Frauen, An der Marienkirche 2, Lutherraum täglich geöffnet von 10 bis 17 Uhr, im Februar nur bis 16 Uhr. Internet: www.marktkirche-halle.de.

Luthers ungeliebte Brüder

Der Streit des »Doktor Lügner« mit dem »beschissenen Propheten«

Mit andersdenkenden Reformatoren ging Martin Luther hart ins Gericht. Besonders schlimm traf es seinen Doktorvater Andreas Karlstadt: Auf Luthers Betreiben wies ihn der Kurfürst aus dem Land. Sein ärgster Widersacher aber war Thomas Müntzer. Luther beschimpfte ihn als „beschissenen Propheten". Der revanchierte sich und verspottete Luther als „Doktor Lügner".

Luthers üble Nachreden werfen bis heute ein schlechtes Licht auf die radikalen Reformatoren, die in ihren Zielen über seine Forderungen weit hinausgingen. Müntzer gilt gar als Anführer des Bauernkriegs in Thüringen. Nun aber läuft in Mühlhausen eine Ausstellung, die die radikalen Reformatoren auch von ihrer guten Seite zeigt.

Das Bauernkriegsmuseum präsentiert 120 Objekte. Flugblätter und Bücher offenbaren die theologischen Meinungsverschiedenheiten und gegenseitigen Beleidigungen. Die demolierte Skulptur eines heiligen Jacobus weist auf die Bilderstürme von 1524/25 in Mühlhausen hin, auf die Kämpfe der gewaltbereiten Kleinbürger und Bauern gegen die ausbeuterische Obrigkeit .

Mit einem Aufgebot von 300 Mühlhäusern schloss sich Müntzer den bei Frankenhausen versammelten 6000 Aufständischen an. Keineswegs übernahm Müntzer die militärische Führung des Haufens. Aber als Feldprediger feuerte er zum Kampf gegen die angeblich gottlose Obrigkeit an. Luther war gegenteiliger Meinung: Die Obrigkeit sei von Gott eingesetzt. Wer die Hand gegen


Müntzer-Denkmal in Mühlhausen Bild: Thiede

sie erhebe, könne getrost erschlagen werden. In der Schlacht bei Frankenhausen am 15. Mai 1525 metzelte das Fürstenheer die Aufständischen nieder.

Einige Tage später ließen die Sieger Thomas Müntzer und seinen Mühlhäuser Mitreformator Heinrich Pfeiffer hinrichten. Texttafeln erläutern, dass die radikalen Reformatoren der Erneuerung der Kirche wichtige Impulse gaben. Noch vor Luther erhob Müntzer seine Stimme gegen den Ablasshandel. Zudem hielt er als erster Prediger den Gottesdienst vollständig in deutscher Sprache ab. Das war 1523 in Allstedt. Karlstadt wiederum war der erste, der eine öffentliche evangelische Messe mit der Austeilung von Wein und Brot an die Gläubigen zelebrierte, Weihnachten 1521 in Wittenberg.

Seine unerwarteten Reformen quittierten die Wittenberger mit Unruhen. Luther verließ nun seinen Unterschlupf auf der Wartburg, um Karlstadts für richtig befundene Reformen auf später zu verschieben. Auch Jakob Strauß in Eisenach mahnte er zur Mäßigung. Der wetterte 1523 von der Kanzel, dass die Geistlichkeit Geld gegen Wucherzins verlieh. Daraufhin brach der „Eisenacher Wucherstreit" los. Herzog Johann ließ von Luther ein Gutachten erstellen. Es war die Grundlage für einen Kompromiss: Statt der bis dahin üblichen acht bis 21 Prozent durften fortan nur noch fünf Prozent Zinsen genommen werden.

Veit-Mario Thiede

Bis 31. Oktober 2017 im Bauernkriegsmuseum Kornmarktkirche, Mühlhausen. Dienstags bis sonntags 10 bis 17 Uhr. Informationen: Telefon: 03601-856615, Internet: www.mhl-museen.de. Eintritt 4 Euro.

»Brot, Brot, gebt uns Brot!«

Vor 100 Jahren: Eine Hungerrevolte führte in Russland zur Februarrevolution – Epochaler Systemwechsel eingeläutet

Die Russische Revolution ist ein Ereignis von epochaler Bedeutung. Sie hat nicht nur Russland auf den Kopf gestellt, sondern auch Einfluss auf die Entwicklung der Weltgeschichte genommen. Ihren Anfang nahm sie vor 100 Jahren, als es am 23. Februar (8. März) in Petrograd zu Arbeiterprotesten kam, die sich auf das ganze Land ausweiteten. Als „Februarrevolution“ gingen die Ereignisse in die Geschichtsbücher ein.



Bild: CF

Arbeiter und Arbeiterinnen der Putilow-Werke in Petrograd demonstrieren am 23. Februar 1917: Sie fordern „Erhöhung der Rationen für die Familien der Soldaten, der Verteidiger der Heimat und des Weltfriedens“

Niemand hätte damit gerechnet, dass ausgerechnet Frauenproteste, die anlässlich des sozialistischen Frauentags am 23. Februar (8. März) in Petrograd stattfanden, den Anfang vom Ende der Romanow-Dynastie einläuten würde. Im dritten Kriegswinter litt die russische Bevölkerung unvorstellbare Not. Es fehlte an allem, selbst Brot wurde rationiert. „Brot, Brot, gebt uns Brot!“, skandierten die Demonstrantinnen, deren Männer an der Front Dienst leisteten und deren Arbeit sie nun verrichten mussten. Vor Bäckereien bildeten sich schon nachts lange Schlangen, es kam zu Plünderungen. Der Winter 1916/17 war ungewöhnlich hart. Neben Lebensmitteln fehlten auch Kohle und Holz.

Den Demonstrantinnen schlossen sich die seit dem 14. (27.) Februar streikenden Arbeiter der Putilow-Werke, einem Petrograder Rüstungsbetrieb, an. Die Verschlechterung der Versorgungslage führte zu Hungerrevolten, Streiks und Demonstrationen, die sich zu einem Flächenbrand ausweiteten.

Zar Nikolaus II. hatte sich in völliger Verkennung der Lage einen Tag zuvor zum Stabsquartier seiner Truppen in Mogilew begeben, dessen Leitung er nach den empfindlichen militärischen Niederlagen übernommen hatte. Er verließ sich auf die Einschätzung von Innenminister Alexander Protopopow, der ihm versicherte, die Lage im Griff zu haben. Als Nikolaus von den Unruhen des 23. Februar (8. März) erfuhr, gab er am 24. Februar (9. März) den Befehl, sie mit allen verfügbaren Mitteln zu liquidieren. 60 Demonstranten starben. Doch statt damit die Ordnung wiederherzustellen, vollzog sich in der Nacht zum 27. Februar (12. März) der Umschwung, als die Petrograder Garnison meuterte und von nun an mit den Arbeitern gemeinsame Sache machte. Die Revolution siegte.

Arbeiter, die es nach Brot verlangte, Soldaten, die keinen Krieg mehr wollten, und Bauern, die seit Langem den Ruf nach Land erhoben, waren die Hauptakteure des Umsturzes. Mitgetragen wurde der Aufstand in den Städten von einer bürgerlich-liberalen Intelligenzia, die sich im Zuge der Reformen nach 1905 gebildet hatte und die empfänglich für politische Reformideen war. Darunter befanden sich Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte und andere Juristen. Sie alle orientierten sich an den Werten Westeuropas.

Nur einen Tag später bildete sich ein Duma-Komitee. Dieses Parlament reklamierte die Staatsgeschäfte für sich. Ähnlich wie in Paris 1789 war das der eigentliche umstürzlerische Akt. Die Straßenrevolte mündete in eine echte Revolution. Doch im Unterschied zu Frankreich, wo die Revolution eine bürgerliche blieb, bildete sich in Russland etwas ganz Neues.

Lenin versprach Frieden auf alle Fälle

Noch am 27. Februar (12. März) bildete der Ältestenrat der Duma ein „Provisorisches Komitee zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung“. Anstelle der Zarenherrschaft entstand zunächst ein Nebeneinander des Parlaments (Duma) unter Leitung ihres Präsidenten Michail Rodsjanko sowie eines Arbeiter- und Soldatenrats (Sowjet). Die Duma setzte eine Provisorische Regierung ein, deren Ministerpräsident Alexander Kerenskij wurde. Es entstand eine merkwürdige Doppelherrschaft: Im rechten Flügel des Taurischen Palasts von Petrograd zog die Provisorische Regierung ein, im linken der Sowjet mit den Delegierten der Arbeiter und Soldaten. Für den Herbst 1917 war die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung geplant, doch diesen Plan machten die von Deutschland unterstützten Bolschewiki mit dem aus dem schweizerischen Exil zurückgekehrten Wladimir Lenin zunichte, der Frieden um jeden Preis versprach.

Nach einem vergeblichen Versuch, die Hauptstadt zu erreichen, unterschrieb Nikolaus II. auf Anraten des Dumapräsidenten und seines Stabschefs Michail Alexejew seine Abdankungsurkunde zugunsten seines Bruders Michail. Angesichts der Lage verzichtete dieser jedoch einen Tag später selbst auf die Krone. Nach 300 Jahren ging die Herrschaft der Romanow-Dynastie zu Ende, und Russland wurde zur Republik.

Wie konnte es zu diesem abrupten Umsturz kommen? Die Ursachen sind zum einen in der schwachen Führung des Zaren zu sehen, zum anderen im Ersten Weltkrieg. Unbeseitigte wirtschaftliche und organisatorische Probleme, die bereits zur Revolution von 1905 und zu einer konstitutionellen Monarchie geführt hatten, sowie Nikolaus’ Unwille, wichtige Reformen umzusetzen, wie auch sein Festhalten an der autokratischen Herrschaftsform bildeten den Nährboden für Feindseligkeiten gegen ihn und seine Familie.

Russland war vor dem Krieg und auch danach überwiegend ein Agrarland. Mit Kriegsbeginn war eine eigene Waffenproduktion, die Herstellung von Kanonen, Kugeln, Maschinen und Eisenbahnen vonnöten. Fabriken wie die Putilow-Werke prosperierten, doch die beginnende Industrialisierung überforderte das Land. Die einsetzende Landflucht, aber auch die Einberufung an die Front entzogen der Landwirtschaft etwa 15 Millionen Arbeitskräfte. Soldaten, die sich in Petrograd den Aufständischen anschlossen, waren zum Teil neu einberufene Bauern, die den Krieg nicht verstanden. Sie kamen in den Städten erstmals mit Ideen von Landeigentum und Mitbestimmungsrechten in Berührung.

Dem Zaren ging es darum, als geeintes Russland gegen die Mittelmächte, vor allem Deutschland und Österreich-Ungarn, im Krieg standzuhalten. Doch der anfänglichen Euphorie folgten empfindliche Niederlagen, in deren Folge die Armee des Zaren sich immer mehr zurückziehen musste. Der Zusammenbruch der schlecht ausgerüsteten Armee an der Westfront folgte eine schwere Krise in der obersten Militärführung. 1916 desertierten 1,5 Millionen Soldaten. Dennoch wollte Nikolaus den Krieg fortsetzen.

Sein Versuch, den Krieg mit Staatsanleihen zu finanzieren, schlug fehl. So wurde Geld gedruckt, und es kam zu einer Hyperinflation mit Preissteigerungen von bis zu 400 Prozent. Auf dem Höhepunkt der Wirren verlor der Zar die letzten Reste seiner Macht nicht zuletzt durch den steigenden Einfluss des Wunderheilers Rasputin (siehe *PAZ* Nr. 52/2016) und die Einmischung Zarin Alexandras in die Politik – sie traf in Nikolaus’ Abwesenheit unkluge Personalentscheidungen. Unter dem Einfluss seiner Gattin stehend, wechselte der Zar krampfartig Regierungsposten aus. Damit zog er nicht nur den Zorn gekränkter Großfürsten auf sich, sondern auch Höflinge, Arbeiter und Soldaten wandten sich von der Zarenherrschaft ab.

Das deutsche Kaiserreich finanzierte Lenins Rückkehr aus dem schweizerischen Exil nach Russland mit dem Kalkül, dass dieser einen Separatfrieden schließen werde. Auf die Bitten der Zarenfamilie um Aufnahme in England oder Deutschland reagierte trotz bestehender Verwandtschaftsverhältnisse der Herrscherhäuser niemand. Am 8./21. März wurde Zar Nikolaus II. unter Hausarrest gestellt und später mit seiner Familie nach Sibirien verbracht. Im April 1918 wurden sie nach Jekaterinburg verlegt, wo sie ihr bekanntes Ende erwartete.

Manuela Rosenthal-Kappi

Pistorius machte Kartoffelschnaps zum Volksgetränk

Durch seinen vor 200 Jahren zum Patent angemeldeten Brennapparat wurde die Produktion von Branntwein einfach und billig

Am 21. März 1817 erhielt der Kaufmann, Hobbychemiker und technische Tüftler Johann Heinrich Leberecht Pistorius ein Patent. Darin wird ihm das „ausdrückliche Recht zur Anwendung und Fertigung eines eigenthümlichen Brenn- Apparats“ zugesprochen. Damit begann von Brandenburg aus in kürzester Zeit der Siegeszug der Branntweinbrennerei in Deutschland und auch international.

Im Mittelpunkt dieses Siegeszugs stand die Kartoffel. Sie gedieh auf den sandigen Böden der Mark zu gut, um sie fast nur als Hauptnahrungsmittel der armen Bevölkerung zu nutzen. Dank Pistorius’ Dephlegmator entwickelte sich seine Heimat zum Marktführer bei der Herstellung von Schnaps aus Kartoffeln. Der im Jerichower Land im heutigen Bundesland Sachsen-Anhalt geborene Erfinder gelangte als Rittergutsbesitzer und Schnapsproduzent zu großem Reichtum und galt vielen Gutsbesitzern als Vorbild. Besonders der Nordosten der Ukermark gedieh zu einem Zentrum der Kartoffelschnapsproduktion. Im heutigen Berliner Ortsteil Weißensee, seinem Sterbeort, erinnern heute eine Pistoriusstraße und ein Pistoriusplatz an den Brennereipionier.

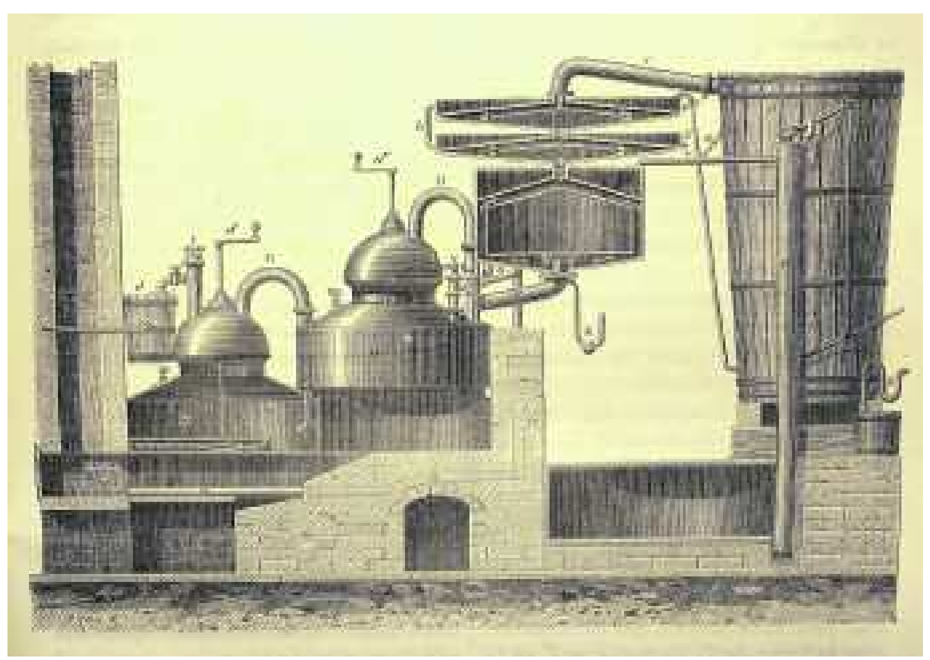
Der Patentinhaber wurde am 21. Februar 1777 in Loburg geboren, einer Kleinstadt am Rande vom Westfläming nördlich von Zerbst. Loburg, das urkundlich erstmals 965 erwähnt wurde, gehörte ab 1680 als Immediatsstadt zum Herzogtum Magdeburg und damit zum Kurfürstentum Brandenburg. Sie liegt heute mit der Kirchenruine „Unser Lieben Frauen“ an der „Straße der Romanik“ und besitzt mit dem Storchenhof einen zusätzlichen Anziehungspunkt.

An Pistorius denkt in Loburg heute niemand. Er hatte vermögende Eltern, die ihm wegen der mangelhaften Loburger Schulgegebenheiten Privatlehrer ermöglichten. Mit dieser Vorbildung absolvierte der Brandenburger dann das renommierte Joachimsthalsche Gymnasium in Berlin. Er war vielseitig interessiert, begann anschließend eine Laufbahn als Kaufmann und besuchte in Berlin zusätzliche naturwissenschaftliche Vorlesungen. Dabei kristallisierte sich bald die Chemie als sein Lieblingsfach heraus.

Das mündete in erste Brennereiversuche. Um 1812 eröffnete er zusätzlich zu seinen kaufmännischen Aktivitäten eine Branntweinbrennerei. Pistorius experimentierte und bezog dabei auch die Kartoffel ein, die seit der Einführung durch König Friedrich den Großen vor allem als Grundnahrungsmittel Anwendung fand.

Schnaps war nicht sein letztes Wort – zumindest ist es nicht als solches überliefert –, doch entwickelte er sich zum Schwerpunkt seines kreativen Schaffens. Auf der einen Seite suchte er nach neuen Möglichkeiten seiner Verwendung, auf der anderen tüftelte er an einem tauglichen Brennapparat. Zwischen 1814 und 1817 gelang Pistorius der Durchbruch. Er meldete seinen Pistoriusschen Brennapparat zum Patent an, erhielt das entsprechende Dokument und begann sofort mit der Großproduktion. Da war der Pionier 40 Jahre alt.

Fast parallel fungierte er im Umfeld von Berlin als Bevollmächtigter für die Ablösung der Feudallasten. Das nannte man Separation. Aus dieser Tätigkeit zog er seinen Vorteil. Pistorius erwarb 1821 recht günstig das Rittergut Weißensee mit allen Ortsrechten bis hin zur Kirchen- und Polizeigewalt. Das um 1230 gegründete Straßendorf an der Fernhandelsstraße von Berlin über Bernau zur Oder besaß im 18. Jahrhundert mehrere Rittergüter, die 1745 in den Besitz von Carl Gottlob Nüßler kamen. Dessen Nachkommen verkauften dann an Pistorius, der hier das Zentrum seiner Schnapsproduktion aus Kartoffeln schuf.



Darstellung im Schnitt: Pistoriusscher Brennapparat Bild: CF

Auf der landwirtschaftlichen Nutzfläche baute er im großen Stil Kartoffeln an. Auf dem Gutshof installierte der nunmehrige Gutsbesitzer seine Brennerei mit allem technischen Zubehör und einem großen Schornstein. Pistorius gelangte schnell von der Experimentierphase in die Großproduktion. Die geernteten Kartoffeln kamen sofort in die Waschanlage, dann immer in Zweitonnenportionen in den Dämpfer und anschließend unter Hinzugabe von Grünmalz sowie Hefe in ein Rührwerk. Bei etwa 29 Grad vollzog sich die Gärung, wobei sich die Sauermaische in Süßmaische umwandelte. Dann kam es in speziellen Apparaten zur eigentlichen Destillation. Am Ende gab es zwei Produkte, den Schnaps und die restliche Maische, die man Schlempe nannte und als Viehfutter nutzte. Das wiederum sorgte für eine Erhöhung der Fleischproduktion. Ab 1830 nutzte Pistorius für alle Arbeitsgänge die Dampfkraft. Das sparte nochmals Kosten und steigerte den Gewinn.

Die Junker, Gutsbesitzer und Domänenpächter der Umgebung staunten und schritten zur Nachahmung. Binnen weniger Jahre breitete sich die Schnapsbrennerei über ganz Brandenburg und die Uckermark bis nach Pommern aus. Die Erfindung von Pistorius revolutionierte die Landwirtschaft. Ein besonderes Kennzeichen für die Brennerei waren die Schornsteine auf den Gütern. Schon in den 30er Jahren gab es allein in der Provinz Brandenburg rund 1400 Schnapsbrennereien. Das gedieh zur sprichwörtlichen Lizenz zum Geldverdienen. Aber auch der Staat wollte seinen Teil. So unterstand der hergestellte Branntwein dem staatlichen Branntweinmonopol. Spezielle Beamte verplombten die Destillierapparate. Doch letztlich verdienten alle riesig: Pistorius, seine Nachahmer und der Staat. Darüber starb der Patentinhaber am 27. Oktober 1858 in hohem Ansehen und mit beträchtlichem Reichtum. Seine letzte Ruhe fand er in einem Erbbegräbnis neben der Pfarrkirche von Weißensee.

Die Schnapsproduktion aber ging auch ohne Pistorius weiter. Einige Brennereien produzierten bis nach 1950. In Hedwigshof bei Brüssow östlich von Prenzlau endete die Herstellung von Schnaps aus Kartoffeln erst mit dem Wegzug des letzten Brennereimeisters 1952.

Martin Stolzenau

Warum und wie GM Opel übernahm

Vor knapp neun Jahrzehnten erhielt das deutsche Familienunternehmen seinen heutigen US-amerikanischen Eigner

Vor 86 beziehungsweise 88 Jahren verkaufte die Familie Opel die Adam Opel AG in zwei Chargen an General Motors. Doch warum tat sie das? Und warum schlug der US-Multi zu?

Als Opel 1929 verkauft wurde, befand sich das Unternehmen bereits in der zweiten Generation in Familienbesitz. Gegründet worden ist die Firma, die noch heute ihren Sitz in Rüsselsheim hat, 1862 von dem gebürtigen Rüsselsheimer Adam Opel. Nach einer Lehre im väterlichen Betrieb und anschließender Gesellenwanderschaft, die ihn gleich in zwei Nähmaschinenfabriken führte, begann er in der väterlichen Werkstatt mit dem Bau von Nähmaschinen. Der Vater zeigte jedoch wenig Verständnis für die neuartige Maschine, und so wechselte er für die Nähmaschinenherstellung in den Kuhstall eines verständnisvolleren Onkels.

1868 heiratete Opel eine Gutswirtstochter. Sie war eine gute Partie und erlaubte es ihm zu expandieren. Und sie schenkte ihm die fünf Söhne Carl, Wilhelm, Heinrich, Fritz und Ludwig. Die neue Generation brachte ein neues modernes Gerät in die Produktpalette: das Fahrrad. Die Geschichte drohte sich zu wiederholen. So wie Adam Opels Vater von der neumodischen Nähmaschine, war er selber von dem neumodischen Fahrrad anfänglich gar nicht überzeugt. Er ließ sich jedoch überzeugen, und ab 1886 wurden auch Fahrräder hergestellt.

Ein Dutzend Jahre später, Adam Opel war bereits drei Jahre tot, nahmen Frau und Kinder eine dritte Produktgruppe ins Programm: Autos. Nähmaschinen hatten Opel groß gemacht, aber es drohte eine Überproduktion mit entsprechend hartem Wettbewerb und geringen Gewinnmargen. So war um die Jahrhundertwende die gesamte deutsche Produktion fast höher als der mögliche Weltabsatz. Als 1911 weite Teile der Fabrik einschließlich jener, in denen die Nähmaschinen hergestellt wurden, abbrannte, wurde das zum Anlass genommen, die Nähmaschinenproduktion einzustellen. Eine Millionen Nähmaschinen waren bis dahin bei Opel hergestellt worden.

Fahrräder wurden bis zu deren Produktionseinstellung 1940 vorerst weiterhin produziert, aber das Opel-Produkt schlechthin wurde immer mehr das Auto. Opel wurde in gewisser Hinsicht zum Ford Deutschlands. Es war bei Opel, wo 1924 erstmals im Reich Autos am Fließband hergestellt wurden. Der sogenannte Laubfrisch wurde zum erfolgreichen Massenprodukt, sozusagen zum deutschen Ford-T-Modell, nur dass er grün statt schwarz war.

Bis 1928 entwickelte sich das moderne Familienunternehmen zum größten deutschen Automobilhersteller. Da drängt sich die Frage auf, warum die Familie sich im darauffolgenden Jahr von dem Unternehmen trennte. Die Motive waren nicht zuletzt finanzieller Natur. Die Modernität und der Umfang der Produktionsanlagen zur Massenproduktion hatten ihren Preis, und die Ressourcen der Familie waren begrenzt. Für zusätzlichen Finanzbedarf sorgten der in diesem Lebensalter nicht unbedingt zu erwartende Tod von Carl von Opel am 17. Februar 1927 mit 58 und Heinrich von Opel am 25. Mai 1928 mit gar nur 55 Jahren. Horrende Erbschaftssteuern waren zu erwarten. Und wenn die gesamtwirtschaftliche Lage auch noch gut war, so warf doch die Weltwirtschaftskrise bereits ihre Schatten voraus. Ehe die Familie sich völlig in die Hand ihrer Hausbank, der Disconto-Gesellschaft, begab, bei der sie bereits hoch verschuldet war, verkaufte sie lieber.

Woran es den Deutschen mangelte, hatten die US-Amerikaner im Überfluss: Kapital. Sie waren die großen Gewinner und Gewinnler des Ersten Weltkrieges. Erst relativ spät und mit beschränktem Einsatz waren sie in den teuren Krieg eingetreten. Von Kriegszerstörungen waren sie weitgehend verschont geblieben. Während das Deutsche Reich sich bei seinen Bürgern verschuldet hatte, waren die westeuropäischen Ententemächte zu Gläubigern der USA geworden. Wenn die Westeuropäer in Versailles überzogene Reparationsforderungen gegenüber Deutschland erhoben, taten sie das auch in der Hoffnung, mit den deutschen Reparationen ihre horrenden Schulden bei den USA begleichen zu können. Dieser Zusammenhang zwischen deutschen Reparationen an Westeuropa und westeuropäischen Schulden bei den USA erklärt auch, warum die USA an einer realistischen Behandlung der Reparationsthematik interessiert waren. Der nach dem späteren US-Vizepräsidenten Charles Gate Dawes benannte Dawes-Plan von 1924 und der nach dem ebenfalls US-amerikanischen Industriellen, Geschäftsmann, Anwalt und Diplomaten Owen D. Young benannte Young-Plan von 1929/30 zeugen davon. Aufgrund der maßgeblichen Mitarbeit der US-Amerikaner an diesen Plänen hatten sie ein ziemlich detailliertes Bild von der deutschen Volkswirtschaft und deren industriellen Perlen, zu denen nicht zuletzt auch Opel gehörte.

> Mit Opel kaufte GM den damals größten Automobilproduzenten Deutschlands

Das Land, in dem Milch und Honig fließen, war Europa um Jahrzehnte voraus. Dort hatte Henry Ford bereits vor dem Weltkrieg mit der Massenproduktion von Automobilen begonnen. In den 20er Jahren näherte sich der US-amerikanische Markt der Sättigung und Europa geriet in den Fokus der US-Autogiganten. Hohe deutsche Einfuhrzölle umgingen die Amerikaner, indem sie in Deutschland Montagebetriebe errichteten. Ein Problem war allerdings, dass die dort montierten US-Modelle für den deutschen und europäischen Markt zu groß und zu teuer waren. Zudem belegte das Reich ab dem 15. Januar 1928 nicht mehr nur Automobile, sondern auch Autoteile mit empfindlichen Importzöllen, womit die Montagewerke ihren Sinn verloren. Der Ausweg aus dem gleich doppelten Dilemma bestand darin, entweder nicht nur Montagewerke, sondern gleich ganze Automobilwerke in Deutschland zu errichten oder aber bereits vorhandene Automobilwerke in Deutschland, die eine auf den deutschen Markt zugeschnittene Modellpalette hatten, zu übernehmen. Der Präsident von General Motors (GM) bevorzugte den zweiten Weg. Ende 1925 hatte GM in Großbritannien bereits Vauxhall Motors Ltd. gekauft. Vauxhall ist heute ein Schwesterunternehmen von Opel und hat mittlerweile eine jener von Opel sehr ähnliche Modellpalette. Analog zu Vauxhall griff GM zu, als die Familie Opel Verkaufsabsichten signalisierte. Gerade weil Opel ein so modernes Automobilunternehmen war, hatte die Firmenleitung schon frühzeitig Kontakte zum weltweiten Mekka des Automobilbaus und auch zu GM als einem der ganz großen Autokonzerne der USA.

Wenn die Initiative zu dem Besitzerwechsel auch von den Deutschen ausging, so zeigten sich die US-Amerikaner doch sehr interessiert. Eine zu diesem Zwecke gebildete Studiengruppe war in ihrem Bericht vom 8. März 1929 voll des Lobes. Opel sei im Vorjahr mit „44 Prozent aller in Deutschland produzierten“ und „26 Prozent aller in Deutschland verkauften Wagen“ der „größte Motorfahrzeughersteller in Deutschland“. Führend sei es in der „Niedrigpreisklasse“, der Schwachstelle der US-Automobilindustrie. Gelobt wurden zudem die „gute Konstruktion“ der Fabrikgebäude, der mit 70 Prozent hohe Anteil des in den „letzten vier Jahren neu angeschafften Maschinenparks“, die „gut ausgebildeten Facharbeiter“ und das Händlernetz mit seinen 736 Verkaufsstellen, das nicht nur als das weitestverzweigte, sondern auch als das bestgeführte aller deutschen Automobilfirmen galt.

Dafür war GM bereit, tief in die Tasche zu greifen. General Motors bot 120 Millionen Reichsmark für acht Zehntel von Opel, obwohl nach den Schätzungen eines im Bankfach ausgebildeten Verwandten der Familie Opel das gesamte Werk nur 100 Millionen wert war. Da sagte die Familie Opel nicht „nein“. Dafür wurde am 3. Dezember 1928 rückwirkend zum 1. Oktober des Jahres der Familienbetrieb in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Am 17. März 1929 gab GM der Öffentlichkeit bekannt, dass es 80 Prozent der Aktien erworben habe. Im Frühjahr 1931 übernahm der neue Mehrheitsaktionär auch die restlichen 20 Prozent.

Angesichts der offenkundigen Wertschätzung von GM für Opel ist es verständlich, dass es sein neues Tochterunternehmen weder zerschlug noch gleichschaltete. Analog zu Vauxhall in Großbritannien ist auch Opel in Deutschland bis zum heutigen Tage unter seinem angestammten Namen bestehen geblieben – und es gehört zu den Zielen der gegenwärtigen deutschen Politik, dass das auch nach einem möglichen erneuten Besitzerwechsel so bleibt.

Manuel Ruoff



Mutter und Tochter: Die Flagge von General Motors vor dem Logo von Opel im Rüsselsheimer Stammwerk Bild: pa

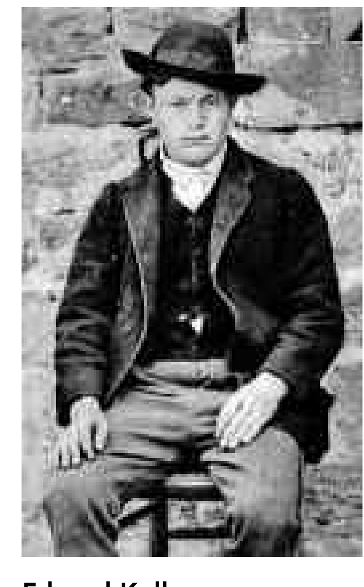
In Bad Kissingen wollte er Bismarck erschießen

Vor 125 Jahren starb der katholische Attentäter Eduard Kullmann – Das Opfer erlitt einen bleibenden Schaden

Vor 125 Jahren starb der Magdeburger Böttchergeselle Eduard Kullmann im Gefängnis von Amberg. Der fanatische Katholik hatte 1874 ein erfolgloses Pistolenattentat auf den Ministerpräsidenten Preußens und Reichskanzler Otto von Bismarck verübt. Hintergrund war der sogenannte Kulturkampf zwischen Bismarck und Papst Pius IX., zwischen dem preußischen Staat und der (katholischen) Kirche (siehe *PAZ* Nr. 16/2007).

Bei Kullmann handelte es sich um den Sohn eines ambulanten Fischhändlers aus dem stark katholisch geprägten Eichsfeld. Eduard Kullmann selbst kam am 14. Juli 1853 in Magdeburg zur Welt, wohin sein Vater vor seiner Geburt umgezogen war. Dort erlernte er dann auch das Böttcher-Handwerk. Anschließend arbeitete er als wandernder Geselle in Berlin, Lübeck, Tangermünde und Salzwedel, wo er einem katholischen Verein beitrat. Kullmann galt als psychisch labil, was sich besonders 1873 zeigte. Da griff der Handwerker seinen ehemaligen Lehrmeister tätlich an, wofür er sechs Monate ins Gefängnis musste. Kaum entlassen, kaufte der nunmehr Vorbestrafte eine Pistole und fuhr mit ihr in der Tasche nach Berlin, um Bismarck „zur Rede zu stellen“. In der Hauptstadt traf er den Kanzler allerdings nicht an, weil der gerade in Bad Kissingen kurte. Also eilte Kullmann Bismarck in den unterfränkischen Kurort hinterher. Mit welchen Absichten der Böttchergeselle unterwegs war, zeigt der Umstand, dass er während der Reise permanent Schießübungen durchführte.

Besonders effektiv kann das Training nicht gewesen sein, denn als Kullmann schließlich am Mittag des 13. Juli 1874 vor dem Haus Diruf in der Saalestraße auf Bismarck traf, lief für ihn fast alles schief. Zwar konnte sich der Attentäter unbemerkt von hinten an die Kutsche des Kanzlers heranschleichen und auf dessen Kopf zielen, doch streifte die abgefeuerte Kugel nur das Handgelenk des Attentatsopfers. Was danach geschah, beschrieb das halbamtliche preußische Presseorgan „Provinzial-Correspondenz“ folgendermaßen: „Mit einem kräftigen Peitschenschlage fuhr der Kutscher dem Mörder ... über das Gesicht und gleichzeitig packte ein Badegast (der Hofschauspieler Lederer aus Darmstadt) denselben bei der Kehle. Umsonst bot der Mörder alle Mittel auf, sich seiner Festnahme zu entziehen (die Hand des Lederer trägt verschiedene Bißwunden), die Menschenmenge hielt ihn fest, man packte ihn an allen Theilen des Körpers, und fast hätte man ihn in Stücke gerissen, so groß war die Entrüstung über die verübte Frevelthat.“


Eduard Kullmann Bild: CF

Obwohl Bismarck nur eine im Vergleich zum Ziel der Tat leichte Verletzung davon trug, führte diese immerhin zu dauerhaften Funktionsbeeinträchtigungen der getroffenen Hand. Der Anschlag ließ den Eisernen Kanzler denn auch keineswegs so kalt, wie seine erste saloppe Äußerung nach der Tat suggeriert: „Die Sache ist zwar nicht kurgemäß, aber das Geschäft bringt es eben so mit sich.“ Laut Aussage des preußischen Innenministers Friedrich Albrecht Graf zu Eulenburg, der Bismarck kurz nach der Tat besuchte, wagte der sich kaum mehr aus dem Haus und trug nun zudem auch ständig eine Pistole bei sich. Immerhin war dies nach den Schüssen des Studenten Ferdinand Cohen-Blind vom Mai 1866 (siehe *PAZ* Nr. 17/2016) auf dem Berliner Boulevard Unter den Linden bereits das zweite Attentat auf den Politiker, das mit etwas weniger Glück fatal hätte enden können.

Im Anschluss an den Vorfall beschuldigte Bismarck die katholische Zentrumspartei, die auf Distanz zu Kullmann ging und dessen Aktion verurteilte, im Reichstag der Komplizenschaft: „Verstoßen Sie den Mann, wie Sie wollen! Er hängt sich doch an Ihre Rockschöße!“

Tatsächlich war der Böttchergeselle jedoch ein lupenreiner Einzeltäter. Das ergab die Verhandlung vor dem Schwurgericht in Würzburg. Der vom Gericht bestellte medizinische Gutachter bescheinigte Kullmann zwar neben Plattfüßen und angewachsenen Ohrläppchen auch einen „exquisiten Querkopf“, doch galt Kullmann als voll schuldfähig. So wurde Kullmann am 30. Oktober 1874 wegen versuchten Mordes zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Seine Strafe saß Kullmann im Zucht- und Arbeitshaus St. Georgen in Bayreuth ab. Danach gelangte er jedoch nicht auf freien Fuß, weil die bayerischen Behörden gegen Ende der Haftzeit ein aufrührerisches Pamphlet aus der Feder des Delinquenten entdeckten, das ihm nochmals sieben Jahre Freiheitsentzug wegen Beamtenbeleidigung eintrug. So wurde er Ende 1888 aus St. Georgen ins Gefängnis von Amberg überstellt. Dort starb Eduard Kullmann am 16. März 1892 von aller Welt vergessen – vermutlich an Tuberkulose.

Wolfgang Kaufmann



Schluss mit lustig? Der Preis für den Schutz vor IS-Mördern, sind Tausende unfreiwillige Stimmungskiller in Form schwerbewaffneter Polizisten. „Ist das noch Karneval“, fragt sogar die „Bild“. Als Spaßbremsen wirken nicht nur die massiven Sicherheitsvorkehrungen inklusive zahlloser Beton- und Containersperren („Merkel-Lego“). Ungemach verbreiten auch Political-Correctness-Fanatiker, vor deren Tugendterror weder Polizei noch Container schützen. In Fulda beschuldigten Sozialwissenschaftler der dortigen Hochschule den Fastnachtsverein Südend gar „Völkermord und Kolonialismus gutzuheißen". Der Grund: Seit mehreren Jahrzehnten gehört auch eine Verkleidung als afrikanischer Eingeborener zum Auftritt. Bild: Imago

Wütende Täter

Pfefferspray – die falsche Sicherheit

Eben noch ein furchteinflößender Angreifer, Sekunden später – dank einer kräftigen Dosis Capsaicin in der Visage – ein halbblinder, schmerzverkrümmter Jammerlappen: Mit dieser Wunschvorstellung im Kopf haben sich Hunderttausende Menschen, vor allem Frauen, eine Dose Pfefferspray zugelegt. DM, Deutschlands größte Drogeriemarktkette, hat das Reizstoffsprühgerät, so die Fachbezeichnung, sogar in ihr Produktsortiment aufgenommen. „Weil die Kunden es verlangen“, heißt es beim Unternehmen.

Um Sex-Terror und anderen kriminellen Übergriffen zu entgehen, scheinen die handlichen Sprühdosen gerade recht. Bis bis zu fünf Meter weit versprühen sie einen aus der Tabasco-Pflanze gewonnenen Wirkstoff namens Capsaicin. Er lässt die Augen zuschwellen, führt zu starkem Tränenfluss und temporärer Blindheit. Die Haut schmerzt, als wäre sie verbrannt. Atemnot und Krämpfe können auftreten.

Experten für Selbstverteidigung warnen trotzdem vor dem falschen Sicherheitsgefühl, das eine Dose Pfefferspray vermittelt. Das hat vor allem drei Gründe: Wer den Gebrauch des Reizstoffsprühgerätes vorher nicht übt, braucht im Ernstfall meist zu lang, um es einsetzen zu können. Noch schlimmer: Wenn die Chemo-Verteidigung misslingt, bekommt das Opfer eventuell selbst einen Teil der Ladung ab. Wird der Täter durch das Pfefferspray zudem nicht vollkommen ausgeschaltet, kann dies dramatische Folgen haben. Angestachelt durch die Schmerzen, reagiert er seine Wut möglicherweise besonders brutal am Opfer ab.

> Tränenfluss, Blindheit, Atemnot

Wer sich mit Pfefferspray verteidigen will, sollte die Handhabung daher so lange trainieren, bis alle Handgriffe quasi automatisch ablaufen. Dafür gibt es im Handel sogar Trainingssprays, die mit Wasser gefüllt sind. Als bester Aufbewahrungsort gilt nicht die Handtasche sondern die Jackentasche. Noch sicherer: Wer abends auf einsamer Straße unterwegs ist, hält es bereits in der Hand. Zum Selbstschutz beim Sprühen außerdem immer den Mund schließen. Die peinigende Ladung ist schließlich ganz allein für jemand anderen gedacht. *FH*

Brandstifter, Schönredner, nützliche Idioten

Was wäre das Fernsehen ohne Experten? – Oft aber verbreiten sie neben wissenschaftlichem Glanz haarsträubende Botschaften

Die opulente Bücherwand als Hintergrund-Requisite ist ein Muss. Davor erklärt uns der „renommierte Experte“ die Welt. Sein Wort hat Gewicht. Als honoriger Akademiker ist er schon im kalifornischen Berkeley (Hajo Funke), in Washington D.C. (Elmar Theveßen) oder London (Christian Pfeiffer) über den Uni-Campus gewandelt.

Nun produziert er sich vor den Kameras in Politmagazinen oder Talk-Shows, verkündet, was linksgestrickte Redakteure von ihm erwarten: Nein, bekommen wir zu hören, Asylsucher und IS-Terroristen haben praktisch nichts miteinander zu tun. Ja, erklärt uns ein anderer, Deutschland sei ein glückliches Land, denn die Kriminalität nehme rapide ab. Besonders Frauen könnten sich so sicher wie nie zuvor fühlen. Eine „führende Wissenschaftlerin“ versteigt sich gar zu der These, dass der Koran eine Art Feministinnenbibel sei. Ob jemand anderes demnächst verkündet, nur noch Ewiggestrige würden glauben, dass die Erde um die Sonne rotiere? Dass moderne Narrative sich von dieser Vorstellung längst abgewandt hätten? – Man kann sich die Szene vorstellen: Mit einem bedeutungsschweren Blick über die Schulter, wo, all die gewichtigen Bücher ihrem Besitzer belesenes Wissen bescheinigen, würde diese schillernde Weisheit verkündet werden.

Mit echter Wissenschaft hat das alles natürlich nichts zu tun. Akademische Handlanger der Medien-Meinungsmacher treten hier auf und verbrämen ideologische Botschaften mit akademischen Glanz. Ob Geltungssucht oder persönliche Überzeugung sie dazu treiben, ist ihre Sache. Für die Zuschauer aber gilt, frei nach Immanuel Kant: Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen, oder schalte den Fernseher aus. Hier fünf Beispiele, bei denen entweder das eine oder das andere ratsam ist.

Frank Horns



Der Instrumentalisierte: Wenn blutige Fakten zu harmlosflüchtigen Gefühlen erklärt werden, ist **Borwin Bandelow** (65) am Werk. In den Medien erläutert uns der Professor für Psychiatrie und Psychotherapie an der Universität Göttingen, warum wir keine Angst vor Terroranschlägen haben müssen. Die Wahrscheinlichkeit einem IS-Mörder in die Quere zu kommen, betrage etwa eins zu 27 Millionen. Unser Unbehagen über die blutigen Attentate sei allein dem urtümlichen Angstsystem im Hirn geschuldet. Ob ihm selbst manchmal Bange wird vor seinen Botschaften, die er ans Publikum sendet? Mögen in München, Hamburg, Berlin und anderswo auch Menschen hingemetzelt werden, es besteht nicht der geringste Grund, etwas an der herrschenden Politik zu ändern. Wer sich daran stört, ist eben einfach nur zu ängstlich. Mit dieser Philosophie kann man getrost solange Russisches Roulette spielen, bis eine Kugel alle persönlichen Ängste final beendet.



Der Beschwichtiger: In Sachen Terror macht **Elmar Theveßen** (49) so leicht keiner was vor. Ist er doch neben seiner Tätigkeit als stellvertretender Chefredakteur beim ZDF auch dessen offizieller Terrorismus-Experte. Im Magazin „Planet Interview“ prahlte der studierte Historiker jüngst mit dem Rechercheaufwand, den sein Sender zu diesem Thema betreibe. Das Ergebnis der journalistischer Detektivarbeit: Für Theveßen haben Asylflut und IS-Anschläge auch im Jahr 2017 kaum etwas miteinander zu tun. O-Ton Theveßen in der Talksendung von Maybritt Illner am 12. Januar: „Mmmh äh, ich sag mal, das Risiko ist ein Stück weit gestiegen, dass unter den vielen, die kamen, der eine oder andere war, der tätig wurde.“ Tatsächlich wurden allein in diesem Jahr bereits mehr als ein Dutzend Asylbewerber wegen Terrorverdachts verhaftet.

Der Ehrliche



Dass es auch anders geht, beweist der Politikwissenschaftler **Werner Josef Patzelt** (63), Professor in Dresden. Als Stimme der Vernunft berichtet der gebürtige Bayer unbeeindruckt von allen Anfeindungen über Pegida oder die AfD. Kritiker werfen ihm deswegen vor, er würde als Akteur und nicht als Wissenschaftler auftreten. Das Gegenteil ist der Fall.



Der Brandstifter: Wenn politische Gegner mit Gewalt und Verleumdungen überzogen werden, wenn der bürgerliche Mitbewerber im Parteienspektrum zum Freiwild für linke Chaoten erklärt wird, bleibt die Demokratie auf der Strecke. Den Politologen **Hajo Funke** (72) schert das wenig. Er gilt als renommierter Experte für Rechtsextremismus und Antisemitismus, dennoch ist er derjenige, der mit wissenschaftlich verbrämten Hassparolen Farbbeutelwerfer und andere Antifa-Täter gegen die AfD aufmunitioniert. Deren Vertreter würden einen „ethnozentrischen und rassistischen Nährboden schaffen“ und die „Fremdenfeindlichkeit salonfähig machen“. Jüngst erklärte er im ZDF-Politmagazin „Berlin Direkt“, dass „diese Partei zwar rechtspopulistisch in der Taktik, in ihrem Kern und Inhalt aber rechtsradikal“ sei. Wer sich ernsthaft mit dem Programm der nationalkonservativen Partei auseinandersetzt oder die Aussagen führender AfD-Leute auswertet, weiß, dass weder das eine noch das andere stimmt. – Aber solides Quellenstudium darf man von Hajo Funke wohl nicht erwarten.



Die islamische Hohepriesterin: „Deutschsein bedeutet in Zukunft einen Migrationshintergrund zu haben, deutschsein bedeutet ein Kopftuch zu tragen“, für solche Sätze – geäußert in einer WDR-Talkshow im Mai 2016 – wird **Lamya Kaddor** (38) von den Mainstream-Medien geliebt. Man preist die Duisburgerin syrischer Abstammung als „bekannteste Vertreterin eines sanften Islam“ („Spiegel online“), als „Pionierin der islamischen Religionspädagogik“ („Die Zeit“) oder als „eine der führenden modernen Islamwissenschaftlerinnen Deutschlands“ (SWR).

Lamya Kaddors Weltbild ist schlicht: Schuld an allem Übel sind immer und irgendwie die deutschen Rassisten. Das sind vor allem jene, die ihre Ansichten kritisieren. Sie beschimpft sie in ihrem jüngsten Buch „Die Zerreißprobe“ als „Deutschomanen“. Sie selbst vertritt nach außen hin einen liberalen Islam und gibt vor, im Koran sogar eine frauenfreundliche Note zu erkennen. Für die österreichische Menschenrechtlerin Mina Ahadi vom Zentralrat der Ex-Muslime bewegt sie sich „irgendwo zwischen Islamverharmlosern und Islamradikalen“.

Während Lamya Kaddor an der Glückauf-Hauptschule in Dinslaken Islamkunde unterrichtete, schlossen sich fünf ihrer Schüler dem Islamischen Staat an und zogen in den Dschihad nach Syrien. Ein von der Staatsanwaltschaft Münster eingeleitetes Verfahren wegen Veruntreuung von Forschungsgeldern gegen sie wurde 2011 eingestellt mit der Auflage, 7500 Euro an karitative Zwecke zu zahlen.



Der Schönredner: Was wären die alljährlichen Verbrechensstatistiken ohne einen **Christian Pfeiffer** (73), der sie einer misstrauischen Bevölkerung schmackhaft macht. Der ehemalige Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, der für die SPD im gleichen Bundesland auch einmal niedersächsischer Justizminister war, weiß, was er dem links-grünen Meinungsmachern in Funk und Fernsehen schuldig ist, – auch wenn seine Ausführungen noch so grotesk klingen: Kriminalität ist für ihn in Deutschland ein Auslaufmodell. Sie gehe in breiter Front zurück. Die Sicherheit steige – auch für Frauen. „Die kulturelle Errungenschaft gewaltfreier Erziehung“ habe sozusagen zu einer Generation sanftmütiger Friedensfreunde geführt. Die hohe Ausländerkriminalität? Schuld sind natürlich „die, die schon länger hier leben“ (Angela Merkel). Die Anzeigebereitschaft einer Straftat sei eben viel höher, wenn der Täter ein Fremder sei, behauptet Pfeiffer. – Natürlich, die zutiefst rassistischen deutschen Männer und Frauen drücken beide Augen fest zu, wenn sie von einem Landsmann ins Krankenhaus geprügelt werden oder wenn sich ein blonder und blauäugiger Sextäter an ihnen vergeht.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 9 – 3. März 2017

MELDUNGEN

Neue Banknote über 500-Zloty

Allenstein – Polen hat eine neue Banknote über 500 Zloty, die seit dem 10. Februar im Umlauf ist. Auf der Banknote ist das Abbild des Königs Jan Sobieski III. aufgedruckt, das Andrej Heinrich, der Schöpfer der bisherigen polnischen Banknoten, geschaffen hat. Die Arbeit an der neuen Banknote begann im November 2014. Wie die polnische Notenbank erklärte, ist die Banknote über 500 Zloty die Antwort auf die Bedürfnisse des Marktes und der wachsenden Kosten der Zentralbank. Nach dem Gesetz über die Notenbank vom 29. August 1997 hat die Notenbank das ausschließliche Recht zur Herausgabe von Geldzeichen. Herausgegebene Geldzeichen der Staatsbank sind Banknoten und Münzen. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. *E.G.*

So wichtig wie das Schloss

Anton Alichanow will, dass das Königsberger Haus der Räte kein »Symbol unserer Misswirtschaft« bleibt

Um das nie fertiggestellte und bis heute ungenutzte Haus der Räte im Königsberger Zentrum gibt es immer wieder Diskussionen. Jetzt hat sich der neue Gouverneur zu Wort gemeldet. Er will das Haus privatisieren.



Bild: J.T.

Unterschiedliche Symbole: Der restaurierte Königsberger Dom (l.) und das unfertige Haus der Räte (r.)

2020 wird das aus der Sowjetzeit stammende Haus der Räte 50 Jahre alt. Zwar hat das Gebäude in diesen Jahren einen großen Bekanntheitsgrad erlangt, doch seine traurige Geschichte dauert an. Jeder Leiter der Region hielt es für notwendig, sich an der Diskussion um die Zukunft dieses Hauses zu beteiligen, diese oder jene Erklärung abzugeben und diese oder jene Schritte einzuleiten. Auch der derzeit regierende Gouverneur Anton Alichanow hat sich dieser Tradition angeschlossen.

Nach Plänen des Gouverneurs soll das Erbe der Sowjetzeit, das sich in der Nachbarschaft moderner Gebäude und Einkaufszentren nicht mehr wesentlich abhebt, in die Hände privater Investoren übergehen.

Es sei daran erinnert, dass diese Idee keinesfalls neu ist. Bereits 2003 wurde ein bedeutender Anteil des Hauses der Räte an die Firma „Prostostroj“ verkauft. Zuvor war dieser Anteil im Besitz der von den Regionalbehörden gegründeten Aktiengesellschaft „Kultur- und Geschäftszentrum“, das Investoren für die Restaurierung des Gebäudes gewinnen sollte. Jedoch gelang es nicht, auch nur einen einzigen Investor zu finden. Darüber hinaus ging die Aktiengesellschaft 2003 selbst bankrott. Heute hat die Regionalbehörde noch einen Anteil von 15 Prozent am Haus der Räte. Die Haupteigner sind die Firma „Prostostroj“ und eine Gruppe des Konzerns „Wester“.

Interessant ist, dass im Jahr 2010 die Staatsanwaltschaft des Gebiets und die Agentur für Grundbesitz der Gebietsregierung eine Klage einreichten mit der Forderung, den Vertrag über Kauf und Verkauf zwischen dem „Kultur- und Geschäftszentrum“ und „Prostostroj“ für ungültig zu erklären, da der Kaufpreis deutlich unter dem Marktpreis gelegen habe (etwas mehr als siebenMillionen Rubel – Anfang der 2000er Jahre konnte man dafür einige Dreizimmerwohnungen in Königsberg kaufen). Das Gericht gab dem Antrag statt und erklärte den Vertrag für null und nichtig. Doch da das „Kultur- und Gesellschaftszentrum“ zu diesem Zeitpunkt bereits in Konkurs gegangen war, blieb das Gebäude im Besitz von „Prostostroj“.

Die Perestrojka wendete das Blatt

Alichanow kam nun auf die Idee, die Regionalregierung in das Haus der Räte zu verlegen: „Wäre das Haus der Räte fertig, könnten wir mit der Regierung dort einziehen und würden eine Reihe von Objekten des kulturellen Erbes freigeben.“ Die Idee knüpft an ursprüngliche, sowjetische Pläne an, denn das Gebäude war speziell für diesen Zweck gebaut worden. In ihm sollten sowohl das Parteikomitee als auch das Exekutivkomitee des Königsberger Gebiets untergebracht werden. Bis Ende der 80er Jahre war das Gebäude fertiggebaut bis auf die Innenausstattung. Doch dann kam die Perestrojka, das Geld ging aus, und dann gab es auch keine Notwendigkeit mehr, das Gebäude zu nutzen.

Nun rief der amtierende Gouverneur dazu auf, einen Teil der Aktien des Hauses der Räte an private Investoren zu verkaufen. Er sagte: „Wir haben bereits mit den Haupt- und Einzeleigentümern Gespräche geführt und haben einen Weg gefunden, den Besitz zu konsolidieren und ihn in private und nicht öffentliche Hände zu geben, um die Pläne zu realisieren, welche die derzeitigen Eigentümer nicht haben.“

Doch welche Pläne könnten private Eigentümer haben? Laut den bereits bestehenden Anteilseignern wird eine neue Expertise zum Gebäude angefertigt, in der die notwendigen Reparaturarbeiten im Inneren aufgeführt werden, und danach soll die Fassade restauriert, der Innenausbau fertiggestellt werden und so weiter. Die Privatinvestoren kündigten an, dass noch in diesem Jahr mit der Restaurierung des Gebäudes begonnen werden soll.

Die Firma „Prostostroj“, die den Hauptanteil des Gebäudes besitzt, hat noch nicht entschieden, wie das Gebäude genutzt werden soll, besonders, falls sie Haupteigentümerin bleiben sollte. Sie sieht die Eröffnung eines Kultur- und Geschäftszentrums und eines Hotels vor.

Alichanow hält die weiteren Schritte für das Haus der Räte für ebenso wichtig wie die Idee der Wiedererrichtung des Königsberger Schlosses. „Wenn wir den Westflügel des Schlosses wieder aufbauen, dann müssen wir zuerst die Frage über das Haus der Räte entscheiden und umsetzen. Wir sollten es nicht als Denkmal unserer Misswirtschaft lassen.“

Mehr Investitionen

Sonderwirtschaftszone Ermland-Masuren wird ausgeweitet

Ende 2016 hat der Ständige Ausschuss des polnischen Ministerrates den Antrag auf die Ausweitung der Sonderwirtschaftszone Ermland-Masuren positiv beschieden. In der Praxis bedeutet dies eine Erweiterung um 350 Hektar, und damit die Möglichkeit zu weiteren Investitionen. Auf privaten Grundstücken werden Investitionen in Höhe von mindestens 300 Millionen Euro erwartet. Das größte Bauvorhaben ist eine Fabrik der österreichischen Egger-Gruppe. Sie wird auf 88 Hektar in Bischofsburg gebaut. Die Kapitaleinlagen werden mit mindestens 190 Millionen Euro beziffert.

Neue Investitionen im südlichen Ostpreußen sind ein sehr wichtiger Teil der Entwicklung der Wirtschaft der gesamten Region. Sie bedeuten neue Arbeitsplätze und die Entwicklung der lokalen Infrastruktur.

Laut Plan ermöglicht die Erweiterung der Sonderwirtschaftszone eine Entwicklungsförderung in in vielen verschiedenen Orten der Provinz. Die Sonderwirtschaftszone umfasst derzeit eine Fläche von 1390,7 Hektar. Der ganze Bereich ist in einzelne Zonen unterteilt.

Der Vorteil einer Sonderwirtschaftszone ist, dass Investoren die höchsten öffentlichen Zuschüsse des Landes erhalten. In den einzelnen Zonen der Woiwodschaft Ermland-Masuren können diese bis zu 70 Prozent des Werts der Anlagen erreichen. Die einzelnen Zonen sind: Wartenburg in Ostpreußen, Bartenstein, Bischofsburg, Zichenau, Guttstadt, Elbing, Deutsch Eylau, Illowo, Rastenburg, Kauernik, Heilsberg, Mielau, Mohrungen, Sensburg, Neidenburg, Neumark in Westpreußen, Oletzko, Arys, Ostrolenka, Osterode, Allenstein, Hohenstein, Preußisch Holland, Peitschendorf, Johannisburg, Plöhnen, Pomiechówek, Ortelsburg, Willenberg und Zakroczym. Die meisten von ihnen gehören zu der Woiwodschaft Ermland-Masuren.

4000 Arbeitsplätze sind entstanden

Pluspunkte für potenzielle Investoren sind auch die im Vergleich zu anderen Regionen niedrigeren Arbeitskosten sowie das hohe Angebot an Arbeitskräften. Wichtig ist auch die Anbindung an die Schnellstraße S7, die den Norden des Staatsgebiets mit Warschau und Krakau verbindet sowie zu den Flughäfen in Groß Schiemanen und Modlin führt.

Drei Viertel des investierten Kapitals kommt aus sechs Ländern: Polen, Deutschland, USA, Niederlande, Japan und Italien. Die größten Investoren in der Zone sind der französische Reifenhersteller Michelin, der koreanische Hersteller von Fernsehern und Monitoren LG Electronics in Mielau und die IKEA-Fabrik in Willenberg. Zu den wichtigsten Investoren gehören auch die deutschen Wirtschaftsvertreter Bauer in der Druckbranche und Bruss in der Metallindustrie.

Die Möbelindustrie ist die größte Branche in der Zone. Es arbeiten dort sieben große Unternehmen. Zusammen beschäftigen sie mehr als 4000 Arbeitnehmer. Potenzielle neue Anleger sollten sich jedoch beeilen. Die Bedingungen der Sonderwirtschaftszonen sind bis zum Jahr 2026 begrenzt. *Leszek Chaburski*

Bestes Brot aus Königsberg

»Erste Brotfabrik« räumte bei Wettbewerben Preise ab

Russland ist ein ausgesprochenes Brotland, dessen Backwaren auch die Deutschen zu überzeugen verstünden. Das russische Wort für Brot, chleb, hat germanische Wurzeln, findet sich im mittelhochdeutschen „hleip“ für ungesäuertes Brot und im heutigen „Laib“ wieder. Es nimmt daher nicht wunder, dass an der Grenze zweier derart ausgeprägter Brotkulturen ein ganz besonderes Brot entstehen muss. Wo genau dies den Ofen verlässt, weiß man seit dem vergangenen Jahr offiziell: in der Königsberger „Ersten Brotfabrik“. Diese erste Bäckerei der ostpreußischen Hauptstadt nach dem Kriegsende hatte gleich mehrere bedeutende Wettbewerbe des Backgewerbes für sich entscheiden können.

Auf der Moskauer Internationalen Bäcker- und Konditorenmesse „Modern Bakery Moscow 2016“ erhielt sie sowohl für ihr Roggenvollkorn- als auch für ihr Leinsamenbrot den Ersten Preis in der Kategorie Vollkornbrote. Auch in der russischen Sonderkategorie der Osterbrote wussten hier Spezialitäten vom Pregel zu überzeugen: Die Sorten „Dom“ – bezogen auf den Königsberger Dom – und „Don“ – benannt nach dem russischen Fluss – gewannen gemeinsam den Hauptpreis.

Noch durchschlagender war der Königsberger Erfolg beim Wettbewerb „Bestes Brot Russlands“: Hier erreichten gleich neun Erzeugnisse des Hauses Gold- beziehungsweise Diplomränge, darunter das Kloster- und das „Altslawische“ Brot sowie ein weiteres mit der Bezeichnung „Wakaras“, was auf Litauisch „Abend“ (vakaras) bedeutet.

Deutsch-russische Wurzel beim Wort

Aber auch an der süßen Wettbewerbsfront vermochten die Ostpreußen zu überzeugen: Auf der Internationalen Konditorenschau „Torten, Waffeln, Kekse und Lebkuchen 2016“ gewann die Torte „Königsberg“, die in der süßigkeitsliebenden Metropole selbstverständlich den deutschen Stadtnamen trug, das beste Ergebnis. Dass sie sich den Ersten Platz mit einer Torte aus Weißrussland teilen musste, war für die Pregelbäcker sicher leicht zu verschmerzen, insbesondere da ihre Torte „Prag“ einen Zweiten Preis erhielt – genauso wie in der deutschbestimmten Kategorie Lebkuchen ihre ganz an germanische Traditionen angelehnte Spezerei „Geschenk“ (Podarotschnyj).

Gekrönt wurden die Erfolge der Königsberger Ersten Brotfabrik schließlich durch die Verleihung der höchsten Auszeichnung, die das russische Bäckerhandwerk zu vergeben hat: den „Grand-Prix für die Bewahrung der russischen Backtradition und einer hohen Qualität der Produktion“.

Besucher Königsbergs können sich übrigens direkt im günstigen Fabrikverkauf der Meisterbäcker von der guten Qualität der heutigen Königsberger Backwaren überzeugen: In der Uliza Galizkogo 16 findet sich ihr Geschäft „Gorjatschij chleb“ – was ebenso einfach wie einladend „Heißes Brot“ bedeutet. *Thomas W. Wyrwoll*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wenn wir uns in der heutigen Kolumne vor allem mit einem Thema beschäftigen, dann hat dies seinen Grund. Vielmehr mehrere Gründe, obgleich es nur eine kleine Anfrage von Frau **Rosemarie Grau** aus Berlin war, die sich im Rahmen ihrer Familienforschung ergeben hatte. Die führte nach Ostpreußen in den Kreis Goldap, wo ihr Schwiegervater 1905 auf Gut Neuhof geboren wurde, das zum Kirchpiel Tollmingen gehörte. Da sämtliche Urkunden verloren gegangen waren, bemühte sich Frau Grau um Beschaffung der Unterlagen, wurde aber in keinem Archiv fündig. Bis sie den Rat erhielt, sich an die Glaubensgemeinschaft der Mormonen zu wenden, die ein weltweit umfassendes Genealogie-Archiv in Salt Lake City besäßen, in dem auch Daten aus Ostpreußen gespeichert seien. Tatsächlich fand dann Frau Grau über diesen Suchweg auch Angaben über Tollmingen, die aber leider nur bis zum Jahr 1875 reichten. Doch ihr Interesse an dieser Datensammlung war nun geweckt und sie wollte mehr darüber wissen, bekam allerdings keine klärenden Antworten, eher verwirrende oder sogar falsche, sodass sich die Berlinerin an uns wandte und wir ihre Frage in Folge 5/17 an unsere Leserinnen und Leser weitergaben. Und die reagierten prompt und so ausführlich, dass wir diesem Thema heute genügend Platz einräumen müssen, da die vor allem auf eigener Forschung beruhenden Auskünfte wertvolle Hinweis für die ostpreußische Familienforschung enthalten, mit der sich immer mehr Nachkommen von Vertriebenen beschäftigen. Zuerst nimmt unser Landsmann **Peter Perrey** aus Neustadt mit – wie gewohnt – sehr fundierten Angaben zum Kirchspiel Tollmingen und damit zu dem Problem der fehlenden Kirchenbücher Stellung:

„Kein Wunder, dass sich die Kirchenbuchunterlagen für Tollmingen nur bis 1875 finden lassen, denn im Königreich Preußen wurden im Jahr 1874 die Standesämter eingeführt, die von da an die Personenstandsdaten – Geburten, Hochzeiten, Todesfälle – führten. Kirchenbücher wurden also zu geringerer Wichtigkeit. Viele unser ostpreußischen Standesamtsunterlagen seit 1874 sind erhalten geblieben, zumindest, wenn sie aus dem heutigen polnischen Teil unserer Provinz stammen. Daneben gibt es aber auch eine geringere Anzahl standesamtlicher Dokumente aus dem heute russischen Teil, die aus irgendeinem Grunde vor Kriegsende in das Ermland gebracht worden waren. Alle diese Standesamtsbände lagern heute im polnischen Staatsarchiv in Allenstein oder in seinen Zweigstellen und werden seit einiger Zeit Seite für Seite eingescannt und dankenswerterweise über das Internet kostenlos zugänglich gemacht. Erst kürzlich hat man beispielsweise Erhaltenes aus den Standesämtern Pillau I und II veröffentlicht, und ich habe in den Unterlagen Familiengeschichtliches gefunden, das mir bis dahin unbekannt war." (https://familysearch.org)

Auch in Deutschland gibt es eine verlässliche Informationsquelle, die gerne und erfolgreich von Familienforschern genutzt wird. Es ist die Deutsche Zentralstelle für Genealogie im Sächsischen Staatsarchiv, Schongauer Straße 1 in 04328 Leipzig. Zur Zeit des Nationalsozialismus wurden alte Kirchenbücher durch das Reichssippenamt verfilmt, diese erhaltengebliebenen Filme lagern heute in Leipzig. Wer sich für die Verfilmungen ostpreußischer Kirchenbücher interessiert, kann sie dort einsehen. Herr Perrey empfiehlt aufgrund eigener Erfahrung, vorab einen Termin für den geplanten Besuch zu vereinbaren. (staatsarchiv.sachsen.de/index.html)

Und was sagt unser erfahrener Landsmann zu den Mormonen? Natürlich hat auch er über die von Frau Grau vorgetragene Version, dass amerikanische Soldaten die alten deutschen Kirchenbücher gerettet hätten, indem sie diese nach Amerika in die Mormonenhochburg brachten, nur den Kopf geschüttelt. Zumal dies im Falle Ostpreußen schon deshalb unmöglich gewesen wäre, weil es in unserer Heimat keine US-Truppen gab. Herr Perrey weist hauptsächlich darauf hin, dass im Zentralarchiv in Salt Lake City lediglich Verfilmungen von Kirchenbüchern lagern, nicht die Bücher selbst. Aber auch hierüber gibt es eigenartige Versionen, wie ja auch schon Frau Grau bei ihrer Befragung feststellen konnte. Herr **Klaus-Dieter Metschultat** aus Mönchengladbach hat da auch seine Erfahrung gemacht, wie er schreibt:



Der bekannteste und größte Tempel der Mormonen: Der Salt-Lake-Tempel in Salt Lake City, der Hauptstadt des US-Bundesstaats Utah Bild: CF

„Im *Ostpreußenblatt* wurde gerätselt, wie die alten ostpreußischen Kirchenbücher zu den Mormonen gelangten. Ich selbst habe vor einigen Jahren die Mormonische Kirche hier in Mönchengladbach aufgesucht, um einige Nachforschungen zu einem Teil meiner Vorfahren anzustellen. Die Mitarbeiter waren sehr hilfsbereit, und ich konnte auch Vieles ausfindig machen. Mir war schon bekannt, dass die Mormonen in den 20er Jahren begonnen hatten, die Kirchenbücher in Ostpreußen zu kopieren, aber nicht nur in unserer Heimat, sondern weltweit. Auf meine Frage, warum sie dies getan hätten, lächelte mich die Mitarbeiterin vielsagend an, aber ich bekam keine sachbezogene Auskunft. Einige Besuche später nahm sie mich aber beiseite und beantwortete nun meine Frage wie folgt: Wenn Sie gestorben sind und in den Himmel kommen, werden Sie dort alle Ihre Vorfahren antreffen, doch Sie werden nicht ihre Namen und Personalien kennen. Um diese Wissenslücke zu schließen, haben wir versucht, Kirchenbücher zu kopieren, in denen ja Einiges festgehalten ist."

Damals genügte Herrn Metschultat diese Auskunft, aber als er nun die Frage von Frau Grau in unserer Kolumne las, wollte er es ganz genau wissen. Er machte sich im Internet „schlau" und fand unter dem Stichwort „Mormonen-Ahnenforschung-Genealogie" eine umfangreiche Dokumentation, die im Grunde das bestätigte, was ihm die Mitarbeiterin erklärt hatte. Einige Kopien übergibt er uns zur Information für alle interessierten Leserinnen und Leser und schreibt dazu: „Gerade wir Ostpreußen müssen mehr als zufrieden sein, dass die Mormonen, aus welchen Gründen auch immer, damals solche Aufzeichnungen gemacht haben und auch dankbar dafür, dass wir sie einsehen dürfen."

Damals – ja das beginnt für die Mormonen bereits im Jahr 1894, als die „Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage" in Salt Lake City im Staate Utah ein Genealogie-Archiv gründete, das den Gläubigen durch Bewahrung aller verfügbaren Daten und Lebensläufe verhelfen sollte, auch nach ihrem irdischen Ableben in ihren Familie zu verbleiben. Ihrer Lehre nach können Frauen und Männer, Eltern und Kinder vereint sein, ohne dass der Tod sie scheidet. So ist es möglich, längst verstorbene Vorfahren durch einen Stellvertreter taufen und in die Gemeinde aufnehmen zu lassen, damit sie auch nachträglich auf den richtigen Weg des Glaubens kommen. Was erst begrenzt im Staate Utah begann, wurde zu einer einzigartigen Datensammlung, in der heute drei Milliarden Namen gespeichert sind. Und zwar aus aller Welt, denn seit 1938 sammeln die Mormonen in 110 Ländern genealogisches Quellenmaterial, werten es aus und mikroverfilmen die Daten. Deutschland gehört mit den Niederlanden und den skandinavischen Ländern zu den Regionen, aus denen die meisten Besucher kommen, vor allem Wissenschaftler und Hobbygenealogen. Allerdings enthalten die Mikrofilme die Daten von Verstorbenen, die vor 1930 gelebt haben, aber dieses Quellenmaterial ist gerade für die Ahnenforschung der Vertriebenen wichtig. Die Besucher haben keinen direkten Zugang zu den in einem Bergstollen durch Stahltüren gesicherten Mikrofilmen, bekommen aber alle gewünschten Informationen und Erklärungen. Es handelt sich also nicht, wie Frau Grau vermutet hatte, um nach Amerika ausgelagerte Kirchenbücher, sondern um deren Verfilmung, wie Herr Perrey richtig erklärt, dem wir wie auch Herrn Metschulat herzlich für ihre Ausführungen danken.

Damit wollen wir uns für heute von dem Kapitel „Mormonen" verabschieden, aber bei der Familienforschung bleiben, die in unserer Familienarbeit ja einen immer größer werdenden Raum beansprucht. Die Möglichkeit, Zeitzeugen zu finden, die ihre Vorfahren kannten, als diese noch in der Heimat lebten, veranlasst viele jüngere Menschen, sich an uns zu wenden, Ältere wollen ihre Erinnerungen auffrischen oder ergänzen. Dass diese Zeitzeugensuche sogar zu überraschenden Erfolgen führen kann, hat uns Herr **Joachim Wagner** schon zweimal wissen lassen (Folge 52/16 und Folge 3/17). Und nun folgt eine erneute Zuschrift, in der er von Reaktionen aus unserem Leserkreis berichtet, die er nicht erwartet hätte, denn sie erhellen das Dunkel um seine Vorfahren:

„Ich habe von meinem Großvater, Schneidermeister und Standesbeamter **Franz Wagner** aus Milken, mit seinem Namen unterzeichnete Urkunden in Kopie bekommen. Weiter habe ich eine Einwohnerliste aus Norkitten erhalten, in der auch der Wohnsitz meiner als Hebamme praktizierenden Großmutter **Martha Kuschnerus** eingetragen ist. Ein Leser teilte mir mit, dass er meine Großmutter noch persönlich gekannt hätte. Hierbei klärte sich auch, dass mein Stiefgroßvater **Franz** Kuschnerus seine Bäckerei nicht in Norkitten, sondern im Nachbarort Siemohnen hatte. Die explizit exakten Angaben, die mich verblüfften, bestärken mich nun, in meiner Ahnenforschung weiter zu machen. Wenn die folgenden zwei Fragen zu lösen wären, ginge für mich ein Wunschtraum in Erfüllung.

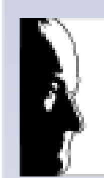
Frage 1: Mein Großvater mütterlicherseits, **Friedrich Wilhelm Tennigkeit**,*22. Juni 1884 in Adl. Kreywehlen, Kreis Elchniederung. Gibt es Nachkommen mit seinem Namen aus diesem Ort? Er verstarb in jungen Jahren, weswegen meine Großmutter **Martha** noch einmal heiratete.

Frage 2: Mein Großvater väterlicherseits, der o.g. Franz Wagner, wurde am 18. Dezember 1882 in Benern, Kreis Heilsberg, geboren. Gibt es aus diesem Ort noch mögliche Nachkommen mit diesem Namen?" (Dipl. Ing. Joachim Wagner, Madenburgweg 21 in 76831 Eschbach, Telefon 06345/953277, Fax 06345/407391, E-Mail: wagnerj38@t-online.de)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Die »Bravo« als Nische des Journalismus

Polen diskutiert über die »Repolonisierung« seiner Medien

Im polnischen Kultusministerium wird an einem Gesetz gearbeitet, das dem unterstellten Übergewicht ausländischen Kapitals auf dem polnischen Pressemarkt entgegenwirken soll. Das Thema „Repolonisierung" der Medien wird ebenfalls in der Kommission für Kultur und Medien im Parlament diskutiert. Salz im Auge der regierenden PiS ist vor allem das deutsche Kapital des Medienkonzerns Polska Press der Verlagsgruppe Passau. Der Verlag gibt polenweit zig Lokaltitel heraus.

„Die Polen müssen wissen, in wessen Eigentum sich gewisse Medien befinden, damit sie sich bewusst sind, dass diese womöglich nicht unsere polnischen Interessen vertreten", sagte Elzbieta Kruk (PiS), Vorsitzende der Kommission für Kultur und Medien im Sejm, in der rechts-konservativen Wochenzeitung mit polnischen Kapital „Gazeta Polska". „Unbestritten ist, dass der Anteil ausländischen Kapitals in der Medienlandschaft der Länder Westeuropas rudimentär ist. In Deutschland zum Beispiel gibt es überhaupt kein ausländisches Kapital in den Medien. Deutsche haben ihre Zeitungen für sich, diese repräsentieren einen deutschen Standpunkt. Und wessen Standpunkt repräsentieren deutsche Medien in Polen?", fragt Kruk und fügt hinzu, dass sie sich auf eine öffentliche Debatte freue.

Diese hat der öffentlich-rechtliche Radiosender der Woiwodschaft Oppeln – Radio Opole – aufgenommen. Fünf Studiogäste aller Couleur haben sich der Frage gestellt. Die Vertreterinnen von PiS und Kukiz'15, einer vom polnischen Musiker und Politiker Paweł Kukiz gegründeten politischen Bewegung in Polen, die erstmals bei den Parlamentswahlen am 25. Oktober 2015 antrat und bei diesen 8,8 Prozent erhielt und damit nach der PiS und der Bürgerplattform (PO) drittstärkste Kraft im Sejm ist, sprachen sich für eine Zerschlagung des unterstellten Presse-Monopols deutscher Konzerne aus. Katarzyna Czochara (PiS), von Beruf Deutschlehrerin, blies ins Horn ihrer Parteikollegen und pochte darauf, dass allein Zeitungen mit polnischem Kapital gemäß polnischer Staatsräson berichten sollten. Die PiS plädiert für den Rückkauf aller Blätter mit nicht-polnischen Kapital. „Für welches Geld, für das der Steuerzahler?", fragte Ryszard Wilczynski (PO). „Repolonisierung ist nur ein Slogan dafür, dass die PiS die gesamte Medienlandschaft übernimmt. Die öffentlichen TV- und Radiosender sind bereits PiS-Medien", ärgert sich der ehemalige Oppelner Woiwode.

Die PiS hat bereits ein Institution gegründet, die das staatliche Marketingkapital bündelt – das Polnische Medienhaus. Es soll der größte Werbeauftraggeber polenweit werden. Des Weiteren wurde die Polnische Nationalstiftung gegründet, die den Staat im Ausland vertritt und Medienkampagnen finanziert. Das Jahresbudget soll 100 Millionen Zloty betragen (etwa 23 Millionen Euro).

„Ich bin ein Gegner jeglicher Repolonisierungsideen. Ich erwarte eine apolitische und gewissenhafte Berichterstattung. Die ausländischen Medienkonzerne arbeiten schließlich in Polen mit polnischen Mitarbeitern und zahlen hier ihre Steuern. Es gibt öffentlich-rechtliche Sender und den Rest regelt der Markt", so Ryszard Galla, Abgeordneter der Deutschen Minderheit im Sejm. Ähnlich sieht die Sache Witold Zembaczynski von der Partei „Nowoczesna" (Die Moderne), der mit 7,6 Prozent der Stimmen bei der letzten Parlamentswahl viertstärkste Kraft im Sejm wurde. Für ihn ist es egal, wem ein Blatt gehört, vielmehr zähle, wie es berichtet. „Schließlich wählt ein Chefredakteur die Themen und die Mitarbeiter aus. Wenn die PiS auch noch die Presse übernimmt, bleibt uns nur noch das Internet als Informationsquelle", so Zembaczynski. Krzysztof Pieron von der demokratischen Linken erinnerte, wie viel Freude es machte, als vor 30 Jahren jemand eine deutsche „Bravo" ins Land schmuggelte. Er fragte rhetorisch, ob nach einer Repolonisierung der Medienlandschaft wie früher nur noch Schüler mit Deutschunterricht in den Genuss freier Medien kommen werden.

In der ganzen Debatte ist ein Aspekt im polnischen Diskurs erst gar nicht vertreten. Die Frage nämlich, ob ein deutsches Presseorgan deutsche Interessen vertritt. Man kann es sich eben einfach nicht vorstellen, dass dies gar nicht der Fall sein muss. Man könnte aber auch anmerken, dass die identische Debatte auch im landesweiten öffentlich-rechtlichen Radio 24 geführt wurde. Dort aber verlief sie uninteressant. Denn selbst die externen Experten vertraten mit Ausnahme eines Gastes vom Portal onet.pl nur PiS-Positionen. *Chris W. Wagner*



ZUM 98. GEBURTSTAG

Gawehn, Albert, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, am 8. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bauch, Erna, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 5. März

Jeziorowski, Martha, geb. **Kulinna**, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, am 6. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kröhnert, Bruno, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 4. März

Luschnat, Lucie, geb. **Tetzlaff**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 7. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Briese, Elisabeth, geb. **Jelinski**, aus Grundensee, Kreis Lötzen, am 4. März

Falke, Hanna, geb. **Kaminski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 5. März

Hopfeld, Elfriede, geb. **Jeromin**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 5, März

Mews, Käthe, geb. **Bähr**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 8. März

Meyer-Brandstädter, Edith, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 9. März

Pogodda, Kurt, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 7. März

Sedelke, Margarete, geb. **Mrowka**, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, am 9. März

Selleneit, Gerhard, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. März

Sulimma, Kurt, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 5. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baehr, Elisabeth, geb. **Witt**, aus Lötzen, am 9. März

Brüggemann, Hildegard, geb. **Orischke**, aus Wehlau, am 6. März

Graubner, Ursula, aus Gut Rothof, Kreis Lyck, am 3. März

Kaldun, Erna, geb. **Nummert**, aus Strobjehnen, Kreis Samland, am 2. März

Klimmek, Irmgard, geb. **Borowski**, aus Neidenburg, am 7. März

Kohtz, Arno, aus Lyck, Steinstraße 36, am 3. März

Lanzendorf, Erika-Ursula, geb. **Fahrun**, aus Lyck, am 4. März

Lühmann, Hertha, geb. **Szikorra**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 3. März

Neumann, Marta, geb. **Babick**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. März

Pilz, Margarete, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 6. März

Preuschoff, Gertrud, geb. **Kather**, aus Trankwitz, Kreis Samland, am 8. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bernhard, Rosemarie, geb. **Hermes**, aus Pillau, Kreis Samland, am 5. März

David, Charlotte, geb. **Sköries**, aus Ahlgarten, Kreis Elchniederung, am 7. März

Huuck, Erwin, aus Geidau, Kreis Samland, am 6. März

Kreuzgrabe, Elisabeth, geb. **Lohrenz**, aus Treuburg, am 3. März

Lasota, Liesbeth, **Kolberg**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 7. März

Moissl, Hildegard, geb. **Leidreiter**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 4. März

Naujek, Alfred, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 6. März

Norloch, Wanda, geb. **Dietrich**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 6. März

Seeska, Richard, aus Müllersbrück, Kreis Treuburg, am 8. März

Wolfram, Helene, geb. **Stach**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 6. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Becker, Waltraud, geb. **Schmidt**, aus Wehlau, am 5. März

Böhnke, Ernst, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 8. März

Falk, Horst, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 9. März

Karpowski, Friedrich, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 8. März

Kloss, Paul, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 7. März

Kremser, Luise, aus Nautzau, Kreis Samland, am 2. März

Merkel, Hildegard, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. März

Semler, Anneliese, geb. **Swiedelski**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 6. März

Stellwagen, Ingeborg, aus Mogilno, Kreis Posen, am 5. März

Tienken, Gerda, geb. **Reschies**, aus Neudescherin, Kreis Elchniederung, am 8. März

Wenzel, Anneliese, aus Lyck, am 4. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Boelter, Elfriede, geb. **Waschkewitz**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 8. März

de Groot, Edith, geb. **Kompa**, aus Ortelsburg, am 5. März

Dürselen, Wolfgang, aus Jena, am 7. März

Gollub, Werner, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 6. März

Groth, Hildegard, geb. **Zwiesler**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 8. März

Jankowsky, Kurt, aus Rudau, Kreis Samland, am 8. März

Keßler, Christel, geb. **Pelletier**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 7. März

Klein, Ernst, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 3. März

Lutz, Elsa, geb. **Reißmann**, aus Alexwangen, Kreis Samland, am 9. März

Meyer, Marie-Luise, geb. **Tabel**, aus Sanglienen, Kreis Samland, am 2. März

Piper, Hertha, geb. **Hilper**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 3. März

Rapelius, Hans-Joachim, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 9. März

Rogalla, Anna, geb. **Luka**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 6. März

Rollmann, Erika, geb. **Hein**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 7. März

Saunus, Gerhard, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 3. März

Steltz, Irmgard, geb. **Helmcke**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 4. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Aukthun, Walter, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 6. März

Bartschies, Irma, aus Lyck, Steinstraße 2, am 3. März

Bernst, Elfriede, geb. **Hildebrandt**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 9. März

Greschat, Prof. Dr. Hans-Jürgen, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. März

Holzwirth, Käthe, geb. **Hennig**, aus Plinken, Kreis Samland, am 5. März

Karpowski, Gertrud, geb. **Pukropski**, aus Schiemanen, Kreis Neidenburg, am 7. März

Koslowski, Gerhard, aus Monethen, Kreis Johannisburg, am 24. Februar

Kristandt, Helmut, aus Peyse, Kreis Samland, am 9. März

Krüger, Emma, geb. **Marzinowski**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 3. März

Meyer, Helene, geb. **Dohmann**, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 3. März

Müller, Ursula, geb. **Böhm**, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 7. März

Nowotzin, Christel, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 3. März

Podscharly, Artur, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 3. März

Rohmann, Emma, geb. **Griese**, aus Lyck, Steinstraße 17, am 7. März

Schwarz, Käthe, geb. **Kullik**, aus Treuburg, am 7. März

Starosta, Helmut, aus Marienburg, Westpreußen, am 5. März

Steppat, Bruno, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 1. März

Supkus, Willy, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 6. März

von Hasselbach, Prof. Horst, aus Reipen, Kreis Wehlau, am 5. März

Welz, Irmgard, geb. **Zittlau**, aus Montzen, Kreis Lyck, am 3. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bartel, Günter, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 8. März

Breßlein, Ursula, aus Ebenrode, am 9. März

Danner, Erwin, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, am 6. März

Dzwonkowski, Dorothea, geb. **Damaschun**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. März

Glombowski, Horst, aus Brassendorf, Kreis Lötzen, am 6. März

Kossak, Heinz, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 6. März

Kossek, Rita, geb. **Andress**, aus Hohenwestedt, Kreis Neidenburg, am 5. März

Löst, Grete, geb. **Borreck**, Kreis Treuburg, am 4. März

Paul, Ingrid, geb. **Gollub**, aus Lyck, Soldauer Weg 9, am 4. März

Pedack, Richard, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 3. März

Pukas, Gerhard, aus Seerappen, Kreis Samland, am 9. März

Schaefke, Doris, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 9. März

von Terzi, Jürgen, aus Lyck, Falkenstraße 11, am 9. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baschek, Günter, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 8. März

Blumenthal, Ingrid, geb. **Giedtke**, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 5. März

Bories, Irmgard, geb. **Grudnick**, aus Medenau, Kreis Samland, am 4. März

Clausen, Elisabeth, geb. **Kirstein**, aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil, am 9. März

Dietrich, Irmgard, aus Randau, Kreis Ebenrode, am 6. März

Ewert, Paul, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 5. März

Falkenhagen, Sigrid, geb. **Stankewitz**, aus Blumental, Kreis Lyck, am 9. März

Grochowski, Hildegard, aus Soffen, Kreis Lyck, am 7. März

Grunwald, Adolf, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 5. März

Hagenauer, Edeltraut, geb. **Esau**, aus Sprosserweide, Kreis Elchniederung, am 5. März

Hasse, Ingrid, geb. **Schlisio**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 4. März

Herbstreit, Wolfgang, aus Königsberg-Tannenwalde, am 9. März

Hoffmann, Helga, geb. **Horn**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 9. März

Jendrall, Willy, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 4. März

Kolz, Hannelore, geb. **Bender**, aus Gutweide, Kreis Ebenrode, am 7. März

Kulschewski, Ruth, geb. **Kleta**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 9. März

Küßner, Hildegard, geb. **Keiter**, aus Millau, Kreis Lyck, am 5. März

Lehmann von Lenski, Günter, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 7. März

Lissek, Dieter, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 8. März

Löll, Alfred, aus Syndau, Kreis Samland, am 9. März

Lühr-Lehrs, Anneliese, aus Labiau, am 6. März

Maier, Marianne, geb. **Wagner**, aus Wehlau, am 9. März

Mantwill, Erwin, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 6. März

Niedzella, Helmut, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 3. März

Niklowitz, Gerhard, aus Sensburg, am 6. März

Ostermeier, Gerta, geb. **Randzio**, aus Lyck, am 7. März

Patz, Arnold, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 7. März

Peske, Anita, geb. **Pries**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 6. März

Ristau, Brigitte, geb. **Skibbe**, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, am 7. März

Salewski, Margot, geb. **Steinhorst**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 7. März

Schmadalla, Margarete, geb. **Meya**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 5. März

Schmidt, Erwin, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 6. März

Schmidtke, Gerhard, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 3. März

Schmieder, Hans-Joachim, aus Lyck, am 9. März

Wieczorek, Katharina, geb. **Badorrek**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 5. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Baronowski, Manfred, aus Mühlmeistern, Kreis Elchniederung, am 3. März

Beuter, Jürgen, aus Heimfelde, Kreis Ebenrode, am 8. März

Bießner, Dr. Irmtraud Sigrid, geb. **Kalwa**, aus Neidenburg, am 7. März

Dudkowiak, Adelheid, geb. **Rock**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 9. März

Gerloff, Ingrid, geb. **Przytulla**, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 3. März

Kossack, Edmund, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 9. März

Menge, Waltraud, geb. **Melhorn**, aus Wilken, Kreis Ebenrode, am 6. März

Räppel, Gisela, geb. **Ruckmann**, aus Ebenrode, am 3. März

Schlechtweg, Sabine, geb. **Borowsky**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 7. März

Simon, Marianne, geb. **Döblitz**, aus Pillau, Kreis Samland, am 7. März

TERMINE DER LO

2017

18. bis 19. März: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
28. bis 30. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. Mai: Das große Jahrestreffen der Ostpreussen
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Heimatpolitische Tagung

Seit vielen Jahren treffen sich die Vertreter der Kreisgemeinschaft Elchniederung und Tilsit-Ragnit sowie die Stadtgemeinschaft Tilsit zu einem Nachbarschaftsgespräch. Die Orte wechseln – ebenfalls die Ausrichter. Die teilnehmenden Personen sind die Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden, Geschäftsführer und Schatzmeister der jeweiligen Kreise und unser Versammlungsleiter.

In diesem Jahr ist die Elchniederung mit der Durchführung beauftragt. Wir treffen uns am Sonnabend, dem 22. April weit im Westen der Republik bei Aachen im Hotel-Restaurant Mennicken, Jülicher Straße 80, in 52146 Würselen.

Es wird eine Reihe von Punkten besprochen, die von gemeinsamem Interesse sind zum Beispiel das Jahrestreffen der Landsmannschaft in Neuss am 13. Mai und das Treffen der LO-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen auf Schloss Burg am 2. Juli sowie weitere Themen und Termine. *Manfred Romeike, Kreisvertreter*

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kirchspiel Balga



Als Nachfolgerin von Günter Neumann-Holbeck für das Kirchspiel Balga, mit den Gemeinden Follendorf, Groß Hoppenbruch, Kahlholz und Wolitta, ist es an der Zeit, meinem Vorgänger öffentlich zu danken.

Günter und ich begegneten uns erstmalig „70 Jahre danach“ in einer gemischten Reisegruppe von Landsleuten und heimatlichen Spurensuchern auf dem Weg nach Heiligenbeil, dem heutigen Mamonovo im Oblask Kaliningrad. Diese Begegnung könnte als Zufall oder Schicksal bezeichnet werden. Günter und ich erlebten und erleben das als göttliche Fügung! – Ohne Günter hätte ich die Spuren meiner Vorfahren in Follendorf nicht mehr finden können, und ich durfte würdige Begleiterin seiner höchstwahrscheinlich letzten Reise in die Heimat sein. Besonderen Antrieb erhielt Günter durch die Vollendung des Projektes „Gedenkstein für Balga“: In 2014 war ein Fundament ge-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

gossen worden, am 30. Mai 2015 der Findling gesetzt und im März 2016 wurde das Gründungjahr der deutschen Ordensburg „1239“ eingemeißelt. Günter und die vielen beteiligten Freunde und Helfer wissen wie viele Hürden und Mühen das Projekt machte. Ihnen allen gebührt großer Dank für ihre Arbeit und ihre Beharrlichkeit!

Nach unserer Reise im Mai 2015 hat Günter weiter fleißig geholfen, die ostpreußische Glut in mir zu schüren. Er fragte mich schließlich, ob ich mir seine Nachfolge als Kirchspielvertreterin vorstellen könnte, gab mir Bedenkzeit und stellte mich beim Heiligenbeiler Kreistag im April 2016 in Salzbergen persönlich vor. – Ein wunderbares Beispiel für die Weitergabe von Tradition und lebendiger Heimatliebe!

Günter Neumann-Holbeck wurde am 27. Februar 1931 in Königsberg geboren. Seine Mutter stammt aus Follendorf, und er verbrachte seine Ferien oft und gerne bei seiner Großmutter am Frischen Haff. 1944 zog Günter mit seiner Mutter und seinen Geschwistern nach Follendorf und musste von dort im Februar 1945 auf die Flucht gehen.

Die Liebe zu Ostpreußen hat Günter nie losgelassen, und er diente der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil von 1984 bis 2016 als aufrechter, charmanter und streitbarer Kirchspielvertreter.

Liebes Jünterchen! Herzliche Glückwünsche zum 86. Geburtstag. Hab nochmals tausend Dank für alles und bleib uns bitte noch lange erhalten!

Alles war Gnade! Alles ist Gnade! Alles bleibt Gnade!

Regina Holwege

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Heiligenbeil: Günter Neumann-Holbeck und Julia Kulikowa († 2016) am Gedenkstein für Balga
Bild: privat



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ausstellung

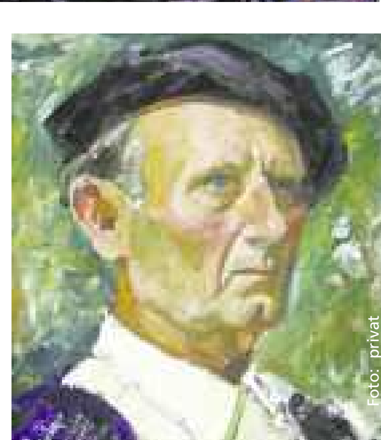
Sonnabend, 18. März, 15.30 Uhr: Eröffnung der Kunstausstellung „Versunkene Welt Ostpreußens – Erinnerungsbilder von Eduard Bischoff (1890–1974)“. Die Ausstellung entstand in Zusammenarbeit mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Eröffnet wird sie mit musikalischer Umrahmung und einem Einführungsvortrag.

Eduard Bischoff

Jörn Barfod vom Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg über Eduard Bischoff, der als ehemaliger Lehrer der Königsberger Kunstakademie nach dem Zweiten Weltkrieg zu den führenden Köpfen gehörte, die die Tradition der ostpreußischen Kunst fortsetzten:

Wie alle seine Berufsgenossen aus den Ostgebieten hatte er fast sein ganzes vor 1945 geschaffenes Werk eingebüßt, dazu seine Heimat und alle Verbindungen, auf die ein Künstler, der vom Verkauf seiner Arbeiten leben muss, besonders angewiesen ist. Einerseits musste er sich mit modernen Stilrichtungen auseinandersetzen, wieder Fuß fassen, neue Verbindungen anknüpfen oder alte wiederfinden. Gleichzeitig verarbeitete er seine Erinnerungen und gestaltete frühere Motive in neuem Stil.





Lötzen: Eduard Bischoffs „Ausfahrende Kurenkähne“ von 1954.
Rechts: Selbstbildnis des Künstlers

In drei Folgen großer Holzschnitte mit dem thematischen Titel „Ostpreußen“ zog er zwischen 1956 und 1965 Bilanz seines Kunstschaffens in ostpreußischen Motiven. Diese trafen vielfach die Erinnerungen der ostpreußischen Erlebnisgeneration. Er zeigte Bilder aus dem Land, das die meisten von ihnen so oder so ähnlich in ihrem Herzen hatten.

Da war vor allem die Landschaft mit Bauern und Fischern, mit Pferden und Elchen. Mit diesen Motiven verband Bischoff die Thematiken Jugend und Alter, Wachsen und Vergehen, Saat und Ernte sowie die traumatischen Erlebnisse von Flucht und Heimatverlust. Das dabei längst nicht alles rückwärtsgewandt war, zeigt die Tatsache, dass der Künstler eine Technik einsetzte, die er vor 1945 nicht genutzt hatte. Der Holzschnitt war für ihn ein künstlerisch neuer Weg. Das Erinnerte sollte in einem Stil der neuen Zeit ausgedrückt werden.

Im Begleittext zur ersten Holzschnittfolge schrieb Willi Drost, letzter Museumsdirektor in Danzig vor 1945, etwa 1960, unter anderem: „Während der Zeit von 1952 bis 1960 führte Eduard Bischoff zehn ungewöhnlich umfangreiche Holzschnitte aus, die Ostpreußen darstellen, wie es im Herzen des Künstlers weiterlebt und sich im Laufe von fünfzehn Jahren im Exil zu Vorstellungen von symbolischer Kraft verdichtet hat. Das macht die Blätter so wertvoll, Weit reichen ihre Wurzeln zurück. Eindrücke aus dem Beginn seines Schaffens wirkten nach, Skizzen aus den Jahren 1926 bis 1945 von der Kurischen Nehrung, Masuren, Trakehnen, schließlich die Flucht aus der Heimat, wurden benutzt …

Sämtliche Holzschnitte stehen im Zeichen dieser Auseinandersetzung: auf der einen Seite überzeugender Wirklichkeitsgehalt, auf der anderen Vereinfachung der Konturen und Drücken des Gegenständlichen in die Fläche bis zur groß-dekorativen Wirkung. “

Der Künstler ließ der ersten Holzschnittfolge „Ostpreußen“ noch zwei weitere zu ebenfalls je zehn Motiven folgen und schloß die Arbeit 1965 ab. Das Werk fand nicht nur in Ostpreußenkreisen lebhaften Anklang. Die Nachfrage war schließlich so groß, dass es sich auch noch lohnte, Kunstpostkarten nach allen Blättern aufzulegen.

Bischoff fand als Kommentar zu seinem Holzschnittzyklus „Ostpreußen“ folgende Zeilen des Schweizerischen Dichters Conrad Ferdinand Meyer: „Was kann ich für die Heimat tun / bevor ich geh im Grave ruhn? / Was geb' ich, das dem Tod entflieht? / Vielleicht ein Wort, vielleicht ein Lied, / ein kleines stilles Leuchten!“ Bischoff schrieb dazu: „Nehmen wir an, dass die Holzschnitte das kleine, stille Leuchten bedeuten.“



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Ausstellung „Stadt ohne Gleichen“

Am Samstag, dem 18. März wird um 10 Uhr im Kulturzentrum Ostpreußen die Ausstellung „Tilsit – die Stadt ohne Gleichen“ eröffnet. Das Kulturzentrum befindet sich im Deutschordensschloß Ellingen. Die Ausstellung präsentiert auf 28 Tafeln die Geschichte Tilsits von ihren Anfängen bis zur Gegenwart mit einer Fülle von Informationen, Bildern und Karten. Es gibt Abhandlungen zur Ordensburg Tilse, zur Stadtgründung, zur Entwicklung im 17. und 18. Jahrhundert, zum Tilsiter Friedensschluss, zum Leben im 19. Jahrhundert und in der Zeit der beiden Weltkriege. Mehrere Tafeln schildern Tilsit als Handelszentrum, als Verkehrsknotenpunkt, als Industriestandort, als Garnisonsstadt. Dargestellt werden die Tilsiter Schulen, die Glaubensgemeinschaften und Gotteshäuser, die

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Ausverkauft

10. Ostdeutscher Winterball im Bonner Maritim-Hotel

Viele Jahre hatten die Ostpreußen den Winterball veranstaltet. Dann war er an den BdV übergegangen. Zum Jubiläum, dem 10. Ostdeutschen Winterball, hatten die im Bonner Bund der Vertriebenen (BdV) vereinigten Landsmannschaften, die Schlesier, Ostpreußen, Siebenbürger Sachsen, Sudeten, Pommern und Deutsch-Balten sowie die Deutschen aus Russland, alle ihre Mitglieder, Freunde und Interessierten in den Beethovensaal ins Bonner Maritim eingeladen. Das besondere: Erstmals wurde das Ereignis als Benefizball zu Gunsten der Kulturarbeit veranstaltet.

Wir sind „ausverkauft“ vermeldete gleich zu Beginn der Vorsitzende, Stephan Rauhut und begrüßte als Ehrengast die Bundestagsabgeordnete Claudia Lücking-Michel. Die schlesische Trachtengruppe „Der fröhliche Kreis“ unter der Leitung von Bernadette Glattki eröffnete die Veranstaltung und versetzte durch einen gemeinsamen Tanz alle Gäste in Schwung und gute Laune. Das weitere musikalische Abendprogramm gestalteten erstmals die „Oberschlesischen Jazzboys“. Auftritte des „Bonner Shanty-Chores“ und des singenden Tierarztes Dr. Alois Burkert belebten den Benefizball. Erstmalig wurden bei einem Buffet schlesische und ostdeutsche Spezialitäten wie „Schlesisches Himmelreich“ angeboten. Eine groß angelegte Tombola mit attraktiven Preisen, wie Reisen nach Brüssel und Berlin rundete das Programm ab. *Michael Ferber*



Winterball-Jubiläum im Beethoven-Saal des Maritim-Hotels: Festlich, schwungvoll und mit gut gelaunten Gästen
Bild: Manfred Göttlicher

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Königin-Luise-Brücke und die Tilsiter Denkmäler.

Zum Programm gehört auch ein Vortrag über den Tilsiter Dichter Johannes Bobrowski, dessen Geburtstag sich zum hundertsten Mal jährt. Den Vortrag „Ein ostpreußischer Dichter im geteilten Deutschland“ hält Dr. Jörg Bernhard Bilk.

Schultreffen Realgymnasium

Unser nächstes Schultreffen findet im Mai in Berlin statt! Trotz – oder vielleicht auch gerade wegen (naturgegebener) ständig sinkender Schülerzahl haben wir uns noch einmal zu einem Schultreffen entschlossen. Und nun hoffen wir auf eine rege Teilnahme – auch wenn es manchem von Euch bestimmt schon sehr schwer fällt. Berlin wählten wir, weil die Anreise dann für die meisten nicht so weit ist. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit jedem von Euch! Bitte kommt so zahlreich wie Ihr könnt! Das Schultreffen findet in der Zeit vom 19. (Freitag) bis 22. Mai (Montag = Abreisetag) in Berlin statt. Dazu haben wir uns das Abacus-Tierpark-Hotel in Berlin-Friedrichsfelde ausgesucht. Wie gewohnt, beginnt das Treffen am Freitag um 15.30 Uhr mit dem gemeinsamen Kaffeetrinken in dem für uns reservierten Salon Flora und endet am Montag nach dem Frühstück. Geplant sind eine Dampferfahrt durch Berlin, Besuch des Tierparks und viel gemeinsames Plachandern.

Die genaue Adresse unseres Vier-SterneHotels lautet: Abacus-Tierpark-Hotel, Franz-Mett-Straße 3-9, 10319 Berlin. Reservierung unter: Telefon (030) 5162333, Fax: (030) 5162444, E-Mail: reservation@abacus-hotel.de.

Anmeldungen können ab sofort mit dem Stichwort: SRT beim Hotel vorgenommen werden. Ein Kontingent der Zimmer ist für uns reserviert. Bitte meldet Euch möglichst bis zum 30. März an. Gebuchte Zimmer können bei Krankheit bis zu 48 Stunden vorher (also bis zum 17. Mai) kostenlos storniert werden. Die Zimmerpreise pro Nacht einschließlich Frühstück betragen für ein Doppelzimmer 102 Euro, für ein Einzelzimmer 79 Euro. Die Zimmer stehen ab 15 Uhr zur Verfügung, bei Abreise bis 12 Uhr. Die Hotelparkplätze sind kostenlos.

Die Tagesplanung sieht zurzeit so aus: Freitag: Ankunft in Berlin, um 15.30 gemeinsames Kaffeetrinken sowie später gemeinsames Abendessen. Sonnabend: Besichtigung des Tierparks, abends gemeinsames Abendessen. Sonntag: Dampferfahrt, abends gemeinsames Abendessen. Montag: allgemeine Heimreise.

Weitere Details werden noch besprochen, Wünsche können berücksichtigt werden. Wir bitten um rechtzeitige Zimmerbuchung! Wenn wir wissen, wie viele von Euch in etwa kommen werden, können wir die übrigen Details besser und schneller arrangieren. Auch ist Berlin ein stark frequentiertes Touristenziel. Andere Besucher könnten uns zuvorkommen! Eine weitere Bitte an Euch: Wer ohne Zimmerbuchung am Schultreffen teilnimmt, teile das bitte mit an Telefon (0331) 617583 (Gerhard und Renate Pfiel) Für Spenden zur Deckung unserer Auslagen für die Schulgemeinschaft sind wir immer sehr dankbar. Bankverbindung: Pfiel, SRT-Schulgemeinschaft, Postbank München IBAN: DE16 7001 0080 0164 110809, BIC: PBNKDEFF.

Klaus-Jürgen Rausch, Gerhard Pfiel, Sprecher der Schulgemeinschaft

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Dienstag 21. März, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Stammtisch.

Reutlingen – Sonnabend, 11. März, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a, Reutlingen: Jahreshauptversammlung, Nach dem formellen Teil blickt Hans Peter Jermann in einem Bildvortrag auf 2016 zurück. Mit einem gemeinsamen Essen – schwäbische Maultaschen mit Kartoffelsalat – soll die Versammlung ausklingen. Für das Essen ist eine Anmeldung nötig: Ilse Hunger, Telefon (07121) 52541.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 8. März, 14.30 Uhr, St. Barbara, Am Schloßberg: Nach einer gemütlichen Kaffeetafel steht die Poesie im Mittelpunkt. Drei Gedichten, die sich mit Verlust der Heimat beschäftigen, werden sich die Teilnehmer widmen: „Was ist meine Heimat“ von Ermina Olfers-Batocki, „Heimweh“ von Traute Görg-Zaggarus und „Nur nachts im Traum“ von Tamara Ehlert.





Zwei Vorträge in Duisburg

Duisburg – Sonnabend, 25. März, ab 9.30 Uhr, vormaliges „Museum Stadt Königsberg“, Johannes-Corputius-Platz 1, Eingang Karmelplatz 5, 47051 Duisburg: Der Vorstand der Prussia, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens lädt zur jährlichen Mitgliederversammlung sowie zu zwei Vorträgen ein. Die Teilnahme ist kostenfrei, Gäste sind willkommen.

Ab 9.30 Uhr sowie in der Pause besteht die Möglichkeit, das Patenschaftsbüro der Stadtgemeinschaft Königsberg mit einem Bücherstand aufzusuchen sowie Neuerscheinungen aus der Prussia-Schriftenreihe einzusehen. Um 10 Uhr Begrüßung und Einführung in die Veranstaltung. Anschließend wird Dr. Manuel Ruoff zum Thema „Reichseinigung 1871“ referieren. Erläutert werden Zusammenhänge, Ziele und Risiken der Einigung unter preußischer Führung und das deutscher sowie aus Sicht der Nachbarstaaten.

Zwischen 13 bis 14 Uhr ist ein Gedankenaustausch bei einem kleinen Imbiss vorgesehen. Danach wird Frau Dr. Bärbel Beutner zum Thema „Umgang mit der deutschen Geschichte am Beispiel von Agnes Miegel“ referieren. Den Kern des Vortrags bildet das literarische Schaffen von Agnes Miegel mit seiner ausgeprägten Heimatbindung zu Ostpreußen.

Im Anschluss an die Vorträge besteht die Möglichkeit zur Aussprache. Die Veranstaltung endet gegen 15 Uhr.

Im Anschluss besteht die Möglichkeit, die Ausstellung „Litauen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Utopie 1991-2017“ zu besuchen und an einer Führung mit dem Kurator teilzunehmen. Werke von jungen litauischen Malern geben dem Besucher ungewöhnliche Einblicke in einen sich im Wandel befindenden Teil Europas.

Weitere Informationen: unter www.prussia-gesellschaft.de, Fragen an prussia.gesellschaft@googlemail.com

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Seinen 90. Geburtstag feiert am Sonntag, dem 5. März, Helmut Starosta, 95032 Hof, Wilhelm-Busch-Straße 10, im Kreis seiner Familie. Er wurde 1927 im westpreußischen Marienburg geboren. Nach Gymnasium, Arbeitsdienst und Luftwaffe nahm er als Fahnenjunker im zweiten Weltkrieg an den Endkämpfen an der Oder und in Berlin teil. Dabei wurde er zweimal verwundet.



Wird am Sonntag 90 Jahre alt: der ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende Helmut Starosta Bild: privat

Nach Lazarett und Gefangenschaft fand Helmut Starosta in Bayern seine neue Heimat. Er studierte und absolvierte eine kaufmännische Ausbildung. In den letzten 26 Jahren seines Berufslebens leitete er als Bezirksleiter das Verkaufsbüro der Firma „Jägermeister AG, Wolfenbüttel“ in Oberfranken.

Bereits kurz nach Kriegsende nahm er Verbindung mit der Marienburger Familie der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen auf. Von 1982 bis 1999 war Helmut Starosta Bezirksvorsitzender der Ost- und Westpreußen in Oberfranken und von 1994 bis 1998 stellvertretender Landesvorsitzender in Bayern. Ab 1983 fungierte er als Bezirksvorsitzender des Bundes der Vertriebenen für Oberfranken. 1989 wurde er zum Verbindungsmann für Sonderaufgaben des BdV Bayern für Sachsen ernannt und leistete dort Aufbauhilfe. Nach seiner aktiven Zeit in der Vertriebenenarbeit wurde er zum Ehrenbezirksvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen Oberfranken ernannt.

Für sein großes ehrenamtliches Engagement für seine Heimat wurde Helmut Starosta vielfach ausgezeichnet. Er erhielt 1987 das silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Westpreußen, 1988 die Goldene Ehrennadel des Bundes der Vertriebenen, 1990 das Landesehrenzeichen Bayern, 1993 die Westpreußen-Spange in Silber und 2000 das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen. Außerdem bekam Helmut Starosta im Juli 2003 die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Bei deren Verleihung bedankte sich der Oberbürgermeister der Stadt Hof Harald Fichtner für sein stetiges Engagement für eine Ostdeutsche Heimatstube in Hof. Dieser Traum ging mit der Erweiterung des Museums „Bayerisches Vogtland“ durch die Abteilung „Flucht und Vertreibung“ in Erfüllung. Deren Einweihung am 27. Januar 2012 sieht Helmut Starosta als Höhepunkt seines Lebens an. Am 10. Juli 2013 wurden Christl und Helmut Starosta für diese Arbeit durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung durch den Kulturpreis 2013 geehrt.

Zeit seines Lebens war Helmut Starosta aber auch ein begeisterter Sportler. Im fortgeschrittenen Alter richtete er seinen Trainingseifer auf die Disziplinen des Deutschen Sportabzeichens. Seit 1988 gilt er als Sportabzeichen-König, bis 2016 legte er die Prüfungen für 92 Sportabzeichen ab. Seine höchste sportliche Auszeichnung ist die „Deutsche Sportkrone in Gold mit Brillanten.“ Für seine Verdienste als Übungsleiter für zwei Seniorensportgruppen erhielt er vom Post- und Telekom-Sportverein Hof die Verdienstnadeln in Silber und Gold. 2014 folgte die „Ehrennadel in Gold mit Kranz“ und 2015 die „Ehrennadel in Bronze“ für besondere Verdienste um den Sport.

Auch im gehobenen Alter nimmt er weiter aktiv am Leben teil. Große Unterstützung erfährt er durch seine Frau Christl und seine Familie.

Ansbach – Sonnabend, 18. März: Landeskulturtagung im Kulturzentrum Ellingen,

Bamberg – Mittwoch, 15. März, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen mit einem Vortrag zum Thema „Bilder zur Osterliturgie“.

Buchen – Donnerstag, 9. März, 14.30 Uhr: Gemütlicher Nachmittag in einer Hütte mit Kaffeetafel, Liedern und einem literarischen Beitrag: Die Gutsbesitzertochter, E. Klawitter erzählt in liebenswert-treffender Weise über ihre Mädchenjahre in Masuren. Abfahrt in Buchen ist um 14 Uhr. Weitere Informationen unter Telefon (06281) 8137.

München – Freitag, 10. März, 14 Uhr, Haus des deutschen Ostens, Lilienberg 5: Zusammenkunft der Frauengruppe,

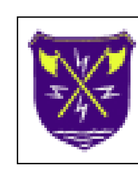


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr



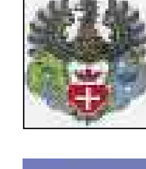
Frauengruppe – Mittwoch, 8. März, 13:30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Treffen zum Thema „Wir freuen uns auf den Frühling“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsames Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404



Rastenburg – Freitag, 24. März, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemeinsames Treffen, Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 18 88 26.



Königsberg – Dienstag, 21. März, 14 Uhr, Johann-Georg- Stuben, Johann-Georg-Straße Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange Telefon (030) 4944404

BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremerhaven – Krankheitsbedingt muss die Jahreshauptversammlung auf den 24. März (14.30 Uhr) verschoben werden. Alle Veranstaltungen finden wie immer im Barlachhaus statt.

Informationen: Wolfgang Paul, Telefon (0471) 86176.

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Donnerstag, 30. März, 14 Uhr, Saal, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Delegiertenversammlung der Landesgruppe. Im Anschluss findet die Sitzung des Kulturreferates statt.

KREISGRUPPEN



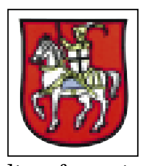
Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

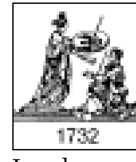
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



Königsberg-Stadt – Mittwoch, 15. März, 12.30 (Einlass: 12 Uhr), Café Harmonie, Alsterdorfer Straße 579, Hamburg-Ohlsdorf: Traditionelles Königsberger-Klopse-Essen. Im laufe des nachmittages wird Kaffee und Kuchen serviert. Außerdem wird ein kleines Programm ausgearbeitet. Anmeldung bis zum 10. März bei Brigitte Reimer, Telefon (040) 873495 oder Christel Neumann, Telefon (040) 6720489.



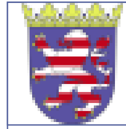
Osterode – Sonnabend, 25. März, 14 Uhr, Restaurant Riebling, Fuhlsbütteler Straße 755: Frühlingsfest mit gemeinsamer Kaffeetafel. Mit Liedern und Geschichten soll der herannahende Frühling begrüßt werden. Das Restaurant liegt direkt am Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbütteler Straße.



Salzburger Verein – Sonnabend, 4. März, 13 Uhr, Hotel „St. Raphael", Adenauerallee 41: Treffen der Landesgruppe Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen mit folgendem Programm:

Vortrag: „Der Salzburger Hof- und Kammerzwerg Franz von Meichelböck"

Vortrag: „Konzept und Baugeschichte des Berliner Stadtschlosses". Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wetzlar – Montag, 13. März, 18.30 Uhr, Restaurant „Grillstuben", Stoppelberger Hohl 128: „Was Essen zum Genuss macht" ist das Thema beim Treffen der Kreisgruppe. Dazu spricht die Kulturbeauftragte der ost- und westpreußischen Landsmannschaft in Hessen, Karla Weyland. Zum Programm gehört auch ein Grützwurstessen, das es gegen Vorbestellung gibt. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.



Wetzlar: Karla Weyland weiß am 13. März, was „Essen zum Genuss macht" Bild: Rühl

Wiesbaden – Donnerstag. 9. März, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte bis 3. März bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 84 49 38 anmelden. Anfahrt: Über die ESWE-Busverbindung Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße. – Dienstag, 14. März, 14.30 Uhr, Wappensaal. Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe zum Thema „Das Märchen von den deutschen Flüssen". Gäste sind herzlich willkommen. – Sonnabend, 18. März, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: „Königsberg in neuem Gewand" – Bildervortrag von Dieter Schetat über die Veränderungen in Ostpreußens früherer Hauptstadt. Außerdem auf dem Programm; die Orte Labiau, Tapiau, Rauschen, Palmnicken und die „Alte Deutsche Schule Waldwinkel" im gleichnamigen Dorf nordöstlich von Labiau.



Mecklenburg-Vorpommern: Eine Dia-Show über Ostpreußen lockte 200 Besucher ins Bürgerhaus von Güstrow Bild: privat



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgrupe – Bei vorfrühlingshaften Temperaturen kamen am 18. Februar etwa 200 Ostpreußen und Interessenten im Bürgerhaus Güstrow zusammen, mehr als vor einem Jahr. Eingeladen hatte die Landesgruppe der Ostpreußen, die anhand ihrer Kartei über viele Anschriften verfügt. Auch die örtliche Presse und der NDR brachten freundliche Ankündigungen. Die Gastronomie war auf den Ansturm besser vorbereitet als vor einem Jahr, aber es mussten wieder Stühle und Tische herbeigeschafft werden. Der Landesvorsitzende, Manfred Schukat aus Anklam, eröffnete den Nachmittag mit einem Rückblick auf das Landestreffen 2016 in Neubrandenburg sowie die Aktion Weihnachtspäckchen für Ostpreußen im Advent und dankte den vielen kleinen und großen Spendern. In der Vorausschau warb Schukat für das Große Frühlingstreffen am 11. März in Anklam sowie das Landestreffen M-V in Schwerin am 23. September, wo das 25-jährige Bestehen der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern feierlich begangen werden soll.

In einem einstündigen Vortrag zeigte Friedhelm Schülke aus Anklam mit einem Digital-Projektor (Beamer) über 400 seiner schönsten Aufnahmen des letzten Jahres aus ganz Ostpreußen sowie vom Landestreffen in Neubrandenburg und der Weihnachtspäckchenaktion. Es ist gar nicht möglich, jede Stadt zu zeigen, geschweige denn jeden Ort. Deshalb nannte der Referent Ostpreußen ein „Land der Begegnungen" mit einer wechselvollen Geschichte, immer noch in Resten vorhandenen Kultur, einer nach wie vor wunderschönen Natur und vor allem den heute dort lebenden Menschen – ob den letzten Deutschen, die in der Heimat verblieben sind, oder den vielen aufgeschlossenen Litauern, Russen und Polen, welche die Besucher in der Heimat willkommen heißen und jedes Jahr neu erwarten. Die Zuschauer sahen Bilder aus dem Oberland, dem Ermland, Masuren, dem Königsberger Gebiet mit der Kurischen Nehrung und besonders aus dem Memelland. Neben manchen erschütternden Aufnahmen gab es auch viel Schönes zu zeigen, so dass der Referent für dieses Wiedersehen mit der Heimat in Wort und Bild reichlich Applaus erhielt. Viele Landsleute können aus Altersgründen nicht mehr nach Ostpreußen fahren, haben aber die Heimat im Herzen behalten, was einmal mehr der gute Besuch dieses Treffens zeigte.

Friedhelm Schülke

Agnes-Miegel-Tage

Live-Musik, eine Lesung und spannende Vorträge bieten die diesjährigen Agnes-Miegel-Tage am Freitag, 10. und Sonnabend, 11. März im niedersächsischen Bad Nenndorf. Veranstaltet von der Agnes Miegel-Gesellschaft, treffen sich die Freunde der berühmten ostpreußischen Dichterin im Hotel Hannover (Telefon 05723/7920. Buchenallee 1). Das Programm:

Freitag, 10. März

16 Uhr: „Integrationsleistungen von Frauen im Werk Agnes Miegels" – Vortrag von Dr. Bärbel Beutner (Unna)

17 Uhr: „... dass der Glaube meiner reformierten Väter auch meiner wird" – Vortrag von Dr. Marianne Kopp (Stadtbergen) über Agnes Miegels Auseinandersetzung mit ihrer Konfession

Sonnabend, 11. März

10 Uhr: Mitgliederversammlung (Einlass ab 9.30 Uhr), anschließend: Lieder zum Mitsingen mit Udo Kassebeer (Varrel)

Mittagspause

14.15 Uhr: Gedenken an Agnes Miegels Grab

15 Uhr: „Königsberger Konversionen – die Hohenzollern als Ordensritter, Lutheraner, Calvinisten" – Vortrag von Professor Andreas Lindner (Erfurt)

Kaffeepause

16:30 Uhr: Dr. Hajo Buch liest Agnes Miegels Erzählung „Die gute Ernte" über Martin Luthers Tochter Margarete, die nach Ostpreußen heiratete.

Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei (Spenden erbeten). Für die musikalische Unterhaltung sorgt die Compagnia Allegra mit ihren Renaissanceinstrumenten.



NIEDERSACHSEN

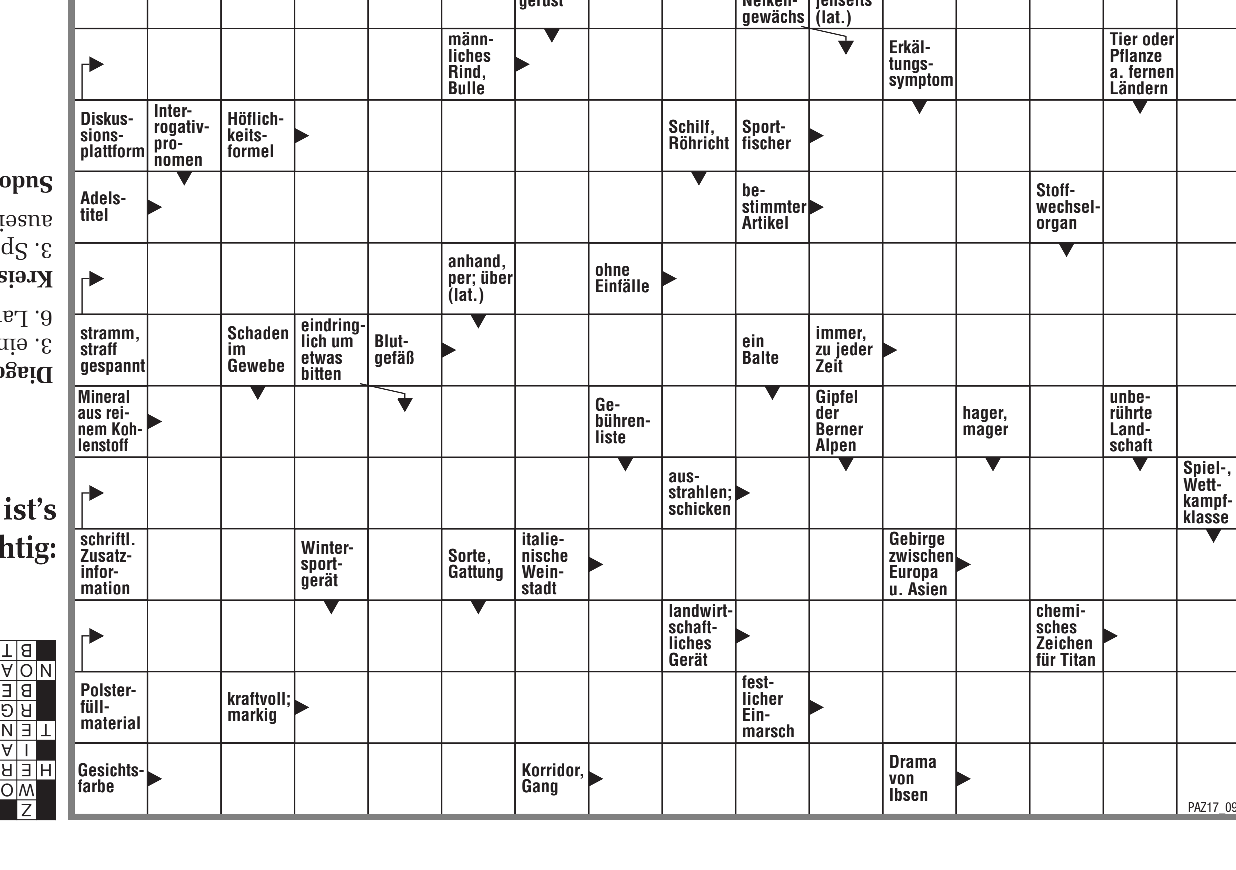
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 9. März, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen.

Osnabrück – Dienstag, 7. März, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Sonnabend, 11. März, Parkhotel: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen. Anmeldung bis Mittwoch, 1. März bei Else Tober, Telefon 13993614 oder bei Barbara Kleine, Telefon 74282. – Freitag, 17. März, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43; Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 9. März, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen der Gruppe wird Dr. Hans-Walter Butschke aus Lemgo einen Vortrag zum Thema „Von Ostbrandenburg nach Lippe: Die Geschichte meine Familie" halten. Interessierte Gäste aus Nah und Fern sind zusammen mit

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. dubios, 2. Dallas, 3. einmal, 4. Equipe, 5. selten, 6. Laurel – Daniel, Samuel

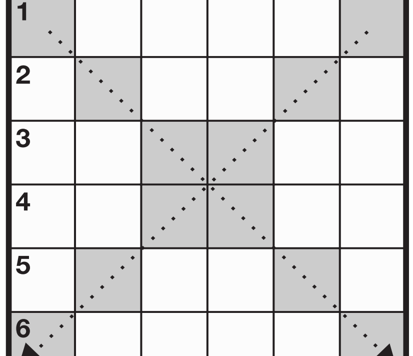
Kreiskette: 1. Straus, 2. Spiess, 3. Spinat, 4. Tandem, 5. Anrede – auseinander

Sudoku:

Sudoku

	5		6		4		1	
2			5		9			4
		3				9		
	9	2				1	8	
			8		3			
	1	8				3	5	
		9				2		
1			3		5			8
	3		7		6		9	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

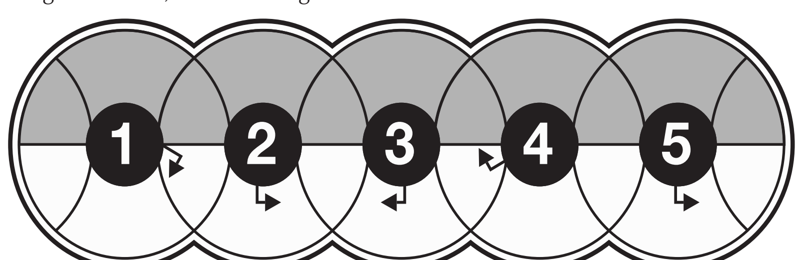
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Propheten.

1 unsicher, zweifelhaft
2 Stadt in Texas (USA)
3 nicht öfter
4 Reitermannschaft
5 rar, nicht häufig
6 engl.-amerik. Filmkomiker (Stan)

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für abgesondert, getrennt.

1 österr. Operettenkomponist (Oscar), **2** Lanze, Speer, **3** Blattgemüse, **4** zweisitziges Fahrrad, **5** Titulierung



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es unter Telefon (05751) 53 86 oder über E-Mail: rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Die diesjährige Frühjahrs-Delegierten-, Kultur- und Frauentagung der Landesgruppe findet am 18. März 2017 wieder in Oberhausen statt. Beginn: 10 Uhr. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen. Wahlen stehen an! Wir haben wieder ein interessantes Programm zusammengestellt. Sehr erfreut sind wir, dass die Broschüren „Die Deutschen in Polen 1918 – 1939“, „Danzig und Ostpreußen zwei Kriegsanlässe 1939“ und „Deutschland, Polen und England“ großes Interesse finden. Wir möchten es nicht versäumen, auch Ihnen diese Broschüre ans Herz zu legen. Sie werden auch auf unserer Tagung zu erwerben sein.

Bielefeld – Donnerstag, 23. März, 15 Uhr, 2. Stock, Geschäftsstelle, Wilhelmstraße 1b, 33602 Bielefeld: Jahreshauptversammlung.

Bonn – Dienstag, 7. März, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen. Der Abend wird traditionsgemäß mit einem Königsberger-Klopse-Essen begonnen. – Donnerstag, 16. März, 19 Uhr, Volkshochschule Bonn, Mühlheimer Platz 1: „500 Jahre Reformation – Auf den Spuren Luthers von Thüringen nach Ost-Europa“ – Dia-Vortrag von der Bild-Journalistin Janne Neumann.

Dortmund – Montag, 20. März, 14:30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Die LO-Kreisgruppe trifft sich zur monatlichen Zusammenkunft.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Freitag, 10. März, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarck-straße 62: Stammtisch. – Donnerstag, 16. März, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Dienstag, 7. März, 19 Uhr, „Raissa Orlova-Kopeleva – Eine Frau zwischen Russland und Rheinland“ – Vortrag von Natascha Janovskaja.

Essen – Freitag, 17. März, 15 Uhr: Gemeinsames Treffen.

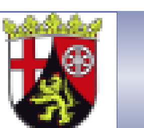
Gütersloh – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Lippe – Mittwoch, 15. März, Kleiner Festsaal. Stadthalle Detmold: Frühjahrsveranstaltung.

Neuss – Sonntag, 5. März, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl und Grütz-wurstessen – Jeder zweite Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe. – Ostdeutsche Heimatstube in Neuss, Oberstraße 17: Die Heimatstube ist in der Regel am ersten und letzten Donnerstag im Monat von 15 bis 18 Uhr geöffnet.

Witten – Montag, 20. März, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: Martin Luther und sein Wirken. Außerdem ist der Film „Thüringen von oben“ zu sehen,

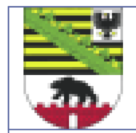




RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

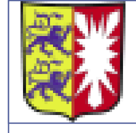
Mainz – Sonnabend, 11. März. 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: „Ostpreußens Küste“ – Filmvorführung. Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16: Gelegenheit zum Kartenspielen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 10. März, 16 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singekreis. – Sonntag, 12. März, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Treffen zum Thema „Viel Arbeit in der Heimat, nicht nur auf dem Lande“. – Dienstag, 14. März, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg – Dienstag, 14. März, 15 Uhr, Haus am Stadtpark: Der Uhrmachermeister Thomas Pohl aus Wulfen spricht über sein filigranes Handwerk. Gäste sind herzlich willkommen.

– Bericht –

Der Vorsitzende der Gruppe Burg Jochen Gawehns konnte auf der diesjährigen Jahresversammlung zahlreiche Mitglieder im „Haus im Stadtpark“ begrüßen sowie den Landesvorsitzenden und Kulturreferenten Edmund Ferner und die Vorsitzenden des Heimat- und Museumsvereins Fehmarn.

Wie der Vorsitzende mitteilte, konnte er auf ein arbeitsreiches Jahr zurückblicken, ebenso die Leiterin der monatlichen Treffen, die Kulturreferentin Ina Naujok. Sie teilte mit, dass 255 Personen an den Nachmittagen teilgenommen haben. In ihrem Bericht erwähnte sie auch die Gratulationsbesuche, die zu ihrem Aufgabenbereich gehören. Schatzmeisterin Sigrid Pieper bestätigte dem Verein eine gesunde Kassenlage, die von Karin Klatt und Hella Jördens geprüft wurde. Ihr Antrag auf Entlastung der Schatzmeisterin und des Vorstandes wurde einstimmig genehmigt.

Der Landesvorsitzende Edmund Ferner überbrachte Grüße vom Landesverband. Er ging auf die Ziele der Landsmannschaften ein, das kulturelle Erbe Ostpreußens zu bewahren. Schriftführerin Brigitte Christensen stellte den diesjährigen Ausflug vor, der nach Rehna (Klosterbesichtigung), Schwerin (Altstadtführung) und Schloß Wiligrad geht. Danach wurde ein kleiner Imbiss gereicht und mit dem Ostpreußenlied die Veranstaltung geschlossen.

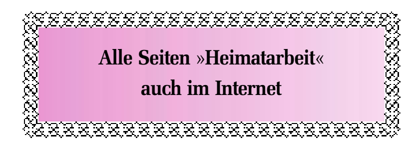
Brigitte Christensen

Flensburg – Mittwoch 15. März, 15 Uhr, TSB-Heim: Kaffeetafel im TSB-Heim mit anschließender Jahreshauptversammlung der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg. Die Einladung folgt per Verteiler und Post. Anmeldung bitte stets eine Woche zuvor an Hannelore und Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816.

Neumünster – Mittwoch, 8. März, 15 Uhr, Stadthalle Kleinflecken: Jahreshauptversammlung mit heiteren Schabberchens danach.

Uetersen – Freitag, 10. März, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: „Wenn es alleine nicht mehr geht“ – Sven Brüggemann, Leiter des Seniorenheimes „Haus am See“ stellt seine Einrichtung vor.

Pinneberg – Donnerstag, 9. März, 16 Uhr, Restaurant „Mondea“, Mühlenstraße 70D: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen. Anschließend gemeinsames Essen.



Film ab!

Kulturseminar – noch wenige Plätze frei

Vom 28. bis 30. April findet das Kulturseminar zum Thema „Die Darstellung von Flüchtlingsschicksalen im deutschen Spielfilm nach 1945“ in der Politischen Bildungsstätte in Helmstedt statt. Nach einem kurzen Einführungsvortrag von Evelyn Hampicke vom Bundesarchiv werden unterschiedliche Interpretationen der ostpreußischen Thematik gegeneinandergestellt.

Gezeigt wird der zweite deutsche Spielfilm der Nachkriegszeit „Freies Land“, ein authentischer Bericht über das Schicksal von Flüchtlingen in einem Dorf in der Westprignitz (Mark Brandenburg). Welche Schwierigkeiten beim Aufeinandertreffen einer Gruppe „Umsiedler“ auf eine alteingesessene Dorfgemeinschaft entstehen, schildert das Regiedebüt von Artur Pohl „Die Brücke“. In „Ännchen von Tharau“ verlegt der Regisseur Wolfgang Schlief mit einer überzeugenden Ilse Werner in der Hauptrolle die fiktive Handlung des populären Volkslieds in die Nachkriegszeit. Im Gegensatz dazu basiert der Spielfilm „Mamitschka“ über den nachkriegsdeutschen Alltag von Vertriebenen auf einer Reportage des „Stern“. „Suchkind 312“ ist die Verfilmung eines „Hörzu“-Fortsetzungsromans aus dem Jahr 1955 und sorgte schon damals wegen



1955 ein Kinoschlager: Suchkind 312 Bild: LO

seiner zu Herzen gehenden Geschichte für Aufregung bei den Lesern. Ganz ursprünglich wird es dann wieder in Teil 1 von „Schlösser und Katen“, der die gesellschaftliche Nachkriegsentwicklung der DDR auf dem Lande mit der Bodenreform aus dem Jahre 1945 thematisiert.

Die Seminargebühr beträgt 80 Euro bei Unterbringung in einem Zweibettzimmer. Anmeldeunterlagen erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Hanna Frahm, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: frahm@ostpreussen.de.

Auf nach Anklam!

Das große Frühlingstreffen der Ostpreußen

Am Sonnabend, dem 11. März, findet von 10 bis 17 Uhr in der Mehrzweckhalle „Volkshaus“. Anklam, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum/Nähe Markt) das Große Frühlingstreffen statt. Es ist der Auftakt für ein Jubiläumsjahr, denn die Landesgruppe in Mecklenburg-Vorpommern feiert ihr 25-jähriges Bestehen. Dazu sind alle Landsleute von nah und fern mit Angehörigen und Interessenten herzlich eingeladen. Eigens zu diesem Anlass nimmt auch der russische Kant-Chor Gumbinnen die weite Anreise aus dem Königsberger Gebiet auf sich. Musikalisch wird das Heimattreffen von der Blaskapelle Redefin schwungvoll umrahmt. Am Nachmittag tritt das Mecklenburg-Pommeraner Folkore-Ensemble Ribnitz-Damgarten mit echten ostpreußischen Volkstänzen auf. Wie immer ist für Königsberger Klopse, Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher, Landkarten und genügend Parkplätze gesorgt. Erwartet werden 600 Besucher. *Manfred Schukat*



Fragen und Antworten zum LO-Jahrestreffen in Neuss

Im Zusammenhang mit dem Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) am 13. Mai 2017 in der Stadthalle Neuss erreichen die Bundesgeschäftsstelle verstärkt Fragen zum Ablauf der Veranstaltung. Nachfolgend möchten wir die am häufigsten gestellten Fragen beantworten.

Warum gibt es keine Deutschlandtreffen der Ostpreußen mehr?

Trotz des guten Zuspruchs beim Deutschlandtreffen in Kassel 2014 sind die Teilnehmerzahlen bei den Bundestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen rückläufig. Die Zahl der Besucher hat sich in den letzten 20 Jahren um Dreiviertel reduziert. Viele Ostpreußen sind nicht mehr in der Lage, die Strapazen einer langen Reise und eines zweitägigen Treffens auf sich zu nehmen. Hinzu kommt, dass wegen des hohen Kostenaufwandes – die Landsmannschaft Ostpreußen erhält für die Treffen keine öffentlichen Zuschüsse – die Deutschlandtreffen nur alle drei Jahre stattgefunden haben. Vor diesem Hintergrund sind der Bundesvorstand und die Ostpreußische Landesvertretung zu der Überzeugung gekommen, dass es sinnvoller ist, ab 2017 in kürzeren Abständen dezentrale Treffen an wechselnden Orten durchzuführen.

Worin unterscheidet sich das Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Neuss von den Deutschlandtreffen der Ostpreußen?

Es handelt sich bei dem Jahrestreffen um eine eintägige Veranstaltung. Ein Treffen der Heimatkreise ist nicht geplant. Daher ist auch keine Reservierung von Plätzen für die Kreisgemeinschaften in der Stadthalle vorgesehen. Einzelne Kreisgemeinschaften, Landesgruppen und Einrichtungen werden ihre Arbeit an einem Ausstellerstand im Foyer präsentieren. Im Eingangsfoyer findet auch die gastronomische Versorgung der Teilnehmer statt und werden Kulturausstellungen präsentiert. Wegen der begrenzten Platzkapazitäten gibt es keine gewerblichen Aussteller wie Reiseveranstalter, Buchhändler oder Bernsteinverkäufer.

Was erwartet die Besucher konkret in Neuss?

Das Jahrestreffen beginnt am Sonnabendmorgen mit einer Kranzniederlegung am nur wenige Meter von der Stadthalle entfernten Gedenkstein „Vergesst den deutschen Osten-nicht“. Es folgt in der Stadthalle die Festveranstaltung mit Fahneneinmarsch und mit der Ansprache des Sprechers Stephan Grigat. Nach der Mittagspause mit kostenfreier Gulaschsuppe wird es ein kurzweiliges Kulturprogramm mit dem Sänger Bern-Stein, dem Schauspieler Herbert Tennigkeit, der Volkstanzgruppe Saga aus Bartenstein und der DJO-Spielschar „Klingende Windrose“ geben. Die Festveranstaltung wird musikalisch vom Musikverein Holzheim umrahmt.

Warum können Eintrittskarten nur im Vorverkauf und nicht an den Tageskassen erworben werden?

Der große Saal der Stadthalle Neuss bietet bei einer Bankettbestuhlung maximal 900 Personen Platz. Um eine Überfüllung der Veranstaltung zu vermeiden und die gastronomische Versorgung der Teilnehmer planen zu können, werden Karten ausschließlich im Kartenvorverkauf angeboten. Nur so kann verhindert werden, dass Teilnehmer wegen Überfüllung der Veranstaltung in Neuss vor verschlossener Tür stehen.

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an die: Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Sebastian Husen, Telefon (040) 414008-23, husen@ostpreussen.de.

Kartenvorverkauf:

Eintrittskarten zum Preis von zehn Euro pro Stück, zuzüglich einem Euro Versandkostenpauschale erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Christiane Rinser-Schrut, Telefon (040) 414008-0, Fax (040) 414008-50, E-Mail: rinser@ostpreussen.de.

Martin Schulz' Glaubwürdigkeit

Zu: Schock für CDU (Nr. 6)

Als Kanzler-Kandidat wurde jetzt Martin Schulz von seiner Partei und vielen Medien wie ein Popstar gefeiert, auch weil er sagte, es gehe darum, Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu verdienen, Aufrichtigkeit und Gerechtigkeit zu fordern und Steueroasen zu schließen. Er wurde 2014 für nur zwei Jahre EU-Parlamentspräsident, weigerte sich dann, den Platz abzugeben – war das glaubwürdig und vertrauensvoll?

Obwohl er abwesend war, erschlich er sich im März und April 2014 in Brüssel Tagungsgelder sowie 2004 Sitzungsgelder, war das aufrichtig? Er findet, dass es hier keine Gerechtigkeit gibt, obwohl doch seine Partei seit Jahren in 13 Bundesländern sowie in der „Groko" im Bund regiert und dafür hätte sorgen können. Schulz will eine Reichensteuer einführen, aber ausgerechnet er boykottierte die Aufklärung der Luxemburger Steuerschlupflöcher für internationale Konzerne. Übrigens gehörte er als EU-Parlamentschef mit monatlich 28000 Euro zu den hochbezahlten politischen Eliten.

Für ihn sind „Flüchtlinge wertvoller als Gold", aber die EU-Länder, davon allein 13 sozialdemokratisch regiert, konnte er nicht zu einer fairen Flüchtlingsverteilung bewegen. Er kritisiert Trump wegen dessen geplanten Mexiko-Mauerbaus, aber im EU-Staat Spanien gibt es schon lange einen 30-Millionen-Euro-Festungszaun gegen Afrika, weitere EU-Staaten errichten jetzt Grenzmauern.

Schulz ist für eine Eurobonds-EU-Schuldenvergemeinschaftung, was uns Unsummen kosten würde, befürwortete auch TTIP. Er will anderen Meinungen mit Respekt begegnen, aber seine bisherigen SPDler, die zusammen mit Ex-Wählern der CDU und Grünen nach demokratischen Stimmabgabeverfahren zur AfD abwanderten, bezeichnet er als „Rattenfänger".

Um Kanzler zu werden, neigt Schulz dazu, mit den Grünen sowie Linken zu koalieren. Soll da etwa der skandalhafte rot-rot-grüne Berliner Senat Vorbild sein?

Hans-Jürgen Herwig

Erfolg über TTIP

Zu: TTIP

Die *PAZ* hat im letzten Jahr gemeinsam mit uns dafür gekämpft, die amerikanische Wirtschaftvorherrschaft mittels der TTIP-Geheimverträge aufzudecken, zu debattieren und die Bevölkerung darüber aufzuklären. Dies hat dazu beigetragen, dass sich eine Mehrheit in Deutschland gegen diese Geheimpolitik der EU und der Globalkonzerne gebildet hat. Hätte dieser politische Widerstand nicht bestanden, wäre TTIP längst abgeschlossen worden. So konnte es verzögert werden, bis jetzt der neue Präsident der USA auch seinerseits diese Pläne ablehnt und endgültig scheitern lässt.

Unabhängig von der wirtschaftlichen Diskussion über Vor- und Nachteile von TTIP war das Verfahren der Geheimverträge, ohne Parlamente durch EU-Funktionäre und Konzernvertreter eine Dauerherrschaft der Wirtschaft über die Parlamente zu schaffen, so gefährlich, dass dem einfach widersprochen werden musste. Dazu haben Sie erheblich beigetragen. Dafür danken wir Ihnen und wünschen uns gemeinsam, dass wir diese undemokratische Aktion verzögert und schließlich gestoppt haben.

Prof. Dr. Eberhard Hamer

Afrika sollte Hilfe zur Selbsthilfe geleistet werden

Zu: Marshall-Plan für Afrika (Nr. 4)

Es ist bemerkenswert, was der Bundesentwicklungshilfeminister Gerd Müller hier vorhat. Wichtig hierbei ist aber zum Beispiel auch, Afrika zu helfen, eine eigene Nahrungsmittelproduktion aufzubauen. Es führt zu nichts, wenn wir billige Agrarprodukte nach Afrika liefern. Dann wird Afrika nur gefüttert. Diese Billigexporte zerstören die lokale Landwirtschaft. Der Import dieser billigen Ware macht die dortigen Bauern arm, weil ihre eigenen, traditionellen Produkte wie zum Beispiel Hirse oder Sorghum nicht mehr konkurrenzfähig sind.

In Afrika arbeiten durchschnittlich etwa 75 Prozent der Menschen als Landwirte. Ihnen nimmt man also jegliche Chance, ihre eigenen Waren zu verkaufen. Das ist nicht neu. Es fehlt aber der Wille, wirklich etwas dagegen zu tun. Eine Chance für deutsche Unternehmen könnten Exporte sein, die Afrika dabei helfen, im Agrarsektor effizienter zu werden.

Auch der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff hat vor einigen Wochen vor Teilnehmern eines Landwirtschaftskongresses, zu dem der große US-Agrarkonzern Agco eingeladen hatte, davon gesprochen, „für die Länder des afrikanischen Kontinents sei eine Art Marshall-Plan nötig". Staatsmännisch und souverän soll er aufgetreten sein. Garniert hat er das mit Sprüchen wie zum Beispiel: „Wir müssen in der Zusammenarbeit viel partnerschaftlicher und freundlicher werden, oder die Probleme Afrikas sind auch die Europas."

Weiter hat er vor dem Publikum im Berliner Adlon Hotel erklärt, dass unter anderem Armut ein Hauptgrund dafür sei, dass immer mehr Menschen sich auf den Weg in den Norden machten, auf der Suche nach einem besseren Leben. Weiter sagte er, dass er Deutschland in der Verantwortung sehe, hier eine führende Rolle zu übernehmen. Beim Publikum, darunter führende Politiker und Manager aus verschiedenen afrikanischen Ländern, kommen solche Sätze natürlich gut an. Ob Herr Wulff allerdings als Vermittler zwischen Deutschland/Europa und Afrika der richtige Mann ist? Verfolgt man die Medien zu seinem Auftritt, war seine Rede kurz und vage. Will Herr Wulff sich diesem wichtigen Thema wirklich ernsthaft widmen, oder will er lediglich mit Auftritten dieser Art im politischen Leben wieder Fuß fassen?

Heinz-Peter Kröske



Europäische Kritik an der vom US-Präsidenten Donald Trump geplanten Mauer zu Mexiko würde glaubhafter klingen, wenn es an der Außengrenze der EU nicht ähnlich aufwändige Anlagen zum selben Zwecke gäbe: Mit Stacheldraht gesicherter Grenzzaun zwischen der spanischen Exklave in Afrika Ceuta und Marokko

Bild: pa

Den Griechen mangelt es an nichts

Zu: Kurz vor der Schulden-Explosion (Nr. 6)

Vergangenes Jahr sind mein Mann und ich zweimal in Griechenland gewesen. Wir leben in Antalya und haben einen Ausflug nach Chios gemacht und einen weiteren nach Rhodos. Weder da noch dort konnten wir feststellen, dass es den Griechen an irgendwas mangelt. Sie sitzen schon morgens vor ihren Häusern oder in den zahlreichen Cafés und palavern bis zum Mittag, um anschließend Siesta zu machen, damit sie am Abend ab 20 Uhr wieder für die Nacht fit sind, um zu essen und zu trinken, zu tanzen, zu singen und zu feiern. Alles schon einmal erlebt vor zwei Jahren auf Zypern während eines vierwöchigen Aufenthalts. Es hat sich rein gar nichts verändert, außer der Verachtung uns gegenüber. Wie kann dieser Irrsinn gestoppt werden?

Annegret Kümpel, Antalya/Türkei

Mann und Frau haben ihre klassische Rolle verloren

Zu: Spürhund der Zeitenwende (Nr. 4)

Den Absatz über die Gleichberechtigung der Frauen als Gender-Manie zu bezeichnen und im darauffolgenden Absatz als Fehlentwicklung, kann ich nicht so stehen lassen. Die klassische Familie hat sich auch nur für einige wenige gutsituierte Frauen als Wohlfahrtsunternehmen erwiesen, während besonders die Frauen, die nicht auf eigenen Füßen stehen, oft genug für unerträgliche Knechtschaft ausgenutzt werden. Die klassische Familie stützt sich nur und ausschließlich auf das Wohl des Mannes, die Frauen spielen dabei eine untergeordnete Rolle.

Die Frauen haben die Gleichbehandlung mehr als verdient mit dem, was sie in der Gesellschaft und Familie leisten müssen. Nur die Umsetzung ist nicht selten ein Kampf der Geschlechter. Warum denn fühlt sich Mann schon wieder benachteiligt? Fehlt es an Ideen und Vorschlägen, wie man etwas ändern kann, damit beide Seiten zufrieden sein können? Ich kann nur das Buch „Einspruch!" von Norbert Blüm empfehlen, in dem er schildert, wie Frauen in der Zwickmühle stehen, um den ständigen Forderungen der Politik zu genügen.

Von Fortschritt oder gar Gleichberechtigung kann wohl auf der ganzen Linie ebenso keine Rede sein wie von gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Frauen werden in der Familienplanung völlig alleine gelassen. Und die Kinder kommen ja auch vom lieben Gott. Nur, der kann sie nicht ernähren. So hat nicht nur der Mann die klassische Rolle als Familienoberhaupt und Ernährer verloren, sondern auch die Frau. Kinder sind die Leidtragenden in dieser Schlammschlacht und deswegen sollte das Kinderkriegen wohl überlegt sein bei sieben Milliarden Menschen auf der begrenzten Erde!

Gudrun Piel

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Jede Menge »rollendes Gold«

Die Bremen Classic Motorshow 2017 präsentierte 1000 Old- und Youngtimer – Fahrspaß statt Nullzinsen: Klassiker als Geldanlage

Reizüberflutung. Dieser Eindruck überkommt den Oldtimerfan ganz unwillkürlich, wenn er zum ersten Mal die Bremen Classic Motorshow besucht. Überall blitzt und glänzt es und das in acht Hallen auf insgesamt knapp 47 000 Quadratmetern Ausstellungsfläche. Ob die drei Öffnungstage wohl ausreichen werden, um jedes der rund 1000 ausgestellten Fahrzeuge genügend zu bewundern? Nun, schon ein Tag würde ausreichen, aber man kann auch problemlos alle drei Tage auf der Messe verbringen, ohne sich auch nur eine Minute zu langweilen.

Die Bremer Messe im Februar ist seit 15 Jahren der Auftakt für die Oldtimersaison in Deutschland. Dann wissen die Klassikerfahrer, dass es Zeit ist, ihre Schätze langsam aus dem Winterschlaf zu holen, damit sie fahrbereit sind, wenn sich endlich die Frühlingssonne durchgesetzt hat. Für die Klassikerfans ist die Veranstaltung ein wahres Dorado – zumindest für die aus dem Norden. Laut der Besucherbefragung nimmt knapp die Hälfte der Besucher eine Anreise von über 100 Kilometern auf sich, rund zehn Prozent reisen mehr als 300 Kilometer an.



Foto: Messe Bremen/Jan Rathke

Besucherrekord: Exakt 45 557 Oldtimerfans füllten die acht Messehallen

Ob von nah oder fern, die rund 660 Aussteller aus zwölf Nationen sorgen dafür, dass jedem Oldtimerliebhaber etwas geboten wird. Das gilt gleichermaßen für den Besitzer eines Klassikers, der hier nach dem langgesuchten Ersatzteil sucht, wie für denjenigen, der zum Einstieg in das Oldtimerhobby Ausschau nach einem günstigen Exemplar hält, oder für den Interessenten, für den ein Oldtimer nicht nur ein Liebhaberobjekt, sondern auch eine lukrative Geldanlage ist. Diejenigen, die einfach nur Freude am Anblick schöner Zwei- und Vierräder haben, kommen auf der Bremer Messe ohnehin voll auf ihre Kosten.

Ob mit in Ehren erworbener Patina oder wie aus dem Ei gepellt – Schönheiten sind sie alle und Klassiker auch. Aber damit sind sie nicht auch alle automatisch Oldtimer. Die Frage, wie der Begriff des Oldtimers genau zu definieren ist, sorgt selbst in der Fachwelt für Diskussionsstoff. Wie gut, dass es den fürsorglichen Vater Staat gibt, denn der gibt darauf eine Antwort, verankert in der Fahrzeugzulassungsverordnung: „Oldtimer sind Fahrzeuge, die vor mindestens 30 Jahren erstmals in Verkehr gekommen sind, weitestgehend dem Originalzustand entsprechen, in einem guten Erhaltungszustand sind und zur Pflege des kraftfahrzeugtechnischen Kulturgutes dienen.“ Ergo bekommt nicht jedes Fahrzeug, das seinen 30. Geburtstag erlebt hat, das begehrte, 1997 eingeführte H-Kennzeichen, das den Zugang zu einem günstigen Steuersatz und niedrigen Versicherungsbeiträgen ermöglicht. Dafür muss es der Sachverständige wegen seines technischen und historischen Wertes für bewahrenswert halten. Das heißt: Rollende Schrotthaufen, verbaute oder mit nicht zeitgenössischen Teilen versehene Fahrzeuge haben keine Chance. Dieser Definition hat sich auch der Oldtimer-Weltverband FIVA angeschlossen, mit der Ergänzung, dass die Nutzung des Fahrzeugs nicht auf täglichen Transport ausgerichtet ist. Den letzten Punkt machen auch die Versicherer zur Voraussetzung für den Abschluss einer Oldtimerversicherung.

Neben dem Oldtimer gibt es unter den Klassikern noch den Youngtimer, eine Wortschöpfung, die übrigens nicht dem englischen Sprachraum, sondern der Phantasie deutscher Denglisch-Akrobaten entstammt. Auch die Youngtimer sind, von unverwüstlichen Vertretern wie der Mercedes-Baureihe W 124 einmal abgesehen, fast aus dem Straßenbild verschwunden, müssen sie doch mindestens 20 Jahre alt sein. Hier gibt es keine gesetzlichen Vorgaben, doch haben sich in der Praxis weitere Kriterien für die Einstufung als Youngtimer herausgebildet. Laut ADAC soll ein Youngtimer ein intensiv gewartetes und gepflegtes, gut erhaltenes und in der Regel nur in der Freizeit genutztes Liebhaberfahrzeug sein. Es soll für künftige Generationen bewahrt werden, mit dem Ziel, mit entsprechendem Alter den offiziellen Oldtimerstatus zu erhalten.



Hier findet jeder Klassiker einen Käufer: Die ultrarare Rostlaube…



…ebenso wie das toprestaurierte Millionenobjekt mit dem Stern

Ob Old oder Young, in Bremen sind alle Timer in Hülle und Fülle vertreten. An den Ständen, die wie exklusive Automobilmuseen anmuten, bilden sich schnell Menschentrauben, und auf die Exponate geht ein Blitzlichtgewitter nieder. Wann bekommt man schon mal einen Mercedes 300 SL für über eine Million Euro, eine Einzelanfertigung des ohnehin sehr seltenen Citroën SM oder die ganze Palette der Ponton-Modelle von Mercedes nebeneinander aufgereiht zu sehen.

Die Äußerung „der hat Potenzial“ ist in Bremen im doppelten Sinne zu hören. Damit ist zum einen gemeint, dass ein ausgestelltes, nicht mehr ganz taufrisches Fahrzeug zum Restaurationsobjekt taugt, und zum anderen, dass eine Baureihe auf dem Weg zum gesuchten und damit teuren Sammlerobjekt ist. „So einen hatte ich auch mal. Und was der jetzt wert ist. Hätte ich den bloß behalten“, ist nicht selten zu hören. Dieser Seufzer bezieht sich nicht nur auf Luxuskarossen, Raritäten und Kultmobile, sondern auch auf sogenannte „Butter und Brot“-Modelle. Vor wenigen Jahren noch als gewöhnliche Gebrauchte billig gehandelt, wurden sie achtlos im Alltag verschlissen. Die Überlebenden ziehen dementsprechend im Preis an. „Jetzt kaufen, billiger werden die nicht“, rät ein Händler mehreren Besuchern, die eifrig darüber diskutieren, ob man einen profanen VW Passat Baujahr 1987 für 5600 Euro kaufen sollte. „Wenn sie ein annähernd mängelfreies Exemplar finden, schlagen Sie zu. Die haben Potenzial, liegen in ein paar Jahren auch im fünfstelligen Bereich.“

Tatsächlich kennt die allgemeine Preisentwicklung bei Klassikern seit Jahren nur noch eine Richtung: steil nach oben. Die stetig steigende Nachfrage macht es möglich. Nach einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach haben 4,4 Millionen Pkw-Fahrer Interesse an der Anschaffung eines Oldtimers. Und immer mehr erfüllen sich diesen Wunsch. Seit 2001 ist der Bestand an Fahrzeugen mit H-Kennzeichen nach Angaben des Verbandes der Automobilindustrie von 64 500 über 165 000 im Jahre 2008 auf 351 000 im Jahre 2015 kontinuierlich angewachsen – Tendenz steigend. Am häufigsten bei den H-Pkw sind deutsche Marken vertreten, wobei der VW Käfer mit knapp 31 000 zugelassenen Exemplaren unangefochten die Rangliste anführt. Ihm folgen mit rund 15 600 Zulassungen die E-Klasse der Baureihe W 123 von Mercedes-Benz und die SL-Cabrios der Baureihe W 107 mit gut 10 300 Exemplaren. Stark im Kommen ist der VW Golf. Mit einem Plus von 50,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr schaffte er es im Jahre 2015 erstmals unter die ersten Zehn der am häufigsten zugelassenen Oldtimer.



Wertzuwachs: Vor wenigen Jahren noch normale Gebrauchte, heute schon gesuchte Sammlerobjekte

Bilder (3): C.H.

In Zeiten, in denen klassische Anlageformen kaum noch Erträge bringen, werden Oldtimer auch als Geldanlage interessant. Im Mittel haben sie eine Wertsteigerung von knapp zehn Prozent. Besonders hoch ist der Zuwachs bei Edelkarossen und Sportwagen bestimmter Hersteller. Vorausgesetzt, es handelt sich um ein gepflegtes Fahrzeug mit nur leichten Gebrauchsspuren oder um ein einwandfrei restauriertes Exemplar. So müssen auch Fahrzeuge, die für Preise im höheren sechsstelligen Bereich angeboten werden, selten lange auf einen Käufer warten. Denn verglichen mit einem Tagegeldkonto bietet ein Klassiker wenigstens Rendite und darüber hinaus jede Menge Fahrspaß und ein sinnliches Erlebnis.

Der erwähnten Allensbach-Studie zufolge freuen sich 53 Prozent aller Deutschen, wenn sie auf der Straße einen Oldtimer fahren sehen. So ist es tatsächlich. Wer einen Oldtimer fährt, zaubert ein Lächeln in das Gesicht seiner Mitmenschen. Es gibt aber auch Momente, in denen der Oldtimerfahrer selbst beseelt lächelt. Das ist immer dann der Fall, wenn er sein Wunschauto oder das seltene, aber dringend benötigte Ersatz- oder Zubehörteil findet. So gibt es in Bremen nicht nur bei den Autohändlern, sondern auch an den zahllosen Zubehör- und Ersatzteilständen viele glückliche Gesichter. Wie das der Käferfahrerin aus Hamburg. Seit einem Jahr sucht sie zwei zueinander passende Außenspiegel für ihr 55 Jahre altes Cabrio, ist aber weder bei den einschlägigen Anbietern noch im Internet fündig geworden. Nun ist es ausgerechnet ein Händler aus ihrer Heimatstadt, der ihren Wunsch erfüllen kann: „Die besorgen wir Ihnen.“

Wer sich für einen Klassiker im eher unteren Preissegment interessiert, besucht die mit 245 Exponaten komplett ausgebuchte private Fahrzeugbörse im Messe-Parkhaus. Hier geht das Angebot quer durch den Garten, was sowohl die Marken als auch die Baujahre und Preise betrifft. Während in den Hallen fast alle Exponate in tadellosem Zustand sind, hat an manchen der hier angebotenen Fahrzeuge schon der Zahn der Zeit genagt. Immerhin, bei denen sieht man wenigstens, woran man ist. Haben sie „Potenzial“ und stimmt der Preis, gehen sie auch problemlos weg. Für einwandfreie Fahrzeuge gilt das sowieso. Ein Problem sind die für den Verkauf aufgehübschten Autos, bei denen man nicht sehen kann, was sich unter Spachtel und Lack verbirgt. „Sieht aus wie neu, so einen suche ich schon lange“, meint ein Besucher jenseits der 50 verzückt beim Anblick eines Mercedes 280 SE Baujahr 1976. „Nee, irgendwas stimmt da nicht“, bremst ihn ein anderer. „Guck mal die unsauberen Spaltmaße.“ Ein Dritter, offensichtlich versiert im Oldtimerkauf, holt Taschenlampe und Lackschichtdickenmesser hervor. „Überlakkiert. Und das noch nicht mal gut. Finger weg, auch wenn er günstig ist.“ Aus der Traum von der antiken S-Klasse. Andere dagegen sind sichtlich beglückt, dass sie sich hier ihren automobilen Traum erfüllen konnten.

Auch wenn vierrädrige Klassiker die Bremen Classic Motorshow dominieren, kommen hier die Liebhaber alter Motorräder ebenfalls auf ihre Kosten. Ihrem Hobby ist die Halle 1 samt privater Verkaufsbörse gewidmet. Ein besonderes Schmankerl ist die Sonderschau „Vom Jedermann zum Weltmeister“. Darin dreht sich alles um die 1984 untergegangene Marke Zündapp, deren Maschinen noch vor wenigen Jahren nicht von Deutschlands Straßen wegzudenken waren. Beim Anblick der 19 ausgestellten Maschinen packt so manchen Besucher die wehmütige Erinnerung an seine Jugendzeit.

Einen wahren Augenschmaus bietet auch die Werkschau „Die Schatzkammer von Karmann“. Hier kommen nicht nur die Freunde des Karmann Ghia und des Käfer Cabriolets auf ihre Kosten. Insgesamt 13 Raritäten aus der nur zum Teil öffentlich zugänglichen Sammlung der Osnabrücker Karosserieschmiede, darunter Prototypen und Designstudien, dokumentieren auf der Sonderfläche deren vielfältiges Wirken, das seit 2010 leider Geschichte ist.

In den vergangenen Jahren hat sich eine rege Club-Szene entwickelt, die von einigen traditionsbewussten Herstellern gezielt gefördert wird. Wie vielfältig die Szene ist, kann man bei den Clubpräsentationen sehen, für die eine ganze Halle zur Verfügung steht. Nach Schätzungen des ADAC gibt es in Deutschland rund 3000 Oldtimer-, Youngtimer- und Markenclubs, von denen sich hier naturgemäß nur die wichtigsten dem Publikum vorstellen können. Und nach Stunden – oder sogar Tagen – überwältigender Eindrücke in den acht Hallen und drum herum und solchermaßen in seiner Liebe zum „rollenden Gold“ beflügelt, tritt so mancher Old- oder Youngtimerfahrer zum Abschluss seines Besuches in Bremen noch schnell „seinem“ Club bei und fährt zufrieden nach Hause.

Jan Heitmann

Spannendes Zeugnis

Als sowjetischer Botschafter zwischen Churchill und Stalin

Churchill sprang auf und begann hektisch den Raum zu durchmessen. ‚Ich bin ganz und gar für Krieg bis zur Entscheidung. Hitler muss vernichtet werden. Soll Deutschland doch bolschewistisch werden. Besser Kommunismus als Nazismus‘.“ Iwan Maiski, sowjetischer Botschafter in London, hat diese Szene vom 6. Oktober 1939 in seinem Tagebuch festgehalten. Es ist nur eine von unzähligen anderen mit dem britischen Premier, dazu ähnliche Auftritte bei anderen Spitzenpolitikern. Direkter kann man Politik kaum erleben.

Iwan Michailowitsch Maiski (1884–1975) war von 1932 bis 1943 sowjetischer Botschafter in London. Es waren Jahre eines bewegten Auf und Ab in den bilateralen Beziehungen. Maiski hat über diese Zeit penibel Tagebuch geführt; es blieb erhalten und lag Jahrzehnte in Moskauer Gewahrsam. Der britische Historiker Gabriel Gorodetsky hatte das umfangreiche Konvolut vor einigen Jahren entdeckt und mit russischer Hilfe ausgewertet und veröffentlicht. Die dreibändige Edition vor zwei Jahren in den USA war eine Sensation. Nun ist eine einbändige Auswahl auf Deutsch erschienen, ergänzt um informierende Zwischentexte des Herausgebers.

Mag die Reaktion in den USA auch etwas überschwänglich sein (das historische Geschehen ist ja hinlänglich bekannt), ein spannendes Zeitzeugnis sind diese Tagebücher allemal. Maiski war ein hochgebildeter und versierter Diplomat, der sich in jungen Jahren den Menschewiki angeschlossen hatte, nach der Oktoberrevolution zu den Bolschewisten gewechselt war und im Moskauer Außenamt rasch aufstieg. In London pflegte er persönliche Kontakte zu allen politischen Lagern. Über die Moskauer Direktiven hinaus offerierte er in Gesprächen mit Premierministern (Chamberlain, Churchill), Außenministern (Halifax, Eden) und einflussreichen Vertretern aus Wirtschaft und Presse immer wieder eigene Gedanken und Vorstellungen. Das war angesichts des ständigen Argwohns in Moskau, wie Maiski wusste, nicht ungefährlich. Den stalinistischen Säuberungen ab 1936 fielen mehrere Botschaftsangehörige zum Opfer. Maiski blieb wohl nur wegen seiner langen Freundschaft mit Außenminister Litwinow unbehelligt.

Auch Maiski wurde Opfer des Regimes

Die dramatischsten Passagen stammen aus den Kriegsjahren. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 war Maiski in London nahezu zum Paria geworden; mit Hitlers Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wurde schlagartig alles anders. Von einem Tag auf den anderen schlossen beide Länder ein Militärbündnis. Maiski hatte alle Hände voll zu tun, zwischen dem impulsiven Churchill und dem stets misstrauischen Stalin ein Vertrauensverhältnis zu schaffen. Immer wieder drängte er, oft undiplomatisch heftig, zur Entlastung der Roten Armee auf eine zweite Front im Westen. Diese wurde ihm schon für 1942 versprochen, dann für 1943, schließlich kam sie erst im Juni 1944 mit der Landung der Alliierten in der Normandie.

Zu diesem Zeitpunkt war Maiski schon nicht mehr in London. Im Herbst 1943 wurde er abberufen und in Moskau auf unbedeutende Posten abgeschoben, was den selbstbewussten, auch eitlen Mann schwer traf. Nur auf der Konferenz von Jalta konnte er sich als Stalins Dolmetscher noch einmal im Kreis der Großen sonnen. Wenige Jahre später kam es ganz schlimm: Am 19. Februar 1953 wurde er wegen „Hochverrats“ verhaftet; vermutlich rettete ihm nur Stalins plötzlicher Tod zwei Wochen später das Leben. Aber es folgten zermürbende Verhöre und zwei Jahre Einzelhaft. Als er 1960 halbherzig rehabilitiert wurde, war die Zeit großer Politik für ihn endgültig vorbei.

Maiski war nicht, wie man in Moskau argwöhnte, vom „Bazillus der westlichen Bourgeoisie“ befallen. Im Gegenteil, er blieb auch in London überzeugter Kommunist. Im Oktober 1939 glossierte er die „imperialistischen Widersprüche innerhalb des absterbenden kapitalistischen Systems“. Und im Mai 1940 notierte er: „Wir werden Zeugen des Niedergangs der großen kapitalistischen Zivilisation, eines Niedergangs, der sich in seiner Bedeutung mit dem Untergang des Römischen Reiches vergleichen lässt.“

Maiski ist ein makabres Beispiel mehr dafür, wie das kommunistische Regime stets treueste Anhänger verschlungen hat. *Dirk Klose*

***Gabriel Gorodetsky (Hg.): „Die Maiski-Tagebücher. Ein Diplomat im Kampf gegen Hitler 1932–1943“**, C.H. Beck Verlag, München 2016, gebunden, 928 Seiten, 36 Euro*



Experten sehen schwarz

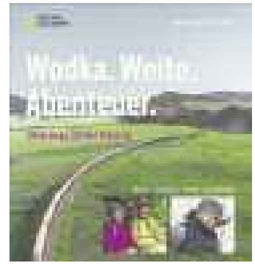
Wenig optimistische Blicke

„Nur wer die Risiken kennt, kann richtig handeln“, meint Eberhard Hamer, der zu den führenden Mittelstandsforschern hierzulande zählt. Deshalb initiierte er ein Projekt, in dessen Verlauf über 30 Experten nach Antworten auf brennende Zukunftsfragen suchten. Heraus kam das Buch „Visionen 2050. Wohin steuern wir?“ voller Prognosen für die nächsten Jahrzehnte.

Diese sehen folgendermaßen aus: Die Sicherung der Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen scheine im Wesentlichen gesichert, obwohl die Zahl der Menschen auf der Erde bis 2050 auf 9,6 Milliarden anwachsen werde. Dagegen stehe dem Wirtschafts- und Finanzsystem ein Zusammenbruch samt anschließendem Neuaufbau bevor, mit weitreichenden Konsequenzen für die Sozialsysteme. Auf technologischem Gebiet komme es zu bedeutsamen Weiterentwicklungen – Details ließen sich noch nicht benennen. Das Bildungssystem kranke wie die Gesellschaft insgesamt daran, dass man traditionelle Werte aufgebe, ohne über geeigneten Ersatz zu verfügen. Internationale Netzwerke könnten die Volkssouveränität weiter aushöhlen und den Nationalgedanken endgültig obsolet machen. Die Europäische Union werde aufgrund starker Zentrifugalkräfte eine Zerreißprobe sondergleichen erleben, wohingegen die militärische Bedrohung Europas und damit auch Deutschlands relativ gering ausfallen dürfte – die größte Gefahr gehe wohl von Cyberangriffen und der Migrationswaffe aus. Überhaupt: die Masseneinwanderung! Wenn etwas geeignet sei, die Gesellschaft auf Dauer zu destabilisieren, dann dieses Phänomen.

Das klingt alles wenig erfreulich, aber durchaus plausibel, wobei sich der Überraschungseffekt für einen aufmerksamen Beobachter des Zeitgeschehens doch ziemlich in Grenzen hält. *W. Kaufmann*

***Eberhard Hamer (Hg.): „Visionen 2050. Wohin steuern wir? Trends und Prognosen für Deutschland und Europa“**, Kopp Verlag, Rottenburg 2016, gebunden, 288 Seiten, 19,95 Euro*



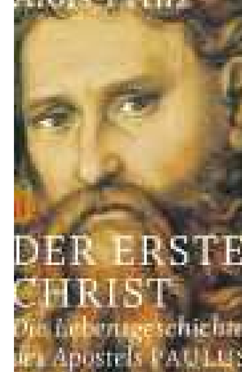
Traum Transsib

Holger Fritzsche auf Reise

Eine Fahrt mit der Transsibirischen Eisenbahn zählt zu den Traumreisen, die sich die meisten, wenn überhaupt, nur einmal im Leben leisten. Einer, der das Abenteuer „Transsib“ auf sich genommen hat, ist der Fotograf Holger Fritzsche, der 2015 die 9288 Kilometer lange Bahnstrecke zurücklegte. Seine Eindrücke und Begegnungen mit den unterschiedlichsten Menschen, Sehenswürdigkeiten und traumhafter Natur teilt er in dem Bildband „Wodka. Weite. Abenteuer.“ allen Interessierten mit.

Neben dem Reiseverlauf entlang weiter menschenleerer Zonen mit unterschiedlicher Vegetation, durch sieben Zeitzonen hindurch, erzählt Fritzsche von Menschen, denen er begegnet ist, wie der Zugbegleiterin Natalja bis zu „wilden Kerlen“ in Sibirien. Obwohl heutzutage die Luxusklasse der Transsib allen Komfort bietet, reiste der Autor in der einfachsten, um einen Einblick in das Leben der normalen Russen zu erhalten. Beim traditionellen Tee mit Marmelade und viel Wodka brauchte er nicht lange auf Kontakte zu warten. Neben atemberaubenden Aufnahmen erfährt der Leser auch Historisches zum Bau der längsten Eisenbahnstrecke der Welt, über Extremsport am Baikalsee, über Schamanen und vieles mehr. Ein Augenschmaus für alle Eisenbahnromantiker. *MRK*

***Holger Fritzsche: „Wodka. Weite. Abenteuer.“**, National Geographic Buchverlag, München 2017, gebunden, 240 Seiten, 49,99 Euro*



Ein dogmatischer Christ

Alois Prinz verfolgt in seiner Biografie über den Apostel Paulus dessen Wege

Der Flughafen im südmazedonischen Ohrid, „balkanisches Jerusalem“, ist nach Apostel „Pavle“ benannt – Erinnerung daran, dass 49 n. Chr. Paulus erste europäische Schritte in Mazedonien tat und dass dieses in der Bibel häufiger als Griechenland erwähnt ist. Details in Prinz’, 1958 geborener Literaturwissenschaftler, Buch über „Apostel Paulus“, den er im Text der Amtsanmaßung bezichtigt:

„Paulus sah sich als Apostel. Dabei war es ein ungeschriebenes Gesetz, dass nur der ein Apostel sein konnte, der den Herrn noch gekannt hatte.“ „Herr“ war Jesus, und im Verhältnis zu ihm entwickelt Prinz Paulus’ Wesen und Wirken: „Jesus hat nichts Schriftliches hinterlassen“, während Paulus’ Schriften, Briefe und Aussagen weite Teile des Neuen Testaments füllten. Jesus bewegte sich in ländlichen Regionen, wo er mit einfachen Menschen in einfacher Sprache redete, Paulus lebte in urbanen Zentren und maß sich mit dogmatisch und rhetorisch perfekten Gegnern. Jesus stand für Sanftmut und Duldung, Paulus redete Klartext in „gepfefferten Briefen“. Wobei ihm manche seiner grimmigsten Sentenzen, etwa dass Frauen in der Kirche schweigen sollten, später „untergejubelt“ worden seien, was auch seine „mehr als fünfzig Mitarbeiter“, alle „namentlich bekannt“, nicht hätten verhindern können. Der Christenhasser Saulus wurde 32 n. Chr. durch eine Offenbarung zu Jesu Herold – in einer Rundum-Totalität, dass Prinz’ Buchtitel vom „ersten Christen“ vollauf berechtigt ist.

Rhetorisch geübt im Umgang mit Gegnern

Prinz kennt „seine“ Bibel, setzt bei Lesern biblisches Allgemeinwissen voraus. Und er füllt allgegenwärtige Lücken mit Detailkenntnissen: Wie sahen antike Städte aus? Wie verlief eine jüdische Beschneidung? Wie oft wurde „Christus“ (Gesalbter) mit dem Sklavennamen „Chrestos“ (Nützlicher) verwechselt? Wie verliefen Auspeitschungen und Steinigungen, die Paulus schmerzhaft erlebte? Dabei war er römischer Bürger, was ihm oft das Leben rettete.

60 n. Chr. sah der „Römer“ Paulus erstmals Rom, 62 kam er bei den Christenverfolgungen unter Nero ums Leben. Unsterblich bleibt er in jedem Fall – als Verkünder der Auferstehung nach Christi Beispiel („Tod, wo ist dein Sieg?“), als Inkarnation der allzeit gültigen Gleichung: „In Kulturen mit einem christlichen Erbe ist der Fortschrittsgedanke besonders lebhaft.“ Wer das prüfen wolle, stoße stets „auf den Namen Paulus“. *Wolf Oschlies*

***Alois Prinz: „Der erste Christ. Die Lebensgeschichte des Apostels Paulus“**, Insel Verlag, Berlin 2016, broschiert, 251 Seiten, 10 Euro*



Zukunftsprojektionen, die keine sind

Sammelband von Klimaexperten nährt die Mär von der »Klimakatastrophe« – Nicht geeignet für breite Lesermassen

Alles, was in der Klimaexperten-Szene Rang und Namen hat, war an dem Buch „Klimawandel in Deutschland“ beteiligt. Das Buch macht dem Unwort des Jahres alle Ehre. Es ist „postfaktisch“. Ihm fehlt das Fundament. Vom Anfang bis zum Ende bewegen sich alle Betrachtungen jenseits aller Realität. Sein Fundament sind Spekulationen, die von theoretischen Modellvorstellungen abgeleitet sind. Das Buch hat nicht den Ehrgeiz, mit Tatsachen zu punkten, es will indoktrinieren und manipulieren mit horrorartigen Zukunftsszenarien, um die von der Deutschen Physikalischen Gesellschaft im Januar 1986 ausgerufene „Warnung vor der drohenden Klimakatastrophe“ mit neuen Argumenten am „Leben“ zu erhalten.

Das Buch startet mit einer beredten Einführung. Geschrieben wurde es „für Leser mit einem Grundverständnis von klimarelevanten Fragen, die jedoch keine Spezialisten in den einzelnen Disziplinen sein müssen“. Speziell angesprochen werden „Fachleute aus der öffentlichen Verwaltung, der Politik und dem Wirtschaftsleben“. Sie sollen bedingungslos das glauben und konsumieren, was ihnen vorgesetzt wurde, um die Illusion von „Klimaschutz“ und den Fluss von Forschungsmitteln aufrechtzuerhalten. Die Höhe der Angstlatte für uns Bürger wird in enger Abstimmung mit der Politik festgelegt, um unsere Schuldgefühle nicht zu überfordern.

Das Buch ist in fünf Hauptkapitel mit zahlreichen Unterkapiteln gegliedert. Es beginnt mit der „Globalen Sicht des Klimawandels“, der „Geschichte der Klimamodellierung“, bis zu den „Projektionen des zukünftigen Klimas“. Nichts ist zu finden, was neu wäre und nicht schon x-fach geschrieben worden ist. Mit keinem Wort wird erwähnt, wie Klima definiert ist. Auch nicht, dass Klima vom Wetter abgeleitet und daher von ihm bestimmt wird. Solch ein Buch ist kein Fachbuch, mögen auch noch so viele „Klimaexperten“ daran mitgewirkt haben. Wenn auch Computermodelle als „die einzig verfügbaren Werkzeuge für belastbare Klimaprojektionen“ hingestellt werden, so hat man zwar den Begriff „Klimaprognosen“ vermieden, aber das Spiel mit verschiedenen Treibhaus-Szenarien macht die Projektionen nicht belastbarer. Ohne das Wissen um die Zukunft des Wetters sind selbst „belastbare Klimaprojektionen“ Aussagen ohne realen Wert.

Definition des Begriffs Klima fehlt

In dem Abschnitt „Klima und Klimawandel in Mitteleuropa“ findet sich eine Definition, die keine ist: „Unter dem Begriff Klima versteht man dabei die statistische Beschreibung der relevanten Klimaelemente.“ Das ist falsch!

Beobachtet werden an den Wetterstationen die verschiedenen Wetterelemente, aus denen erst nach statistischer Bearbeitung „Klimaelemente“ werden. Von keinerlei Aussagekraft ist der Satz: „In den Jahren von 1896 bis 1995 erwärmte sich Deutschland überwiegend statistisch signifikant.“ Kurz danach wird eine Arbeit zitiert, die besagt, dass „für den Zeitraum von 1901 bis 1999 die Homogenität von 94 Prozent der Temperaturreihen“ als „suspekt“ oder „zweifelhaft“ bewertet wurde. Welchen Eindruck will man mit dem Wort „signifikant“ erwecken? Wenn nicht einmal die Vergangenheit „belastbar“ beschrieben werden kann, was soll man von Zukunftsprojektionen halten, die nicht einmal den Anspruch von Prognosen haben?

Ein „Klops“ ist folgende Feststellung: „Deutschland ist im gegenwärtigen Klima durch regional unterschiedliche Windgeschwindigkeiten geprägt.“ Dafür braucht man nicht Experte zu sein. Es gibt nichts, woraus man nicht eine Gefahrensituation konstruieren kann, ob bei Hochwassern, Sturzfluten, Dürren, Waldbränden und „gravitativen Massenbewegungen“ wie Felsstürze, Muren, Rutschungen. Fazit? Die Zukunft sei unbekannt, aber sie werde immer schlimmer. Wer sich diesem von Ängsten getriebenen Pessimismus ergibt, der lebt schon ausweglos in der „Klimakatastrophe“, auch wenn diese per definitionem unmöglich ist. Das Buch ist nicht empfehlenswert, insbesondere nicht für Laien, Beamte, Politiker und Leute im Wirtschaftsleben. *Wolfgang Thüne*

***Guy P. Brasseur/Daniela Jacob/Susanne Schuck-Zöller: „Klimawandel in Deutschland – Entwick-lung, Folgen, Risiken und Perspektiven“**, Springer Spektrum, Heidelberg 2017, broschiert, 348 Seiten, 53,49 Euro*

MELDUNGEN

Holland prüft den Euro

Den Haag – Das niederländische Parlament hat eine Studie in Auftrag gegeben, welche die Vor- und Nachteile des Euro für das Nachbarland klären soll. Die Studie wird als Abfangmanöver gegen die Partei des Euro-Kritikers Geert Wilders gewertet. Am 15. März wählen die Niederländer ein neues Parlament. Wilders' Partei PVV liegt derzeit in Führung und könnte laut einer Umfrage 26 der 150 Mandate erringen. *H.H.*

Prag bietet EU die Stirn

Prag – Tschechiens Innenminister Milan Chonavec legt sich in der Frage privaten Waffenbesitzes mit der EU an. Brüssel will den Privatbesitz halbautomatischer Waffen verbieten. Chonavec kritisiert dies laut Wiener „Kronen Zeitung“, weil sich „die Sicherheitslage in Europa immer weiter verschlechtert“. Der Sozialdemokrat will die Waffenbesitzer per Verfassung zu „Garanten der Landessicherheit“ erklären und so die EU ausmanövrieren. *H.H.*

ZUR PERSON

Provokateur in türkischer Haft

Provokative und polemische Artikel über Gauck, Sarrazin und den Papst sowie überspitzte Darstellungen sind das Markenzeichen des „Welt“-Korrespondenten **Deniz Yücel**, der in der Türkei inhaftiert wurde (siehe Seite 1). Immer wieder musste sich die „Taz“, für die er jahrelang arbeitete, auch hierzulande für seine Kommentare rechtfertigen. Nun hat Yücel in der Türkei offenbar den Bogen überspannt. Kritische Berichte über die Kurdenfrage, den Putschversuch und Fragen zu Syrien hatten ihm immer wieder Ärger dort eingehandelt. Jetzt werden ihm Propaganda für eine terroristische Vereinigung, Datenmissbrauch und Aufwiegelung der Bevölkerung vorgeworfen. Die Untersuchungshaft kann bis zu fünf Jahre dauern. Die Anwältin und Menschenrechtlerin Seyran Ates sagte, Yücel habe wissen müssen, dass er „gegriffen“ würde. Seine doppelte Staatsbürgerschaft werde ihm nun zum Verhängnis, weil Deutschland „eigentlich nichts“ für ihn tun könne.



Das sehen linke Presse und Politiker anders. Die Partei „Die Linke“ hat eine Aktuelle Stunde für den Fall Yücel im Bundestag beantragt. Während Grünen-Politiker Omid Nouripour von der Bundesregierung ein entschiedeneres Auftreten gegenüber der Türkei forderte, will FDP-Parteichef Christian Lindner Auftritte des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdgoan in Deutschland absagen lassen. Wohl wissend, dass sie wenig bewirken können, und um gute Beziehungen zur Türkei bemüht, sprach Kanzlerin Angela Merkel von der Hoffnung, dass Ankara den „hohen Wert der Pressefreiheit“ im Fall Yücel berück-sichtige, ihr Vize Gabriel von einer „viel zu harten“ Entscheidung. Im Fall Böhmermann hat sich die Zurückhaltung der Bundesregierung ausgezahlt. Ob sie das im Fall Yücel auch wird? *MRK*



Nachbarschaftspflege

Die UNO klagt uns an

Warum Afrikaner uns Deutsche fürchten müssen, was ein guter Lobbyist drauf haben muss, und wovor unsere Millionäre fliehen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Es ist zum Totschämen. Mehrere Tage hat eine hochkarätig besetzte Expertenkommission der Vereinten Nationen in Deutschland verbracht, um sich ein Bild zu machen über das Ausmaß des Rassismus gegen Schwarze in unserem angeblich so toleranten Land. Das Ergebnis ist erschütternd!

Menschen afrikanischer Abstammung seien Rassismus und Beleidigungen hierzulande „täglich“ ausgesetzt, so die Gruppe, die aus einem philippinischen Jura-Professor, einer französischen Jura-Professorin und einem südafrikanischen Menschenrechtsexperten zusammengesetzt ist.

Wobei „ein Bild machen“ vielleicht nicht ganz stimmt, genauer müsste es heißen, die drei haben sich ein Bild malen lassen. Sie trafen sich nämlich mit Vertretern des Staates, von Nichtregierungsorganisationen und Sprechern der afrikanischen Gemeinschaft in Deutschland.

Tahir Della, Vorstandsmitglied der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD), wusste beispielsweise zu beklagen, dass Menschen afrikanischer Herkunft „immer wieder neu erklären müssen“, weshalb sie in Deutschland lebten und ob sie hier bleiben wollten, wie die „Welt“ berichtet. Mit anderen Worten: Die Leute werden behandelt wie ein Oberbayer in der Lüneburger Heide, ungeheuerlich.

Es wird aber noch viel schlimmer: Vor allem afrikanische Männer hätten an einigen Orten große Angst, wegen ihrer Hautfarbe attackiert zu werden. Außerdem gebe es Straßennamen wie die Berliner Mohrenstraße, was rassistisch und beleidigend sei. Solche Straßen solle man stattdessen nach „Helden“ afrikanischer Abstammung benennen, schlagen die UN-Experten vor.

Mohrenstraße – schlimm, schlimm. Zum Glück hatten die angereisten Fachleute bei ihrer Stippvisite keine Zeit, ins Telefonbuch zu gucken. Da hätten sie nämlich 112 „Neger“ gefunden, 96 Mal als Familienname und 16 Firmen. Selbst auf der Suche nach – Sitzen Sie bequem? – „Bimbo“ wird man bei „telefonbuch.de“ fündig! Dass bei straffällig gewordenen Jugendlichen afrikanischer Abkunft Röntgenuntersuchungen zur Altersfeststellung durchführt werden, selbst wenn diese einen Pass besitzen, finden die UN-Vertreter ebenso unerträglich wie den Befund, dass afrikanischen Schülern häufig der Zugang zu höherer Bildung verwehrt werde.

Das Letztere wussten wir gar nicht und machen uns natürlich so unsere Gedanken, wie das wohl abläuft mit dem verwehrten Zugang. Bekommen schwarze Schüler automatisch schlechtere Zensuren? Werden an unseren Schulen neuerdings Pigmente benotet? Oder sind sie Maßstab beim Zugang zur Uni? Dass manche jungen Afrikaner vielleicht auch deshalb nicht auf Hochschulen gelangen, weil es in ihrer Heimat dummerweise versäumt wurde, ihnen Lesen und Schreiben beizubringen, ist ein Gedanke, der nur einem Rassistenhirn entspringen kann.

> Nicht weiße Frauen, sondern schwarze Männer trauen sich nicht mehr an bestimmte Orte

Einzelheiten ihrer erschreckenden Erkenntnisse wollen die Experten erst im September vorlegen. Da sind wir gespannt, auch hinsichtlich der Angst-Orte, an die sich schwarze Männer nicht trauen. Bislang hatten wir in dem diskriminierenden Vorurteil gelebt, dass es eher weiße Frauen sind, die manche Ecken (oft erst neuerdings) lieber meiden. Da können wir mal wieder sehen, wie anders die Welt durch die Brille des Experten aussieht! Die sind eben viel weitblickender als die vorurteilsverseuchten deutschen Frauen und können uns daher Sachen erklären, die wir bislang völlig falsch verstanden hatten.

Interessant ist übrigens, dass sich die ISD nicht „Initiative schwarzer Deutscher“, sondern eben „schwarzer Menschen in Deutschland“ nennt. Lugt da etwa eine bewusste Distanzierung zur neuen Heimat durch? Der ISD würde sicherlich kontern, dass man schließlich auch für Schwarze da sei, die keinen deutschen Pass besäßen.

Doch das trägt nicht weit: In den Verband Deutscher Tennislehrer dürfen Ausländer ja auch hinein. Dahinter steckt wohl eher das fein austarierte Spielchen, auf das sich Lobbyvereine zugewanderter Minderheiten meisterhaft verstehen: Einerseits sind sie auf Zuwanderer angewiesen, die sich nicht dazugehörig fühlen zur neuen Heimat. Denn sobald sie sich vollends mit Deutschland verschmolzen wähnen, sind sie für die Vertreter von Sonderinteressen verloren.

Andererseits leben dies Lobbyisten davon, jenes Nicht-Dazugehören, das ihre Existenzgrundlage bildet, lautstark zu beklagen. Ein Teufelskreis? Keineswegs: ein Perpetuum mobile! Daher also „in Deutschland“ und um Himmels willen nicht etwa „deutsch“. Bei deutschen Juden flammt deshalb immer mal wieder die Debatte auf, ob man den „Zentralrat der Juden in Deutschland“ nicht in „Zentralrat der deutschen Juden“ umbenennen sollte. Hier allerdings schob sich stets eine historische Dimension in den Weg, mit deren Gewicht keine andere Interessengruppe in Deutschland zurechtkommen muss.

Der weinerlich-anklagende Ton der ISD verwundert manche Deutsche angesichts des nie gekannten Massenandrangs von Schwarzafrikanern, die unbedingt nach Deutschland wollen, obwohl bei ihnen zu Hause weder Krieg noch Terror herrschen. Sind das alles Masochisten? Scharf drauf, diskriminiert zu werden in einem Land voller Orte, die sie nicht einmal besuchen können, weil sie „dort um ihr Leben fürchten müssten“, wie die UN-Experten dramatisch zu Protokoll geben? Warum gehen sie dann nicht wenigstens in andere europäische Länder, wenn sie unbedingt lieber von Weißen regiert werden als von Schwarzen wie in Afrika? Wieso ausgerechnet dieses fürchterliche Deutschland voller Lebensgefahr, Mohrenstraßen (Es gibt insgesamt fünf!) und „Bimbos“ im Telefonbuch?

Diese Fragen sind natürlich infam, weshalb sie niemand stellt. Und außerdem sollen wir uns bloß nicht so aufplustern, als sei unser Land das Traumziel der Menschheit. Während die einen in Massen hereinwollen, zieht es nämlich eine andere Bevölkerungsgruppe gerade scharenweise hinaus aus Deutschland.

Wie die südafrikanische Beratungsgesellschaft New World Wealth berichtet, haben im vergangenen Jahr unterm Strich 4000 Millionäre Deutschland den Rücken gekehrt. 2015 waren es erst 1000 und in den Jahren zuvor verlor die Bundesrepublik bloß ein paar hundert Menschen mit einem Vermögen von mehr als einer Million US-Dollar (derzeit rund 950 000 Euro).

Was ist da los? Der Redakteur von „Kopp Online“ fühlt sich an die „Titanic“ erinnert: „Die erste Klasse geht von Bord.“ Tatsächlich stellen die Südafrikaner fest, dass Millionäre einen Hinweis auf kommende Abwanderungswellen geben könnten: Aufgrund ihrer hohen Flexibilität seien sie häufig nur die ersten, die gingen.

Und warum? Da hilft womöglich ein Blick auf Frankreich, das 2016 unterm Strich sogar dreimal so viele Millionäre verloren hat. Dort trieben „religiöse Spannungen“ die Leute außer Landes, sagt die Beratungsgesellschaft.

Religiöse Spannungen? Von wem sollen die denn ausgehen? Wir haben schließlich gelernt, dass nichts von den „Spannungen“ mit Religion zu tun hat, sondern ausschließlich mit Polizeigewalt und „sozialer Ausgrenzung“. Haben wir uns etwa geirrt?

Ganz bestimmt, wenn wir dem neuen UN-Generalsekretär Antonio Guterres glauben. Rassismus, Fremdenhass und Hass gegen Juden und Muslime verstärkten sich immer mehr. Nun, Frankreichs Juden beklagen in der Tat wachsenden Antisemitismus, der seinen Ursprung allerdings in der Bevölkerungsgruppe hat, die wir hier nicht nennen wollen, um keine Vorurteile zu bedienen.

Doch dass Frankreichs Millionäre das Weite suchen, weil sie die Islamfeindlichkeit in ihrem Land fürchten und nicht etwa den um sich greifenden radikalen Islam, darauf wären wir nie gekommen. Das müssen Guterres wohl dessen Experten gesteckt haben.

MEINUNGEN

***Markus Vahlefeld** analysiert im Portal „Achse des Guten“ (26. Februar) **Angela Merkels** jüngste Definition des **Volksbegriffes** (siehe S. 1):*

„Und nun hat sie, um die AfD und alle anderen bösen Nationalisten restlos an die Wand zu nageln, erklärt: ‚Das Volk ist jeder, der in diesem Land lebt.‘ Der Applaus, der danach in ihrer CDU aufbrandet, lässt erahnen, dass auch die Geschichte des Konservativismus in Bälde neu geschrieben werden muss. Ein Volk, so unkte Bertold Brecht einst, das das Vertrauen der Regierenden verscherzt habe, solle doch dann einfach aufgelöst werden, damit sich die Regierung ein anderes wählen könne. Diese Wahl ist hiermit vollzogen worden.“

*Der Fotograf **Daniel Biskup**, bekannt durch seine Bilder vom Mauerfall, traf **Wladimir Putin** öfter als die meisten Menschen aus dem Westen. Der „Welt am Sonntag“ (26. Februar) gibt er eine Erklärung für die **innere Verhärtung** des russischen Präsidenten und **vieler Russen**:*

„Nach den gesellschaftlichen Umwälzungen unter Gorbatschow und Jelzin ... dachten viele Russen, der Westen würde ihr Land mit offenen Armen empfangen ... Der Aufbruch, den die Russen sich selbst verordnet hatten, wurde (im Westen aber) als Sieg des Westens über den Osten interpretiert. Das haben die Russen gespürt. Das hat sie gekränkt. Denn sie wollten als Partner auf Augenhöhe behandelt werden ... Ein russischer Schriftsteller, den ich neulich getroffen habe, sagt: Der Westen ist schuld an Putin, wie er jetzt ist. Denn wir haben einfach nicht sensibel genug auf die Lage im Land reagiert.“

***Michael Klonovsky** fühlt sich von **diesjährigen Karnevalsrednern** an die hetzerischen, regimetreuen **Büttenreden der NS-Zeit** erinnert. Auf seinem Blog (17. Februar) schreibt er:*

„Ein Redner versicherte: ‚Die AfD ist die Bremsspur in der Unterhose Deutschlands‘ und fluchte, einmal in Sportpalaststimmung gekommen, über die ‚braunen populistischen Kanalratten‘. Ein anderer drohte: ‚In dem Europa, was wir uns wünschen, habt ihr keinen Platz. Packt Eure Koffer, ihr Geschichtsfälscher, ihr Kleingartenfaschisten, und macht euch auf die Reise.‘ So ungefähr müssen Mainzer Büttenreden auch in den Sündenjährchen 1933 ff. geklungen haben.“

***Jan Fleischhauer** widerspricht auf „Spiegel-online“ (27. Februar) der Darstellung, **Donald Trump** breche der Rückhalt an der Basis weg:*

„Die Republikaner stehen geschlossen hinter ihrem jetzigen Präsidenten, darin stimmen nahezu alle Umfrageinstitute überein. 84 Prozent der republikanischen Anhänger sagen, dass Trump sie hoffnungsvoll stimme, 72 Prozent erklären, er mache sie stolz. Das sind nicht die Zahlen von jemandem, der kurz davor steht, seine Basis zu verlieren. Der Wahlforscher Nate Silver hat vor ein paar Tagen ... geschrieben, dass ihn die selektive Auswahl der Umfragewerte an den Wahlkampf erinnere, als viele Sympathisanten der Demokraten nur die Zahlen glaubten, die sie glauben wollten. Man durfte das als Warnung verstehen, den Fehler nicht zu wiederholen.“